

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljähr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jede oder deren Raum 40 Pf., für
Werbe- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 12. März 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Aus den ersten Tagen der Sammlungsperiode.

Berlin, 11. März.

Das der Aufruf zur Sammlung, der heute Abend ver-
schickt wurde, Frieden unter den zu besänftigenden feind-
lichen Brüdern hergestellt habe, kann man wahrlich nicht
behaupten. Die Bündler sind frech wie zuvor und die National-
liberalen machen alle möglichen Einwendungen gegen den Pakt,
den sie eben feierlich beschlossen haben. Die heutige Sitzung
des Reichstages zeigte, was die Sammlung bedeutet. Es
handelte sich um eine Lebensfrage eines der
wichtigsten deutschen Großgewerbe, um die Versorgung unserer
Textil-Industrie mit australischer Wolle. Da erklärte Herr
Pöhl, im Vereine mit dem bayerischen Bauernführer des
Zentrums Dr. Heim und dem Vorsitzenden der deutsch-
konservativen Reichstags-Fraktion, daß sie der Industrie
keinerlei Zugeständnisse machen könnten, wenn diese der Land-
wirtschaft Schaden beibringen würden. Ein merkwürdiger
Vertrag, wo die einen nur zu nehmen haben und die
anderen nur das geben wollen, was ihnen keinerlei Opfer
kostet. Herr v. Stumm und der Vertreter der National-
liberalen mußten da im Verein mit Freisinnigen und
Sozialdemokraten gegen die Begehrlichkeit der Agrarier sprechen
und stimmen. Aber nicht nur der Verlauf der Reichstags-
sitzung ist ein böses Omen für die Sammlung. Muß doch
selbst der hochwürdige Freiherr v. Stumm erleben, daß sein
Kollege als Unterzeichner des Aufrufs, der Vorsitzende des
Bundes der Landwirthe, Dr. Köstler-Görtsdorff, gegen ihn kan-
didirt. Auch bezüglich der Unterzeichnung des Aufrufes
herrscht nicht die Einmütigkeit, auf die man früher hoffte.
Von den 118 Reichstags- und Landtags-Abgeordneten der
nationalliberalen Partei haben nur 55 ihre Unterschriften her-
gegeben, während vorläufig noch 63 abseits stehen. Von den
Reichstags- Abgeordneten fehlen bis jetzt 25, unter anderen
v. Benck, v. Bennigsen, Böhm, Brünings, Brand, Clemm,
Emminger, Hamacher, Jochen, Kruse, Ojann. Von den
Landtags-Abgeordneten fehlen bis jetzt 38, darunter unter
anderen: Bued, Emminger, v. Egnern, Hamacher,
Hobrecht, Kruse.

Die „Nationalliberale Correspondenz“ führt die geringe
Anzahl von nationalliberalen Unterzeichnern des Aufrufs auf
das Schwänzen der parlamentarischen Sitzungen durch ihre
Parteigänger zurück, sie behauptet feststellen zu können, daß
innerhalb der nationalliberalen Partei im Lande die Kund-
gebung des Zentralvorstandes und der beiden Fraktionen eine
geradezu elementare Zustimmung gefunden hat.

Wie stimmt das aber mit der Thatsache, daß eine Reihe
der Nichtunterzeichner des Aufrufs in Berlin und in den
Parlamenten anwesend waren und daß man mit der offiziellen
Veröffentlichung des Aufrufes gerade zu dem Zwecke so lange
gezögert hat, um eine möglichst große Anzahl von Unter-
schriften zu sammeln? An der nationalliberalen Presse bemerkt
man wahrlich nichts von der „geradezu elementaren Zustimmung“
der nationalliberalen Partei zu dem Sammlungsauftruf.

Mit einer sonst nur bei der Sozialistenbelästigung in der
„Magdeb. Ztg.“ anzutreffenden Entschiedenheit wendet sich dieses
hervorragendste Blatt der Nationalliberalen der Provinz Sachsen
gegen die agrarischen Bestrebungen in einem „Die Industrie und

der drohende wirtschaftliche Umschwung“ überschriebenen
Artikel. Das Blatt schreibt:

Die deutsche Industrie behauptet den deutschen Markt nahezu
vollständig. . . Kurzum, so weit es sich nicht um für unsere eigene
Industrie unentbehrliche Einfuhren handelt, beherrscht sie den
eigenen Markt vollkommen und hat sie von einer Erhöhung des
Zolls keineswegs wenig oder nichts zu erwarten. Es haben denn auch in
der That die Klagen über die Konkurrenz durch ausländische Fabrikate
ganz aufgehört. Unsere Industrie schlägt mit großen Ausfuhrmassen
die ausländische in ihrem eigenen Gebiet, so namentlich auch die eng-
lische; es wäre daher widersinnig, wenn sie behaupten wollte, sie
wäre der englischen wohl auf dem englischen Markt gewachsen
(was ihr keine Schutzölle zu Hilfe kommen), nicht aber auf
dem deutschen, der durch Schutzölle gegen das Ausland ab-
gesperrt ist.

Wenn man die Industrie jetzt verlocken will, als Ent-
schädigung für die Zustimmung zum Pakt mit den Handels-
verträgen eine Erhöhung der Industrieölle anzunehmen, so sollte
die Industrie das zurückweisen, weil sie keinen Vortheil davon
hat. Darin muß auch der schützölleuerichtigste Fabrikant zu dem
gleichen Schluß kommen.

Um so größer sind aber die Gefahren, die sie dabei läuft.
Und hier verweisen wir auf die bösen Erfahrungen, die die
englische Industrie mit fremden Schutzölle gemacht hat. Unsere
Industrie tritt nun mit jedem Jahre mehr in Parallele zu der
englischen. Durch eine unentbehrliche Nothwendigkeit ist sie
darauf angewiesen, sich die ausländischen Märkte immer mehr
dienlich zu machen, denn den heimischen behauptet sie längst,
und dessen langsames Anwachsen kann ihrem Ausdehnungsbedürfnis
entzerrt nicht genügen.

1879 lag die Sache noch anders. Damals galt es noch, die
einen großen Theil unseres Marktes beherrschende englische Industrie
zu verdrängen. Das ist inzwischen längst geschehen.

Eine solche Absperrung fremder Märkte müßte aber die un-
ausbleibliche Folge sein, wenn wir mit dem System der Handels-
verträge brechen wollten. Wenn die fremden Staaten nicht auf
die Wünsche unserer Agrarier eingehen wollen, so denken diese:
„um so besser, dann giebt es Zollkrieg“, natürlich werden dann
auch die fremden Staaten nicht faul sein und uns zu treffen
wissen, wo wir empfindlich sind, nämlich in unserer Fabrikat-
ausfuhr. Rußland, die Vereinigten Staaten, Argentinien, die
britischen Kolonien werden von ihren Waffen Gebrauch zu machen
wissen.

Nun sollte aber vor allen Dingen die Industrie bedenken,
daß die einfache Störung unseres Absatzes nur die erste, aber
keineswegs die schlimmste der nachtheiligen Folgen ist. Der
Zustand kann auch das Ausland immer mehr auf die Bahn der
Schutzölle drängen, was wir doch nicht wünschen können. Dann
tritt als zweite Folge ein, was der englischen Industrie so nach-
theilig gewesen ist, nämlich daß das Ausland mehr und mehr
zu eigener Erzeugung derjenigen Waaren übergeht, die es jetzt von
uns bezieht. Auch wenn das künstliche, ungelunte Wachstum
ist, die Wirkung für uns bleibt dieselbe. Dann wird unsere
Industrie von den fremden in Märkten verdrängt und die fremden
Länder haben eine schwächliche Industrie erzeugt, die sie dann
durch hohe Zölle am Leben zu erhalten suchen werden. Wir aber
haben unsere Kundschafft verloren, auch wenn wir uns heinoch zum
Einlenken entschließen wollten.

Am wenigsten scheint sich die deutsche Industrie die dritte
Folge klar zu machen: wenn uns der Abfall nach außen erzwungen
wird, so kämpfen um den heimischen Absatz verwerthete Kräfte mit
verdoppeltem Eifer. Die Eisenbahnlinien, Chemikalien, Web-
und Lederwaaren (auch Zucker dürfen wir als Beispiel nennen,
obwohl er nicht zu den Fabrikaten gerechnet wird, sondern zu den
Lebensmitteln), die im Auslande den Abfall verloren haben,
suchen ihn sich im Inlande. Und zwar durch Preis-
ermäßigung; Zoperbiller können sie nur eine kurze Zeit bleiben,

dann müssen sie losgeschlagen werden. Dann heißt es: Käufer um
jeden Preis, oder Submissionsofferten um jeden Preis. Manche
Fabrikanten würden so etwas wohl nicht gern mitmachen wollen
und lieber unter Betriebsbeschränkung bei den alten Preisen
bleiben. Aber die Preise hängen nicht von ihnen ab, die bestimmt
der billigste Verkäufer. Auch Kartelle würden wenig helfen
können, wenn die Versperzung fremder Märkte zu einem all-
gemeinen sauto qui peut führt. Dann steht ein Preisdruck
in Aussicht, der die gesammte Industrie be-
trifft, auch die am Export nicht betheiligte,
denn die durch Zollkriege lahmgelegten Arbeitskräfte werden
sich auf jeden anderen Produktionszweig werfen. Dann
ist mit einem Worte die Handelskrise da, wie wir
sie von 1873 bis 1878 erlebt haben, die Abschaffung,
der Preissturz, die Verlustabschlüsse der Aktien-Gesellschaften,
endlich auch die Arbeiterentlassungen mit ihren verderblichen
Folgen für unsere sozialpolitischen Zustände.

Wenn die Industrie nicht ganz verblendet
ist, wenn sie nur ihr eigenes Interesse klar
ins Auge faßt, so kann sie den Verlockungen,
mit denen sie jetzt so viel umschmeichelt wird,
kein Gehör schenken.

Und das Organ der rheinischen Nationalliberalen, die
„Rhein. Ztg.“ schreibt:

„Kann eine Bindung der Getreideölle umgangen werden,
so wird es der Industrie ganz gewiß recht sein, wir befürchten
nur, man stellt da der deutschen Diplomatie gegenüber
den Getreide anführenden Ländern eine ganz unlösbare
Aufgabe. Zum Ueberflus blieben noch Streitpunkte in
Hülle und Fülle übrig: Antrag Reich, Doppelwährung,
Erneuerung des Privilegiums der Reichsbank, Kanalpolitik,
Förderung oder Unterbindung des Verkehrs und der Freizügigkeit.
Einen werthvollen Schritt zur Sammlung
können wir in dem vieldeutigen Aufruf nicht
erblicken; wir sehen lediglich, daß er jenen Uebermuth und
jenseits der Hartnäckigkeit der Bündler verhaftet hat, die eine Sammlung
ganz unmöglich machen. Dazu kommt, daß die Regierung gar
nicht den Muth hat, den Bündlern energisch entgegenzutreten,
und nach den Ereignissen der letzten Jahre auch gar nicht den Muth
haben kann. Da wird also die Bevölkerung dafür sorgen müssen,
daß diese Bäume nicht in den Himmel wachsen.“

Ähnlich äußert sich die „Nat. Ztg.“. Wir sind überzeugt,
daß ein großer Bruchtheil der Großindustriellen, welcher Partei-
richtung sie auch sonst angehören, ähnlich denkt.

Die Hoffnungen der Sammlungs-Arrangements auf die
Unterstützung des Zentrums haben sich nicht erfüllt. Kein
Zentrumsabgeordneter oder, wenn man der
„Deutschen Tageszeitung“ glauben darf, einer, Graf Dompesh,
hat den Aufruf unterschrieben.

Die Zentrumspresse ist einstimmig in der Ablehnung des
Gedankens der Sammlungsperiode.

Der „Westf. Merk.“ z. B. äußert sich über den wirtschaft-
lichen Aufruf wie folgt:

„Fürst Bismarck hat den Aufruf unterschrieben. Es handelt
sich um die Wiederherstellung des alten Kartells unter neuem
Namen; es soll eine Bismarck-Mehrheit geschaffen werden, die
Herr v. Bismarck für den allernachsten Kurs auszunutzen gedenkt.
Das Wohl der Landwirtschaft ist nur Vorwand; die
Handelsverträge stehen noch in weitem Felde. Die „prakti-
schen Ziele“ sind: Kartellfreiheit, Vereinsgesetz à la Rede,
Beschränkung des Reichstags-Wahlrechts, neue indirekte Steuern.
Wer diese schönen Sachen liebt, der mag für den „Aufruf“
schwärmen.“

So stehen die Aussichten der Sammlungsperiode recht
schlecht. Selbst unter denen, die den Aufruf unterschrieben haben,

Von der Wiener März-Revolution.

Wien, 10. März.

Daß das alte vormärzliche Oesterreich reformbedürftig ge-
wesen, leugnet am Ende auch die nicht, die sich hartnäckig und
so lange es anging, gegen jeden Fortschritt gestemmt hatten. Im
Gegentheil, sie hoben, allerdings etwas zu sehr post festum, alle
Gebrechen dieses Staatswesens hervor, deren allmähliche Behebung
durch den Wirrwarr der Revolution unterbrochen worden wäre.

In Wirklichkeit war die Wahrheit die, daß das im Vormärz
herrschende System jede Veränderung, jede Entwicklung nicht nur
verabscheute, sondern einer solchen ganz unfähig war. Gewiß — die
leitenden Personen wollten auch nichts vom Fortschritt wissen.
Der Geist des seligen Kaisers Franz, der aussprach, als ihm
sein Leibarzt seine gute Konstitution rühmte, und sich die Er-
wähnung dieses Wortes in jeder Bedeutung und in jedem Zu-
sammenhange verbat, ging in der Wiener Hofburg immer noch um.
Noch immer galt das kleinste Zugeständnis als das erste Glied einer
verhängnisvollen Kette, deren letztes Glied die Revolution bilden
müßte. Und der „Innenminister“ Standpunkt, niemals etwas zu
thun, was von nichtzuständiger Seite, also von der Kanaille ver-
langt wurde, war bis zur Konsequenz des Wahnsinns entwickelt.
Sagte doch Metternich 1845 einer Deputation von Schriftstellern
und Gelehrten, die um Wahrung des Beszandes vorstellig
wurden, daß sie durch ihre Petition alles verdorben hätten, daß eine
bereits entworfene Aenderung der Verfassung unterbleiben müßte,
weil — die Regierung sich nicht abzwängen lassen dürfe!

Aber der Grad der Tollheit, den hier die Theorie vom Gottes-
gnadenkönigthum erreicht hat, beweist auch schon, daß es mit der Herrlich-
keit dieses Systems garnicht weit her sein kann. Das ist nicht mehr
selbstverständliche, tadel, brutale Kraft, das ist geistlose Schwäche, die
ihre Willenslosigkeit durch Eigenfinn zu verdecken, ihre Unfähigkeit
als Prinzip hinzustellen vermag. In der That sah es mit diesem
Gottesgnadenkönigthum in Oesterreich sehr traurig aus.

Vor allem war es ad absurdum geführt durch die Perion des
selberrlichen Gebieters über 30 Millionen Menschen, durch die
Person des armen Ferdinand. Von Jugend an Epileptiker, infolge
dessen von geschwächter Kraft des Gedächtnisses und des Willens,
zeitweilig des Gebrauches dieser beiden geistigen Fähigkeiten voll-
ständig beraubt, dabei aber von seltener Orgengüte befeuert, sah der

Nachkomme Rudolfs von Habsburg, ein Schattentaiser, auf dem
Throne seiner Väter. Seine Regierungsunfähigkeit war unabweisbar.
Seit Jahren war ihm auch das Ruder aus den schwachen Händen
genommen, eine Art Regenschattentheil trat ihn, in der Metternich und
Erzherzog Ludwig desablen, Erzherzog Franz Karl, der Vater des
jetzigen Kaisers von Oesterreich, und Graf Kolowrat mitsaßen.
Damit war aber die Regierung keineswegs in stärkere
Hände übergegangen. Metternich und Erzherzog Ludwig waren
alte Männer, Graf Kolowrat, ein unfähiger Magnat,
den seine persönlichen Eigenschaften mit Metternich in
den Geruch des Freisinn gebracht, Erzherzog Franz Carl ohne
Bedeutung, wenn nicht als Mann der bayerischen Sophie, der
einzigen Person am Hofe, welche Talent, Bedeutung und gesunde
Nerven hatte“ (Ottokar Lorenz). Diese Kluge und ehrgeizige Frau
gelangte aber neben Metternich auch nicht zur Geltung, weshalb sie
seit Jodren an seinem Sturze arbeitete.

Also ein geistiger Krüppel als Träger der Krone, ein Kollegium,
das keines Entschlusses fähig war, ausgenommen den Entschluß
nichts zu thun — so stellte sich die absolute Monarchie in
Oesterreich dar. So beschaffen war das System, das von der
Vorlesung berufen sein sollte, die Völker Oesterreichs zu regieren und
an das — so wurde immer und immer wieder betont — der
Beszand Oesterreichs geknüpft war. Das in den Protokollen des Wiener
Kongresses niedergelegte feierliche Versprechen von Verfassungen für
die Staaten des deutschen Bundes hatte man gebrochen, die Be-
deutung der Stände auf Null gebracht, jedes freie Gemeinleben un-
möglich gemacht, das Volk von der Theilnahme an der Staatsverwaltung
nicht nur ausgeschlossen, sondern es dazu auch unfähig zu machen,
durch den Druck der Kirche, der Zensur, der polizeilichen Bevormundung,
des unheimlich wuchernden Feudalismus auch nur die
Möglichkeit des Entstehens eines öffentlichen Lebens auszuschließen
gedacht — alles zu dem Zwecke, daß der Selbstherrscher ungestört
seine Kräfte der Beglückung seiner Unterthanen widmen könne! Und
nun blieb dieser Antokrat von Gottes Gnaden Ferdinand, und ein
Regiment von Greisen, die mit blöden Augen in das helle Licht der
neuen Zeit starrten und aus ihrer kräftigen Jugend sich nichts ge-
rettet hatten, als den bössartigen Haß gegen alle Freiheit und alles
Volksthümliche, waltete in Oesterreich!

Berweisung abnete dieses Staatswesen und unerträglich,
bumpfer Druck lagerte sich über der Brust aller, die noch denken

konnten. Wenn je einer, der in einem engen, niederen Gemach ein-
geschlossen, dem Erstickten nahe ist, die Fensterläden einschlägt, um
mit vollen Lungen die lebenserhaltende frische Luft einathmen zu
können, so rang alle geistige Kraft in Oesterreich nach Befriedigung
aus diesem lähmenden Druck, nach Zuzufuhr frischer Luft. Der
Schriftsteller, der sich freiwillig exilierte, um in der fremde
schreiben und wirken zu können, der Wiener Student oder Bürger
oder intelligentere Arbeiter, der mit Beszänkung die verbotenen und
eingeschmuggelten Bücher las — beide stellten sie nur zwei verschiedene
Seiten derselben Erscheinung dar. Die grimmige Klage der Dichter
und „Proskripten“ gegen die habsburgische Völkerverwundung —
sie klang wie ein Verzweiflungsschrei gegen die geistwürgende Atmosphäre
in Oesterreich, die man künstlich geschaffen, künstlich aufrecht hielt.
War es ja doch z. B. verboten, an einer fremden, d. h. deutschen oder
schweizerischen Universität zu studiren!

Dieses geistesmörderische System wirkte ärger als die blutigste
Tyrannei. Denn als einen tyrannischen Despotenstaat darf man sich
dieses alte Oesterreich wirklich nicht vorstellen. Und die Fläche, die
auf dem Boden Metternichs haften werden für alle Zeiten,
kommen durchaus nicht davon, daß er etwa eine Art Achill's-Heil
oder dergleichen gewesen wäre! Ganz im Gegenteil. Es ging alles
recht gemächlich zu, wie das „väterliche“ Regiment immer mit Stolz
betonte.

Aber was war's denn mit den Festungen Munkacs und
Spielberg u. s. w., deren Schrecken in durchaus nicht über-
triebenen Schilderungen bekannt gemacht, die ganze zivilisierte Welt
mit Schrecken vor Oesterreich erfüllten? Die Politik dieser Geuel
war mit Franz so ziemlich vorüber, zum theil weil wirklich die
letzten Faltungen revolutionären Geistes verschwunden waren, die
legten Ausläufer der französischen Revolution und der napoleonischen
Kriege, die für Europa nicht minderen Kulturwerth hatten als seiner-
zeit die Alexandersäule gehabt hatten, zum theil weil diese Abcheu-
lichkeiten innig mit Franz's Charakter zusammenhängen. Den „guten
Kaiser Franz“ — so genannt, weil er jeden Vitzstiller einfang,
jeden mit dem gleichen Worten: „Werden's schon machen“ entließ —
zeichnete nämlich eine ganz besondere mittellose Härte und un-
verhältnliche Hochmuth aus, die dem beschränkt-keimbürgerlichen Wesen
des trockenen schwunglosen Ressen Josef's II. eine ähneln summtige
Färbung verliehen. Im Verzeihen bin ich ein schlechter Christ“,
hatte er selbst von sich gesagt und auch danach gehandelt, selbst

Lehrte das größte Mißtrauen gegen die Mitunterzeichner
Dahn, Dr. Rosche, Blöb und ihren Anhang. Die
Regierung freilich wird alles thun, um den Sammlungs-
politikern zum Siege zu verhelfen. Wir werden nicht
relativ unbefangene Wähler haben wie 1893, sondern
mit Hochdruck wird gearbeitet werden; alle „Autoritäten“,
Landräthe, Gendarmen, Pfarren, Lehrer, Gutsherrn u. s. w.,
werden mit Macht für die Sammlungspolitiker eintreten, und
je geringer die Zahl der Gesammelten sein wird, desto größer
werden amtliche und nichtamtliche Anstrengungen sein, den
neuen Kartellpolitikern zum Siege zu verhelfen.

Deshalb will man sich nicht in Sorglosigkeit, nein, man
schärfe die Waffen und richte sich auf einen überaus schwierigen
Wahlkampf ein.

Seiße Tage stehen uns bevor. Zeigen wir, daß wir jeder
Situation gewachsen sind!

1848.

Erinnerungstage der Revolution.

12. März.

In Wien sollte die Adresse der Studentenschaft an den Kaiser
am Sonntag, den 12., überreicht werden. Wenn die Studenten
sahen sämmtliche Hörsäle der Universität, wo sie sich versammeln
wollten, geschlossen. Nur schwer gelang es, Unruhen zu unterdrücken.
Die Professoren Ope und Endlicher entschlossen sich, die Adresse in
die Hofburg zu bringen. Erst gegen Abend gelang es diesen, sich
Audienz beim Kaiser zu verschaffen. Einige Konzeptionen wurden in
wenig verbindlicher Weise zugesagt.

In Berlin wurde die am 11. beschlossene Adresse der Stadt-
verordneten an den König dem Magistrat vorgelegt. Am 12. traten
die Mitglieder des Magistrats zusammen, und da der Oberbürger-
meister Kranz die Gelegenheit, vor dem König eine Rede halten
zu können, nicht unbenuzt vorübergehen lassen wollte, so be-
schränkte er jetzt den Anschlag an die Adresse, worauf sich der Ma-
gistrat mit derselben einverstanden erklärte. — Am demselben Tage
wird von dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Eichmann,
nach Berlin gemeldet, er könne nur im Falle so-
fortiger Einderung der Landstände für die Aufrechterhaltung der
Ordnung in den Rheinlanden aufstehen. Die Mitteilung macht
bei Hofe tiefen Eindruck und man beschließt die beschleunigte Ein-
berufung des Landtages. Die Veröffentlichung der Absicht wird
jedoch zunächst hintertreiben. — Der Prinz von Preußen verabschiedet
sich vom Garde-Korps, um nach den Rheinlanden abzugehen und dort
den Oberbefehl zu übernehmen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 11. März.

Aus dem Reichstage. „O rühret, rühret nicht daran,“
das war der immer sich wiederholende Schlusssatz in den
Reden des Herrn v. Posadowsky, in denen er davor warnte,
das Werk der „Sammlung“ in den Kreis der Erörterungen
zu ziehen und dadurch die junge Pflanze Miquel'scher
Diplomatenkunst im Keime zu erstickern.

So schön sie klingt, die Redensart vom „Schutze der
nationalen Arbeit“, so schwer hält es, die Schutzherrn
unter einen Hut zu bringen. Das zeigte sich heute
im Verlaufe der Debatte über die Dampferkonvention
so recht deutlich. Freilich, so weit es sich um die wirk-
lichen Träger deutscher Arbeit, den Arbeiter selbst,
handelt, da ist sich die erdrückende Mehrheit der Bour-
geoispartei einig. Der Arbeiter kann vor der Kon-
kurrenz der Jüdier und Chinesen nicht geschützt werden;
für ihn giebt es keinen deutschen Markt, wenn die Ausländer
billiger schufen. Deshalb wurde der Antrag *M o l k e n b u r g*,
für die subventionirten Dampfer nur weiße Schiffe einzusetzen
anzumischen, in namentlicher Abstimmung mit 172 gegen 89 Stimmen
abgelehnt. Der Anst ist eben billiger und deshalb dürfen seiner
Ausbeutung im Interesse des vaterländischen Kapitals keine
Schranken gezogen werden.

Dieselben Herren aber, welche den deutschen Arbeitern
den Schutz vor den Russen verweigerten, sie erhoben so-
fort das nationale Schutzbanner, als es sich um Konkurrenz
für die landwirtschaftlichen Produkte handelte. In dieselbe
Vorlage, in der den deutschen Steuerzahlern jährlich eine Sub-
vention an den Norddeutschen Lloyd von 5 1/2 Millionen
aufgehakt wird, um den „Handel und Verkehr“ mit Ost-
sien und Australien zu fördern, in dieselbe Vorlage verlangen
die Agrarier die Aufnahme einer Bestimmung, in der den
subventionirten Schiffen verboten wird, nach europäischen
Häfen „Getreide, Fleisch oder Molkereiprodukte“ zu befördern.

wenn Gründe der Staatsklugheit gegen ein solches Vorgehen sprächen.
Mitternachts aber — von Jedem gar nicht zu reden — war durch-
aus nicht gleich geortet; ein Verächter der Menschheit und skrupel-
loser Gemüthschmerz war er gewiß weit entfernt davon, das Recht
auf persönliche Freiheit anzuerkennen, aber Grausamkeit lag ihm
ganz fern. Darum hörte unter Jedem die Rede der politischen
Verfolgungen und Prozesse auf. Die österreichischen Verbände
waren ruhig, selbst in Italien war die Zeit der ärgsten Verfolgungen
vorüber und nur offene Revolution, wie die des Jahres 1846 in
Sardinien oder die galizischen Militärputsche der vorangegangenen
Jahre gaben zu strengem Verurtheilungen Anlaß.

Ähnlich verhielt es sich mit dem früher erwähnten Spionage-
system. Auch die Zeit war vorüber, da der „Naberer“, der agent
provocateur, ihre große Rolle gespielt und Leben und Freiheit vieler
hunderte von Menschen vernichtet hatten, wie namentlich in der
Kaiserschen Epoche der zwanziger Jahre mit ihren sibirischen
revolutionären Bewegungen. Der Spion bedrohte nicht mehr
die persönliche Sicherheit von Revolutionären und Liberalen. Aber
er hatte eine viel verderblichere Aufgabe: Durch die Furcht vor dem
weitverzweigten Netz der geheimen Polizei sollte jeder Mann von
politischer Betheiligung, von jeder Aeußerung einer politischen
Meinung abgeschreckt werden. Dann, hoffte man, würde endlich
auch die Fähigkeit zu politischem Denken verschwinden. Man kann
nicht leugnen, daß diese infame Politik einen gewissen Erfolg hatte.
Die kleinere Furcht lähmte die Kräfte, korruptiv wirkte die Gemüther.
Die Bedeutung des gezahlten Polizeispions trat zurück gegen-
über der des freiwilligen Denunzianten. In der Ueber-
treibung des englischen Reisenden, jeder Oesterreicher sei
ein freiwilliger Polizist, lag ein gut Stück Wahrheit.
Die Polizei drang in alle Geheimnisse des inneren, privaten
Lebens. Aber damit nicht genug; der Vorgesetzte hatte geheime Ver-
richte über die Haltung seiner untergebenen Beamten zu erstatten.
Derhalten von Beamten, Offizieren und Klerus bildete eine ständige
Fabrik in den monatlichen Polizeiberichten. Und die Revolution
war schon im vollen Gange, da hat noch der Rektor der Universität
G r o z s u m Befreiung der Studentendirektoren (Fakultäts-Delegaten) von
der entwerfenden Verpflichtung, die Professoren auf ihr persönliches
und politisches Verhalten überwachen und darüber berichten zu müssen!
Und stand es anders mit der Zensur? Die verbotenen Bücher
gingen von Hand zu Hand, jeder wußte, wo sie zu kaufen waren.
Der Besitz verbotener Bücher war nicht im geringsten so gefährlich

Man dotirt also auf der einen Seite die Schiffe mit
Millionen und verbietet ihnen auf der anderen Seite
die Waaren zu befördern, welche sich im freien Verkehr an-
bieten. Kann man sich eine verrücktere Wirtschaftspolitik
denken?

Und doch hätte der Antrag *Sein* wahrscheinlich eine
Majorität gefunden, wenn die unbegrenzbar Massivität der
Agrarier nicht auch bei dieser Gelegenheit in nackter Brutalität
hervorgebrochen wäre. Den Herren der äußersten Rechten ge-
nügte der Antrag *Sein* nicht, sie wollten auch
die Wölfe in denselben aufgenommen haben. Damit
hätten sie aber den Topf zum Ueberlaufen gebracht. Den Ar-
beitern zu gunsten der Großgrundbesitzer das Brot zu vertheuern,
dazu sind unsere Industriellen bereit, aber ein Volk auf aus-
ländische Wölfe, ohne die unsere Textilindustrie nicht fertig
werden kann, das bringt unsere begeisterten industriellen Schut-
zöllner aus der Fassung. An dem Punkte sind die industriellen
Vorwörter der nationalen Arbeit herzlich. Sogar den auch heute
über den konservativen Antrag, die Wollzufuhr zu erschweren, die
ganze „Sammlung“ in die Brüche, und Sozialdemokraten und Frei-
sinnige stimmten zusammen mit den Herren von *M ü n c h*-
F e r b e r und *Freiherrn von Stamm* die Herren um
von *Blöb* und von *Leopold* nieder. Wenn die Herren
Agrarier im Stande sind, noch etwas zu lernen, so könnten
sie aus der heutigen zweiten namentlichen Abstimmung erfahren,
daß es selbst unter der Politik der Sammlung nicht wohlgethan
ist, den Vögel zu überhampfen.

Die Vorlage selbst neben den von der Kommission ge-
stellten Resolutionen wurde gegen die Stimmen der Sozial-
demokraten und der beiden Volksparteien angenommen.
Nächste Sitzung Dienstag, 15. März, mittags 1 Uhr.
Militär-Strafprozeß.

Das preussische Abgeordnetenhause erledigte heute einige
weitere Kapitel des Kabinetts. Beim Kapitel „Unverfallens“
wurden die bereits früher vorgebrachten Wünsche betr. größere
Veranschlagung von Männern des praktischen Lebens bei der Be-
setzung nationalökonomischer Lehrstühle und betr. Vereinfachung der
Staatswissenschaftlichen mit den juristischen Professuren vorgebracht.
Außerdem wurde eine Aenderung der juristischen Prüfung angeregt.
Die übrige Debatte, die sich in Einzelheiten verliert, entbehrt des
allgemeinen Interesses.

Recht charakteristisch war es, daß im Laufe der Verhandlungen
auch der Scherz zur Sprache gebracht wurde, den sich der
„Vorwärts“ gestern durch Abdruck eines der Karlsruher Beschlüsse
erkaufte und auf den nicht nur der größte Theil der Presse,
sondern auch viele Volksvertreter hineinfließen. Zur Verhütung des
Hanses fragte — offenbar auf Bestellung — der Abg. *D r. F r i e d*-
b e r g (natl.) die Regierung, ob ihre wirklich so reaktionäre
Pläne zugunsten sind; es liegt doch gar kein Grund vor, die
Professoren so zu behandeln. Einem solchen Märchen müsse wider-
sprochen werden, weil es sonst von den Sozialdemokraten zu Kaita-
tionsschwächen mißbraucht würde. Und der Minister that dem Hause
den Gefallen und widersprach dem Märchen, indem er die betr.
Bestimmung aus den Karlsruher Beschlüssen vorlas und schadenfroh
erklärte, der „Vorwärts“ sei von jemandem hineingelegt worden und
auf den Vein gegangen. Offenbar hatte Herr *B o s s e* die heutige
Nummer des „Vorwärts“ noch nicht gelesen.

Der Stand der Flottenvorlage. Die Bundesregierungen
sind auf telegraphischem Wege über den Inhalt des Lieber'schen
Antrages zur Deckung der Kosten für die Flottenvermehrung
benachrichtigt worden und täglich wird ihre Auskunft, wie sie
sich zu dem Antrage stellen, erwartet. Es soll alsdann in
einer Sonder Sitzung des Bundesraths Beschluß gefaßt werden.
Die „Post“ will wissen, daß man in den leitenden Regierungskreisen
der ausschlaggebenden Bundesstaaten schon jetzt darüber
einig sei, daß die Lieber'schen Anträge um deswillen *k e i n e A n*-
n a h m e finden können, weil sie einen Eingriff in die Rechte
der einzelnen Bundesstaaten bedeuten. Die „Post“ sagt dieser
Mittheilung hinzu, daß man in Reichsregierungs-kreisen den-
noch überzeugt sei, daß es zu einer Einigung kommen werde.
Dieses glauben wir auch. Wir glauben es, obwohl einige
Zentrumsblätter noch immer den Anschein zu erwecken ver-
suchen, als ob eine Fassung vorhanden sei, daß das Zentrum
in der Kostenfrage einigermassen fest bleiben werde.

Die „Köln. Volksztg.“ wendet sich heute nochmals gegen
allen weitgehende Konzeptionen an die Regierung. Sie be-
bauert, daß durch das Aeternat dem Reichstag für immer der
Weg veriperrt werde, Forderungen für Ersatzbauten abzulehnen
oder zu verschleppen. Aber die Schwächlichkeit des Standpunktes
der „Köln. Volksztg.“ zeigt sich sofort, indem das Blatt jener
ungeheuerlichen Preisgabe des Staatsrechts des Reichstags nicht
anders entgegenzutreten weiß, als mit dem „dringenden Wunsche,
diese Bestimmung wieder zu streichen“.

Ähnlich stau ist die Haltung des genannten Zentrums-
organs — und das ist der linke Flügel der Partei! — hin-
sichtlich der Deckungsfrage. Erst wendet es sich dagegen, daß
man das Zentrum „mit einer Resolution oder einer möglichst

wie in Rußland heute noch. Der tolle Plan des Polizei-
ministers *S e d l i t z k y*, die Befehle verbolener Schriften bei ent-
sprechender Strafandrohung aufzufordern, diese binnen bestimmter
Frist an die Behörde abzuliefern, war niemals verwirklicht worden.
Also auch hier die höchste Gemüthlichkeit. Aber zäheknirschend
empfinden die besten Köpfe Oesterreichs die Schmach, die dieses
Polizeiregime dem ganzen Volke zufügt, wie es die tüchtigsten
Kräfte lahmliegt, sie nicht zur Emsaltung gelangen ließ und um
jeden Preis den geistigen Verkehr zwischen Oesterreich und Deutsch-
land unterbinden wollte. Die beispiellosen Dummheiten der
Zensur — ganze Knechtensätze lassen sich aus ihnen
zusammenstellen — wurden als ebenso viele Beleidigungen
Oesterreichs selbst empfunden. Wie entmannt dieses Oester-
reich war, beweist die Liste der Zensoren, die derartige be-
gingen! Durchaus nicht etwa rohe, ungebildete Büttel, die streichen,
was sie nicht verstehen! Im Jahre 1848 finden wir in Wien als
Blitzzeugen die Studiendirektoren der Universität Wien, Pro-
fessoren, hochgestellte Kleriker und zwei — Dichter: *D e i n h a r d*-
S e i n und *J o h a n n G a b r i e l S e i d l*. Im System selbst lag
also das Uebel. Im System, das einen Dichter wie *Grillparzer*
nicht nur geistig demüthete und schädigte, ihn auch gesellschaftlich miß-
handelte, eben weil er ein Dichter. Die Mißachtung der geistigen
Arbeit und das Mißtrauen gegen sie waren ebenso lebendig, wie zu
des seligen Franz Zeiten. Als der Hof im Jahre 1809 vor den Franzosen
sich und seine Schatzkammer in Sicherheit brachte, da hat der Dichter
C o s t e l l i, ein typischer Repräsentant des hyperloyalen, harmlosen,
vormärzlichen Wien, der damals auch einige Gedächtnisse gegen die Franzosen
verbrochen und darum Angst hatte, den Kaiser um die Erlaubnis,
sich dem Hofpersonal auf dem Rückzuge nach *R o m o r n* anzuschließen
zu dürfen. Als er dem Kaiser über dessen Frage mitgetheilt hatte,
daß er Beamter sei, schlug ihm Franz seine Bitte unwillig ab:
„Was? Beamter sein und Gedächtnisse schreiben? Wie sieht Ihnen
schon recht! Dableiben werden!“

Die Allmacht der Bureaucratie trug denselben Charakter. Die
österreichischen Beamten waren durchaus keine Alben — im Gegen-
theil! Höchstloose Handhabung der Gesetze war keineswegs ihre
Sache — sie sahen gerne durch die Finger, weil sie vor-
 allem auf die Finger sahen. Es ließ sich mit ihnen schon aus-
kommen. Aber empörte der Gedanke, der Willkür eines
rohen Büttels ausgeliefert zu sein, deshalb milder, weil das Mittel
allgemein bekannt war, das den bürokratischen Löwen jähnte?

wenig besagenden Gesetzesbestimmung abspießen möchte“, und
meint, nach seinen Informationen sei das Scheitern des Ge-
setzes an der Kostenfrage noch durchaus nicht unmöglich.
Dann aber rath es der Partei, auf einer „Mittellinie“ sich zu
vereinigen und eine Verständigung herbeizuführen. Wie soll
man sich aber verständigen, wenn die einen nichts von jener
„Abspeisung“ wissen wollen, welche den anderen gerade
recht ist? Und wenn nun die Elemente der Partei,
welche der Regierung auch in der Kostenfrage entgegenkommen
möchten, die Mehrheit bilden, will dann die „Kölnische Volks-
zeitung“ aus Liebesguth „Verständigung“ ihr Deckungsprinzip
aufgeben?

Es dürfte also dabei bleiben, daß das Zentrum sich mit
täglichen Broden „abspeisen“ lassen wird, denn viel mag die
Regierung nicht geben und die Konservativen lassen lieber das
ganze Flottengesch fallen, als daß die Wohlhabenden in
ihren Bützel greifen sollen. Manchen seiner Mitglieder, die
an die Vergeltung der Wähler denken, mag es allerdings schwer
ankommen.

Nebrigens wird heute Abend noch aus Augsburg tele-
graphirt, die dortige bayerisch-österreichische „Augsburger Abendztg.“
theilte mit, daß die bayerische Regierung sich ganz entschieden
gegen die Lieber'schen Anträge erklärt habe.

Der „Druckfehler“ in der Sozialpolitik. Unserer
gestrigen Aeußerung über die vom „Reichs-Anzeiger“ ge-
brachte „Berichtigung“ des letzten Absatzes des § 138a
der Gewerbe-Ordnung tritt die „National-
Zeitung“ im wesentlichen bei. Zum Schluß bemerkt das
nationalliberale Blatt:

„Es scheint ganz zweifellos, daß diese ohne irgend welche
Unterstützung im „Reichs-Anzeiger“ erschienene „Berichtigung“
keine gesetzliche Wirkung haben kann, und daß, ehe nicht das in
der Berichtigung behauptete „Gesetz“ der Hohenverordentlichung
unter Verantwortlichkeit des Reichs-Lanzlers
aufgehakt ist, der publizierte Wortlaut der Gewerbe-
Ordnung zu recht besteht.“

Das „Städterische Volk“ sagt:
„Die Konservativen-Jubilanten klagen, daß sie mit der gesetzlich
festgelegten Arbeitszeit der Arbeiterinnen nicht ankommen. Die
Schwierigkeit liegt in der Saisonarbeit und in der Verarbeitung
von Wollstoffen u. dgl., die verderben, wenn sie nicht sofort verarbeitet
werden. Der Bundesrath hat nun neue Bestimmungen beschlossen.
Leider ist die Furcht berechtigt, daß die Fürsorge für die Arbeiter-
innen der Fürsorge für die Unternehmer weit vorgehen müssen.
Nebrigens hat man ein „kleines Mittel“ schon gefunden, um
wenigstens an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage die
Arbeitszeit auszu dehnen: man hat nämlich einen Druckfehler im
Reichsgesetzblatt entdeckt. . . . Das wäre natürlich ein wei-
tragender Druckfehler und ein recht unglücklicher zugleich! Natürlich
wird diese Berichtigung erst von den offiziellen Stellen anerkannt
werden müssen, ehe man sie hinnehmen!“

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt:
„Der „Vorwärts“ meint, daß eine solche Berichtigung nicht
in der einfachen, von niemand unterzeichneten Form einer Be-
richtigung im „Reichs-Anzeiger“ erfolgen dürfte. Auch wie sind
der Meinung, ob die Berichtigung aber nur in der Form des
Gesetzes, also mit Zustimmung von Reichstag und Bundesrath
erfolgen kann, ist eine Doktorfrage für Staatsrechtler.“

Das Vereins- und Versammlungsgesetz in Sachsen.
Wir hatten die konservativen Aenderungsvorschläge zu dem Re-
gierungsentwurf mitgetheilt, durch die das Inverbindlichwerden
der politischen Vereine erlaubt werden soll. Die Konservativen
verlangen bekanntlich „Kompensationen“, Ausweisung der Frauen
und Minderjährigen aus politischen Vereinen und Versamm-
lungen.

Recht hat die betreffende Deputation der 2. Kammer des
Landtags in zweiter Lesung verathen und dort hat endlich
auch die Regierung sich zu einer Aeußerung herbeigelassen.
Der Staatsminister v. *M e h j s c h* erklärte:

„Die Regierung wünschte, daß die Vorlage
ungesändert akzeptirt werde. Die Wünsche der Konser-
vativen seien „theoretisch“ ganz berechtigt, aber praktisch
nicht durchführbar. Nebrigens treffe man damit die Sozial-
demokratie nicht so empfindlich, da diese ihre Agitation dann noch
energischer durch Literatur und Presse, sowie in den Fabriken und
Arbeitsplätzen u. dgl. betreiben würde.“

Die konservativen Mitglieder der Deputation, die *O p i t*,
K ä h l m o r g e n u. dgl. waren mit diesen Aeußerungen des Ministers
nicht einverstanden, erklärten aber, sie würden nunmehr ihre
Anträge „n o c h m a l s p r ü f e n“.

Die sächsische Regierung scheint also in dieser Frage doch
nicht mit den konservativen Machern durch Dick und Dünn
gehen zu wollen. Obwohl die Regierung in ihres Herzens
Tiefe sicherlich für jede noch so reaktionäre Maßnahme gegen
die Sozialdemokratie zu haben wäre, so scheint sie doch die durch
Befolgung des konservativen Begehrens sicher zu gewärtigende
weitere Verstimmung des sächsischen Volkes zu fürchten. Die
Regierung sagt sich, daß das Maß an Verbitterung, das auf

Wie doppelt unerträglich mußte der Druck auf dem letzten, dem Geld
nicht zur Verfügung stand? Und fand man mit dem einzelnen
Beamten sein Einkommen, der Herrschaft der Kasse konnte sich
niemals entziehen. Die Scheidungsverhältnisse war bis zu ihrem Uebel
ausgebildet; nichts geschieht im weltlichen Oesterreich, von rechtswegen
wenigstens, was nicht seinen ordentlichen Instanzenzug von unten
nach oben, und wer weiß wie oft noch hin und zurück durchgemacht;
nichts wird anerkannt, was nicht seine Protokoll- und Register-
nummer erhalten hat. Aber schließlich löst die Sache darauf bis-
aus, daß man vollkommen sich damit begnügt, wenn diese Protokoll-
und Registernummern stimmen. Dieser weitläufige Apparat verlagert
allmählig. Und dann erst die göttliche Grobheit dieser Herren der
papierernen Welt! Es ist erst eine Ertragung der Revolution,
daß amtliche Zustellungen an Leute, die nicht Standespersonen sind,
die Anrede „Herr, Frau“ zu fassen haben. Das wichtigste aber
war: Die tiefste Korruption des Volkes selbst, die durch der-
artige Korruption der Behörden bewirkt werden mußte. Kor-
ruption ist aber nicht bloß dann vorhanden, wenn Gesetze
um Geld oder Günst gar nicht oder nicht gleichmäßig angewandt
werden. Fast noch verderblicher in ihren Wirkungen auf die Volk-
seele ist es, wenn gewisse Gesetze mißgehandelt oder nur lax auf-
gefaßt werden können, weil diese Gesetze unsinnig, einander wider-
sprechend, unmöglich sind. Eine gewisse Laxheit der moralischen
Anschauungen, der Begriffe für Recht und Gerechtigkeit greift ein,
die Fähigkeit, nachhaltig und fest auf seinem Recht zu bestehen,
schon aus Machtbewußtsein gegen jede Willkür und Eigenmacht der
Behörden aufzutreten, nimmt ab. Diese moralische „Schlammerei“
läßt heute noch schwerer aus uns Oesterreichern.

Es war an der allgemeinen Aeußerung, daß das alte Oester-
reich zu Grunde ging. Es ist vielleicht beispiellos in der Geschichte,
daß ein gestärktes politisches System so unbedauert verfiel. Der
verführte Bürger jubelte und der Proletariat, der Fortschrittstmann,
beglückte den Sturz Metternich's nicht mehr als der adelige Standes-
herr; Beamte und Offiziere freuten sich, daß die Eitelkeit des Vor-
märz beseitigt, ja, um Schluß fehlten auch die Pfaffen nicht, die
die moralischen Zustände für den Absolutismus vertheidigen
hatten, und sandten in den „Historisch-Politischen Blättern“, also
S a r d e jahrelang das Evangelium Metternich's verkündigt hatte,
dem gestürzten Staatskanzler bittere Vorwürfe nach.

Mit dem patriarchalischen Regiment war es gründlich und für
alle Zeiten aus in Oesterreich. M. B.

solche Weise erzeugt würde, nicht im Verhältnis steht zu den „Vortheilen“, welche dadurch gegenüber der Sozialdemokratie erzielt werden könnten. Die starke Bewegung in der Arbeiterschaft hat wohl die Regierung doch ein wenig stübig gemacht. Jedoch wäre es voreilig, zu glauben, daß dieser reaktionäre Anschlag der sächsischen Konservativen schon völlig und endgültig zurückgewiesen sei. Vielleicht hoffen die sauberen Herren auf eine Umkehrung der Regierung, wenn sie mit etwas veränderten Anträgen wiederkommen. —

Das wohlverdiente Mißtrauensvotum ist dem badischen Ministerium von der zweiten Kammer mit 82 gegen 25 Stimmen nun auch formell ertheilt worden. Es richtet sich in erster Linie gegen den „Wahlminister“ Eisenlohr, der sich einen recht unruhigen Namen erworben hat, nicht bloß durch die systematische Beeinflussung der Wahlen, sondern auch durch die Hinterziehung jeder ernsthaften Wahlreform, die von der überwiegenden Mehrheit nicht nur des Parlaments, sondern auch der Bevölkerung seit langem als dringlich unterschieden gefordert wurde. Das Ministerium Volk-Eisenlohr-Brauer-Buchenberger hat sich, so lange es die Majorität hinter sich hatte, als liberales und konstitutionelles Kabinett bezeichnet. Wir bezweifeln trotzdem sehr, daß es die konstitutionelle Konsequenz aus dem Mißtrauensvotum zieht und zurücktritt. —

Englands Seerüstungen. Der erste Lord der Admiralität, Goschen, hat am Donnerstag im Unterhaus folgende bemerkenswerthe Ausführungen über die Entwicklung der britischen Marine gemacht:

Im Jahre 1872 waren 9 1/2 Millionen, heute 28 1/2 Millionen für den Marine-Staat verlangt. England habe in vielen Theilen der Welt effektive Geschwader, wo andere Mächte nur einzelne Schiffe hätten. England habe außer jenen Geschwadern auf dem Meere eine gewisse Anzahl Schiffe für den Krieg bereit, falls unglücklicherweise ein Krieg eintreffe. Das britische Geschwader sei durch die Schiffe „Barkent“ und „Victorious“ verstärkt, die im Mittelmeere durch die Schiffe „Hannibal“ und „Anastion“ ersetzt würden; alles sei ruhig, ohne Präferenz gethan. Er hoffe, man werde nicht in die Regierung dringen, Ausschluß über etwaige Dispositionen zu geben für den Fall, daß die Wolken dunkler würden, als sie gegenwärtig seien. Die Admiralität habe sorgfältig Pläne ausgearbeitet, besonders hinsichtlich der Bestimmungen der Kreuzer zum Schutze der Handelsrouten. Im Laufe des Jahres werde eine große allmähliche Vermehrung des Flottenpersonals stattfinden, aber es sei unwahrscheinlich, daß jetzt die Schiffe ungenügend bemantelt anlaufen. Anlässlich des Jubiläumstages wurde in Frankreich behauptet, daß die Schwirrigkeit, Mannschaften für die Flotte zu haben, so groß sei, daß er (Goschen) 19 Besuche in Portsmouth gemacht haben sollte, um die Operationen zu beschleunigen. In Deutschland behauptete man, daß nicht weniger als 20 000 Ausländer in der Flotte dienen und daß, wenn sie zurückgezogen würden, England außer Stande wäre, die Schiffe anlaufen zu lassen. Beide Behauptungen, fährt Goschen fort, seien aus der Luft gegriffen. Die unzulängliche Zahl der Offiziere gebe er zu. Was den Schiffsbau betrifft, so hoffe er trotz des Ausstandes jetzt, wo die Arbeiter wieder energisch arbeiten, daß die Rückstände in den Kontrakten bald eingeholt sein werden. Das Bauprogramm sei nach sorgfältiger Erwägung dessen, was andere Mächte thun, festgestellt. Goschen hofft, daß Deutschland nicht auf Mittheilung des genauen Charakters der Schiffe dringen; er werde erst später in der Session die Einzelheiten der Schlachtschiffe und der Kreuzer mittheilen, damit das Ausland jetzt Englands Pläne nicht erfahre. Die Kreuzer würden den speziellen Verhältnissen angepaßt sein, die im vergangenen und in diesem Jahre sich in den verschiedenen Welttheilen gezeigt haben. Goschen schloß mit einem beredten Lobe des die Flotte besetzenden Geistes und gab dem Vertrauen Ausdruck, daß, falls der Friede gewahrt bleibe, was Gott gebe, es ein Frieden mit Ehre sei, und, falls es Krieg gebe, was Gott verhüte, es ein von Sieg gekönter Krieg sei.

Das Unterhaus nahm diese Darlegungen Goschen's mit anhaltendem Beifall auf. Die Rede des Admirals bewies, wie große Anstrengungen England macht, um seine Seemacht den wachsenden Flotten der Festlandsmächte überlegen zu erhalten. Die Rede zeigt aber auch, wie sehr man sich in England mit dem Gedanken vertraut macht, daß das Land leicht in die Lage kommen könne, um die Erhaltung seiner Weltmachtstellung mit den Waffen streiten zu müssen. Der Hinweis Goschen's auf die Kriegsgefahr hat seine Spitze natürlich insonderheit gegen Rußland und dessen Vordringen in Ostasien gerichtet. Aber auch den westeuropäischen Mächten, mit denen allen fast England an irgend welchen Stellen des Erdballes sich in Rivalität um Landbesitz oder Handelsvorthelle befindet, soll Albions Kraft und Siegeszuversicht gezeigt werden.

So jagt Staat um Staat um die Wette nach dem Ziele, möglichst kriegstark zu werden. Während jede Regierung ihre Friedfertigkeit betont, rüht sie immer mehr und mehr zum völlerwerbenden Kriegsspiel, das, je länger es hinausgeschoben wird, um so furchtbarer werden muß! —

Der Streit um China. Endlich hat die englische Regierung offizielle Mittheilungen über die neuen russischen Forderungen gegenüber China erhalten und der Unterstaatssekretär Curzon gab am Donnerstag dem Unterhaus davon Kenntniss. Derselbe führte hauptsächlich folgendes an:

Der britische Vizekonsul in Petersburg sei von dem Minister des Auswärtigen Murawjew benachrichtigt worden, daß Rußland mit China wegen der Pacht von Port Arthur und Talienwan auf eine gewisse Anzahl von Jahren, sowie betreffs des Baues einer Eisenbahn nach Talienwan oder Port Arthur unter denselben Bedingungen wie bei der Mandchurienbahn unterhandelt. Die russische Regierung habe keine souveränen Rechte über jene Häfen erfordert und auch nicht gedroht, Truppen in die Mandchurien zu senden. Murawjew habe ferner erklärt, daß Talienwan, falls es an Rußland verpachtet werde, dem fremden Handel wie die anderen chinesischen Häfen geöffnet sein werde. Der britische Gesandte in Peking bestätigte die Thatsache dieser Verhandlungen und erklärte, es sei kein Anzeichen von irgend einer Form eines Ultimatus vorhanden, auch sei, soweit ihm bekannt, keine Zeitgrenze für die Antwort gegeben. Die englische Regierung habe auch keine Nachricht, daß die russische Regierung die Anleihe bei den englischen und deutschen Banken belämpfe; wie er höre, sehe die Ausgabe der Anleihe nahe bevor. Der britische Gesandte in Peking habe im Oktober berichtet, daß von dem russischen Geschäftsträger der Versuch gemacht worden sei, die Abhebung Rücker's als Hauptingenieur der Nordbahn von Tientsin nach Kirin zu erlangen auf Grund des Versprechens der chinesischen Regierung, daß sie im Falle der Ausdehnung der Linie sich zuerst an russische Ingenieure und russisches Kapital wenden würde. Der britische Gesandte erwidert vom Tschung-Isi-Yamen die Zusage, daß Kirin nicht abgetrennt werden solle. Bezüglich der angeblichen Abtretung der Tzer-Tsufen an Rußland seien noch keine Informationen eingelaufen.

Die Mittheilungen Curzon's lassen wohl die russischen Forderungen in etwas anderem Lichte erscheinen als zuvor, aber im allgemeinen bestätigen sie die große Tragweite derselben. Auffällig ist besonders das Schweigen des Unterstaatssekretärs über das angebliche Verlangen Rußlands, daß künftig in der Provinz Petschili nur russische Militär-

instruktoren für die chinesischen Truppen angestellt werden sollen. Bestätigt wird der Theil der russischen Forderungen, der sich auf Port Arthur und Talienwan sowie auf den Bahnbau durch die Halbinsel Gaoting bezieht. Nicht bestätigt wird dagegen die Meldung von der überaus bräuten Art, in der Rußland sein Verlangen am Peking's Hofe gestellt haben sollte.

Alles in allem sieht die Sache also nicht viel anders aus, als die ersten Meldungen, die in England so große Bestürzung hervorriefen, besagten. Günstig für England ist lediglich die Erhaltung englischer Ingenieure für die Nordbahn nach Kirin gegenüber dem russischen Begehren, auch aus diesem Posten den Nebenbuhler zu vertreiben und sich selbst festzusetzen.

Noch nichts sicheres ist bekannt, wie sich die chinesische Regierung zu den russischen Forderungen zu verhalten gedenkt.

Derweilen spitzt sich der Konflikt auf Korea scharfer zu. Der russische Gesandte führte Klage über unfreundliche Behandlung koreanischer Beamten gegenüber dem russischen Finanzattaché Alexejeff und den russischen Militärinstruktoren. Der koreanische Ministerrath faßte darauf den Beschluß, Alexejeff und die Militärinstruktoren gänzlich aus dem koreanischen Dienst zu entlassen. Dagegen erklärte der Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen, daß die Erhaltung der nationalen Selbständigkeit Korea's nur mit Rußlands Hilfe möglich wäre, erhob gegen den Beschluß des Ministerraths Widerspruch und gab darauf seine Entlassung.

So kämpfen russische und antirussische Bestrebungen aufs lebhafteste um die Macht in Seoul. Natürlich werden die gegen Rußland gerichteten Tendenzen von Japan und England unterstützt. Schon schien es, als wäre die Herrschaft Rußlands über Korea unantastbar gesichert. Jetzt wird deutlich, daß die Ereignisse so weit dem doch nicht gediehen sind.

Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus New-York: Es verlautet, daß Unterhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan zum Schutze ihrer Interessen in Ostasien schwärzen. Reputliche Nachrichten wurden schon vor längerer Zeit verbreitet, ohne sich zu bewahrheiten. —

Deutsches Reich.

— Ueber die Arbeiten des Reichsjustizamts wird der Münchener „Allg. Ztg.“ von Berlin gemeldet:

Sobald im Reichsjustizamt die unerlässlichen Ausführungs-Bestimmungen für das Bürgerliche Gesetzbuch festgestellt und die drei mit dem letzteren noch zusammenhängenden Novellen über das Verjährungs- und Verlagsrecht und über die Hypothekendarlehen ausgearbeitet worden sind, wird man an die Revision des Strafprozesses herantreten; die Nothwendigkeit derselben erscheint immer mehr unabweisbar. —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weidet sich gegen unsere gestrige Notiz über „Flottenbauten ohne Ende“, wie wir gesagt haben sollen, Rußland vermehre seine Flotte, weil Deutschland ihm damit vorangegangen sei. Das offiziöse Organ knüpft daran längere Bemerkungen, die aber sämmtlich dadurch hinfällig werden, daß sie auf einer Mißdeutung des doch genug klaren Wortlautes unserer Ausführungen beruhen. Wir haben ausdrücklich auf die ostasiatischen Ereignisse als wichtige Ursache der Flottenrüstungen Rußlands hingewiesen; hierüber bedurfte es also der Belehrung der „Nordd. Allg. Ztg.“ durchaus nicht. Das deutsche Flottengesetz haben wir lediglich als ein Glied in der verhängnißvollen Kette der Flottenvermehrungen der verschiedenen Nationen aufgefaßt und wir haben in diesem Gesetze eine Mitursache für die neuen Rüstungen der Nachbarstaaten gesehen und erwiesen. Einen Gegenbeweis hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ auch im geringsten nicht geführt; wie sie auch zu unseren allgemeinen Darlegungen über die Verderblichkeit der Konkurrenzrüstungen nichts gesagt hat, wohl weil sie nichts dagegen zu sagen wußte. —

Der Marine-Etat. Die Budgetkommission des Reichstags hat dem Plenum eine Zusammenstellung ihrer Beschlüsse zum Marine-Etat unterbreitet. Der Etatsvoranschlag fordert an Ausgaben für die Verwirklichung der Marine 121 677 806 M. Die Kommission hat 121 717 548 M. bewilligt, d. h. sie ist um 39 652 M. über die Etatsansätze hinausgegangen; und zwar hat sie 129 652 M. zugesagt, 90 000 M. dagegen abgesetzt. Im einzelnen stellen sich die Zahlen wie folgt: An fortdauernden Ausgaben werden 62 627 246 M. gefordert; von der Kommission wurden 62 750 998 M. bewilligt, indem sie 129 652 M. zusetzte und 6000 M. absetzte. Von den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat, die sich im Etatsvoranschlag auf 29 414 650 M. belaufen, setzte die Kommission 84 000 M. ab und bewilligte 29 330 650 M. Die einmaligen Ausgaben im außerordentlichen Etat wurden unverändert nach dem Etatsansatz mit 29 636 000 M. bewilligt. —

Zur Pachtbindung des preussischen Vereinsgesetzes. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Der Ausschuss des Vereins zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen für Rheinland und Westfalen hatte, wie seinerzeit mitgetheilt wurde, gelegentlich einer hier abgehaltenen Sitzung unter Vorsitz des Kommerzienraths Servaes-Minhrot, an der ungefähr 10 Personen theilnahmen, die bekannte Resolution zu Gunsten der Flottenvermehrung gefaßt und beschlossen, die Mitglieder zur Theilnahme an der Berliner Flottenversammlung aufzufordern. Von gegnerischer Seite war dies als nicht angemessene politische Veranstaltung bei der Polizei denunziert worden und letztere hatte auch den Vorstehenden mit einer Polizeistrafe von 15 M. belegt. Dieser hatte jedoch auf gerichtliche Entscheidung angetragen und tritt nun in der Verhandlung vor dem Schöffengericht ein freisprechendes Urtheil, indem sich das Gericht den Ausführungen der Verteidigung, es habe sich um eine vertrauliche Sitzung, nicht um eine anmeldspflichtige Versammlung gehandelt anzuschloß. — Nach dem vielen richterlichen Scharfsinn, der angewandt worden ist, um in Zusammenkünften der Arbeiter politische Versammlungen zu finden, berührt dies sehr liberale Urtheil über eine Sitzung, in der eine hochpolitische Resolution gefaßt wurde, höchst seltsam! —

Preussische Parlamentarier als Duellanten. Der Landtags-Abgeordnete Dr. Gerlich hat aus Anlaß seiner Ausführungen in der Polen-Debatte am Donnerstag eine Duellforderung erhalten. Wie behauptet wird, soll der Geforderte willens sein, die Forderung anzunehmen. Von drücker Seite werden jedoch Versuche gemacht, einen Ausgleich herbeizuführen. Um eine prinzipielle Entscheidung der ganzen Frage treffen zu lassen, wird nach Mittheilung eines parlamentarischen Reporters vorgeschlagen, den Senioren-Konvent einzuberufen und zum Schiedsrichter zu bestimmen.

Die Herren Abgeordneten dürften wohl auch wissen, daß die Handlung, die sie verfolgen, ungeheuerlich ist. —

Der Verwaltungsbereich der Reichsbahn für das Jahr 1897 zeigt einen Gesamtumsatz von 142 110,6 Millionen Mark, also über 10 Milliarden mehr als im Vorjahre. Bisher ist eine solche Höhe überhaupt noch nicht erreicht worden: Die große deutsche Centralbahn begann 1876 mit dem beschriebenen Umsatz von 86 643,8 Millionen, 1890 überschritt sie zum ersten Male die 100 Milliarden, seitdem stellen sich die Ziffern folgendermaßen:

1890	108 505 412 000
1891	108 833 249 000
1892	104 489 335 000
1893	110 942 348 400
1894	110 783 951 000
1895	121 818 106 800
1896	131 459 198 300
1897	142 110 610 900

Der wirtschaftliche Aufschwung seit 1895 tritt in dieser stärkeren Quantität der Reichsbahn deutlich hervor, obwohl die Konkurrenz der anderen großen Banken in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen ist. Der Bericht spricht auch von der regen wirtschaftlichen Thätigkeit, welche das Jahr 1896 auszeichnete, und sich auch in dem zuletzt abgelaufenen Jahre unvermindert forsetzte.

Der Bankumsatz hat wesentlich deshalb seit 1894/95 langsam angezogen. Er betrug im Jahresdurchschnitt

	im Wechselverkehr	im Lombardverkehr
1894	8,12 pCt.	8,62—4,12 pCt.
1895	8,14	8,64—4,14
1896	8,06	4,16—4,06
1897	8,81	4,86—4,81

Der Metallbestand, der 1895 mit 1011,76 Millionen Mark seine höchste Höhe erreicht hatte, ist weiter etwas zurückgegangen: 1896 auf 891,99 Millionen, 1897 auf 871,45 Millionen. Der Notenumsatz war daher 1895 mit 92,35 pCt., 1896 mit 82,82 und 1897 mit 80,27 pCt. durch Metall gedeckt, obwohl er absolut eher eine Verminderung zeigt, denn er betrug 1895 1005,59 Millionen Mark, 1896 1088,50 Millionen und 1897 1085,7 Millionen. Der steuerfreie Betrag ungedeckter Noten ist 1897 neunmal überschritten worden, verhältnismäßig stark besonders am Ende des dritten und des vierten Quartals; die dafür zu entrichtende Steuer betrug 767 916 M. (1896: 464 801 M.).

Jugend etwas Bedenkliches haben diese Ziffern unseres Grachten nicht, sie weisen höchstens auf die Verbesserungsbedürftigkeit des § 9 des Reichsbank-Gesetzes hin.

Abgenommen hat hauptsächlich der Bestand in Barren und fremden Münzen: von durchschnittlich 332,81 Millionen Mark 1896 auf 293,27 Millionen 1897. Abgenommen hat dagegen das Gold in deutschen Münzen: von 269,19 Millionen auf 292,33 Millionen. Die für das Ausland nicht vollwertigen Dollarkonten sind wiederum weiter zurückgegangen: von 204 auf 198 1/2 Millionen, die Scheidemünzen von 86 auf etwas über 81 1/2 Millionen Mark.

Fast alle Geschäftszweige der Reichsbank: Wechselanläufe, Lombard-Darlehen, Giroverkehr zeigen starke Steigerungen. Nur in den Anläufen von Wechseln auf das Ausland scheint die Reichsbank immer mehr von den anderen großen Bankanstalten geschlagen zu werden. Während das Jahr 1896 noch Beträge von über 100 Millionen Mark aufwies, 1891 noch über 78 Millionen, steht die Summe in den letzten drei Jahren auf etwa 54 Mill. M. Da die Dividende der Aktionäre bei den Debatten über die Verstaatlichung der Reichsbank eine große Rolle spielt, so theilen wir sie von Anfang an mit. Sie betrug

1876	1877	1878	1879	1880	1881
6 1/8	6,29	6,30	5	6	6 1/2 pCt.
1882	1883	1884	1885	1886	1887
7,05	6,25	6,25	6,24	5,29	6,20 pCt.
1888	1889	1890	1891	1892	1893
5,40	7	8,81	7,55	6,38	7,53 pCt.
1894	1895	1896	1897		
6,26	5,88	7,50	7,92 pCt.		

Im ganzen erblet 1897 das Reich von dem Gewinn (also außer der Notensteuer von 767 916 M.) annähernd 9,9 Millionen Mark, die Aktionäre bei 120 Millionen Aktienkapital 9 1/2 pCt. M. M. Ende 1897 waren 29 647 Anttheile (à 3000 M.) im Besitze von Inländern, 10 853 Anttheile im Besitze von Ausländern.

— Vom Dreiklassen-Wahlsystem. Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Der plutokratische Charakter des Kommunal-Wahlrechts in Preußen tritt an folgendem Beispiel drastisch hervor:

Die Stadt Cronau in Westfalen, der vor kurzem Stadtverordnetenverfassung übergeben wurde, hat eine Stadtverordnetenversammlung, aus 24 Mitgliedern bestehend, zu wählen. Die erste Wählerklasse, die acht Stadtverordnete zu wählen hat, besteht aus 2000 Wählern, den Fabrikbesitzern M. van Delden und G. van Delden. Die zweite Wählerklasse, die ebenfalls acht Stadtverordnete zu wählen hat, besteht aus vier Wahlberechtigten, und diese sind zwei Söhne des Herrn M. van Delden, ein Sohn des Herrn G. van Delden und der Kompanie des Herrn G. van Delden. Alle anderen Wähler der Stadt Cronau, und darunter befinden sich auch zahlreiche wohlhabende Leute, wählen in der dritten Wählerklasse zusammen auch nur acht Stadtverordnete.

Sechs Personen aus zwei Familien desselben Namens van Delden, die also anscheinend unter einander verwandt sind, wählen zwei Drittel aller Stadtverordneten, alle übrigen Kommunalwähler zusammen wählen das dritte Drittel. Dabei hat Cronau 2200 Einwohner! Die Kommunalverwaltung ist somit der Familie van Delden fast bedingungslos in die Hand gegeben. Und trotz solcher Ungeheuerlichkeiten verschließt die preussische Regierung sich beharrlich einer Reform des Kommunal-Wahlrechts. —

— Eine häßliche Gepflogenheit. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Viel kleinlicher und bedenklicher als das Schwänzen selbst scheint uns die Gepflogenheit mancher Reichstags-Abgeordneten, dann, wenn sie zufällig bei namentlichen Abstimmungen anwesend gewesen sind, ihrem heimlichen Lokalblatte eine Liste zur Veröffentlichung zuzustellen, auf der der eigene Name als anwesend prangt, während die Vertreter der Nachbarkreise als Schwänzer an den Pranger gestellt werden. Wir halten dies Verfahren für ungemein kleinlich.“

Wer sind denn diese kleinen Leute? Sind es vielleicht gut-agrarische Freunde der „Deutschen Tageszeitung“? —

München, 10. März. Die Kammer der Reichsräthe beschloß in ihrer heutigen Sitzung bezüglich der von der Kammer der Abgeordneten abgelehnten Gehaltserhöhung für die katholischen und protestantischen Geistlichen nicht nur die Regierungsvorlage wiederherzustellen, sondern infolgedessen auch dieselbe hinauszugehen, als die Gehaltssätze für katholische Geistliche schon nach 10, 15 und 20 Jahren nach 10, 20 und 30 Jahren eintreten soll, was ein Mehr von 124 000 M. zu Gunsten der katholischen Geistlichen gegenüber der Regierungsvorlage ausmacht. —

München, 10. März. Die Kammer der Abgeordneten begann heute die Debatte des Etats der Post und Telegraphie. Im Laufe der Generaldebatte bemerkte auf mehrere Anfragen verschiedener Abgeordneter der Minister Freiherr v. Crailsheim, die Frage der Privatposten könne nur reichsgesetzlich geregelt werden. Wir sind für Ausdehnung des Regals im Bundesrathe eingetreten. Der Staat muß die unzuluftrativen Anslagen tragen, man soll ihm daher auch die Inkrativen, soweit es geht, zukommen lassen. Im weiteren widerlegte der Minister die Behauptung von Vorrednern, daß die Reichspostbeamten, besonders die unteren, höher bezahlt seien, als die bayerischen. Eine Herabsetzung des Telephon-Abonnements würde höchstens die Brutto-Rente, nicht aber die Netto-Rente erhöhen. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Im Zeitalter der Majestätsbeleidigungs-Prozesse ist niemand vor derartigen Anklagen sicher. Gestern stand der — Peter Schwuchow, der selbst dem Stumm bald zu schlecht als journalistischer Beobachter war, in Wittenberge wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht. Er wurde freigesprochen.

Der aus Kleinrauba (Böhmen) gebürtige Schlächtergeselle Hübner hat am 31. Januar zu Apentrade den Kaiser beleidigt. Die Strafkammer zu Briesnitz erkannte gegen den Angeklagten auf 1 Jahr Gefängnis. —

Oesterreich.

Wien, 11. März. Der Volkswirtschaftsrath der Rechten hat nach einer Meldung der hiesigen Blätter die Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses einstimmig dem zweiten Vizepräsidenten Fuchs an, der die Kandidatur auch annahm. Damit wird ein Mitschuldiger der Abrahamowicz und Kramarcz Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses. Das ist kein gutes Zeichen für

Eine ruhige Tätigkeit des Abgeordnetenhauses, das am 21. d. M. zusammentreten wird.

Der sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses hielt gestern eine Sitzung ab, worin auf die wachsende Ausbreitung der Partei hingewiesen und der Wunsch ausgesprochen wurde, daß das Parlament nicht ausschließlich der Schauplatz des nationalen Haders sein möge. Als selbstverständlich für die ruhige Tätigkeit des Parlaments wird vorausgesetzt, daß für die Verbrechen im Parlament, mit denen die letzte Tagung schloß, Gemüthsruhe gegeben werde und daß nicht durch das Wiedererscheinen der Hauptschuldigen am Präsidentensitz die Minderheit herausgefordert werde. Der Verband wird gegen das Ministerium in vollste Opposition treten. Die Entscheidung über die Frage, ob Ministeranklagen gegen Sadi und Gausch erhoben werden sollen, wurde der nächsten Sitzung vorbehalten.

Wien, 11. März. In der heute Vormittag abgehaltenen Konferenz des Exekutivkomitees der parlamentarischen Majorität wurde beschlossen, den bisherigen engeren Verband der alten Majoritätsparteien aufrecht zu erhalten, mit der Gruppe des verfassungstreuen Großgrundbesitzes einen geschäftlichen Verkehr herzustellen, von Parteiwünschen und Forderungen vorläufig ganz abzusehen und das Bestreben der Majorität darauf zu richten, das Parlament wieder aktionsfähig zu machen, damit die Regierung vor allem den Ausgleich mit Ungarn zu Stande bringen kann. Den Minoritätsparteien soll eine Vizepräsidentenstelle im Abgeordnetenhause reserviert werden.

Ungarn.

Budapest, 11. März. Das Abgeordnetenhause beriet heute den Gesetzentwurf, betreffend die Gedenkfeier der 1848er Gesetze. Der Entwurf bestimmt den 11. April als nationalen Feiertag. An diesem Tage soll eine gemeinsame feierliche Sitzung beider Häuser des Reichstages stattfinden und dem König eine Guldigungsadresse überreicht werden. Der Minister Abg. Czizardy erläuterte den Adressentwurf, welcher voller Hoffnung für die Zukunft mit liebevoller Pietät der Vergangenheit gedenkt. Die Adresse bringe neben starkem Selbstvertrauen, Vaterlandsliebe und Anhänglichkeit an den Herrscher, das Festhalten an den Errungenschaften von 1848 zum Ausdruck. Abg. Franz Kossuth erklärte, seine Partei nehme die Adresse an, doch hätte sie gewünscht, statt des 11. April den 15. März zum nationalen Feiertag zu erheben zum Andenken an die Errungenschaft der Freiheit der Presse. Er werde einen demgegenüberstehenden Änderungsantrag zum Gesetzentwurf einbringen.

Frankreich.

Paris, 10. März. Die Deputiertenkammer beriet die Reform der Gewerbesteuer, welche an das Finanzgesetz angefügt ist. Entgegen den Erklärungen der Minister Bouvier und Cochery nahm die Kammer mit 293 gegen 225 Stimmen einen von Berg eingetragenen Änderungsantrag an, welcher die Gewerbesteuer der großen Kaufgeschäfte beträchtlich erhöht. Danach würden die großen Kaufgeschäfte von Paris im ganzen etwa 33 Millionen Gewerbesteuer zahlen.

Paris, 11. März. Die meisten gemäßigten Blätter bekämpfen die Resolution betreffend die zweijährige Dienstzeit. Diese sei lediglich eine Wahlreklame und habe wenig Aussicht auf Verwirklichung.

Norwegen.

Christiania, 11. März. Der Konstitutions-Ausschuß sprach sich mit 5 gegen 2 Stimmen dafür aus, daß allen über 25 Jahre alten Männern, mit Einschluß des Gefindes, das allgemeine Stimmrecht verliehen werde.

Spanien.

Madrid, 11. März. Eine von den Philippinen-Zuseln eingelaufene amtliche Depesche bestätigt, daß eine Abtheilung von 8 Mann der Garnison Bolinas durch aufrührerische Eingeborene abgeschnitten worden ist. Zum Entsatz sind Truppen nach Manila abgegangen.

Man sieht hieraus, daß der Friede auf den Philippinen noch lange nicht hergestellt ist.

Bulgarien.

Sofia, 11. März. In der Verhandlung des Appellationsgerichts gegen die wegen Ermordung Stambulow's Angeklagten liegt der Staatsanwalt die Anklage gegen Tzifetichiew fallen, nachdem es demselben gelungen war, ein völliges Alibi beizubringen und durch Jungen die nicht erheblichen Indizien für seine Mithuld als Ankläger zu entkräften. Der Gerichtshof sprach darauf Tzifetichiew frei. Die Verurteilung des mitangeklagten Proschenlitschew wurde aufrechterhalten. Die Angeklagten Bone Gergew und Haktu wurden als die Mörder in contumaciam verurtheilt.

Türkei.

Konstantinopel, 11. März. Alle krankheitshalber beurlaubten Mediz. ungefähr 30 000 Mann, erhielten den Befehl, im Frühjahr einzurücken. Nach vorliegenden verlässlichen Informationen wurde die militärische Besatzung von Makedonien, welche aus 26 Bataillonen mit 8 Batterien besteht, anlässlich der letzten Vorfälle in Djabova und Kofchana um 14 Bataillone mit 2 Batterien von der Operations-Armee verstärkt.

Äfrika.

Aus Bratoria meldet das „Reuter'sche Bureau“ vom 10. d. M.: Der Präsident befürwortete im Volkeraud während der Debatte über den Gesetzentwurf betr. Nahrung zur Aufbahrung von Fleisch die Vorlage, indem er darauf hinwies, daß man vielleicht für menschlichen Zeiten entgegengehe, und besaue, daß Transvaal in Bezug auf seine Versorgung mit Lebensmitteln von Auslande abhängig sei.

Amerika.

Von den Kriegsvorbereitungen. Chandler brachte im Senat einen Antrag ein, durch welche das von der Regierung gekaufte Kriegsmaterial bis zum Januar 1899 von Einfuhrzöllen befreit wird. Die Einbringung des Antrages wird einer Anregung des Marineministers Long zugeschrieben.

Einer Depesche des „New-York Herald“ aus Rio de Janeiro zufolge bestreiten die dortigen Regierungsorgane, daß Brasilien irgend ein Kriegsschiff an die Vereinigten Staaten verkauft hätte; die Depesche versichert aber, aus guter Quelle zu wissen, daß Brasilien an die Vereinigten Staaten ein oder mehrere Kriegsschiffe verkauft habe, die sich in Europa im Bau befinden. Dieser Nachricht wird indes in New-York wenig Glauben beigegeben. „Daily Mail“ berichtet aus Shanghai, daß das amerikanische Geschwader von Hongkong nach Manila abgegangen sei. Dieses „Geschwader“ hat eine Ausrüstung von 83 Kanonen und etwas über 300 Mann. Man hält es für stark genug, um im Kriegsfall einen bedeutenden Theil der spanischen Streitkräfte in Ostasien festzuhalten.

In der Staatswerft bei New-York ist mit dem Bau eines Schlachtschiffes begonnen, welches das größte und mächtigste Kriegsschiff der Welt werden soll. Es wird den Namen „Georg Washington“ führen und 32 Millionen Mark kosten. Die Bauzeit ist auf 11 Monate berechnet.

Der spanische Minister des Auswärtigen, Gallon, erklärte einem Berichterstatter gegenüber, er lege der Ankunft des nordamerikanischen Stahlfregates „Montgomery“ vor Havana keine Bedeutung bei. Das Schiff diene lediglich Transportzwecken.

Nach einer Depesche des „New-York Herald“ aus Washington verlautet dort, der englische Vorkämpfer Pancofote habe bei seinem Besuche beim Präsidenten Mac I n die Gewährung der Königin Victoria darüber ausgedrückt, daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Spanien im Hinblick auf Kuba den Charakter der Besonnenheit und Mäßigung bewahrt hätten. Pancofote habe hinzugefügt, die Königin wünsche, daß die Vermählungen der Amerikaner, das Loos der Kubaner zu erleichtern, Erfolg haben möchten, aber ohne daß es zum Kriege komme; der Vorkämpfer schloß es für wahrscheinlich zu halten, daß der

Krieg vermieden werden würde. Mac Kinley habe geantwortet, er hoffe den Krieg vermeiden zu können. Der Korrespondent des „New-York Herald“ bemerkt hierzu ferner, auch der englische Vorkämpfer in Madrid bemühe sich im Sinne der Aufrichterhaltung des Friedens; er habe Vertrauen zu Sagasta ausgedrückt, befürchte aber Mäule seitens des Generals Weyler. Schließlich meldet der Korrespondent, Mac Kinley würde, sobald die Mäule-Angelegenheit erledigt sei, Spanien den Vorschlag der Unabhängigkeitserklärung Kubas machen, wogegen an Spanien eine Entschädigung von 750 Millionen (ob Dollars oder Pesetas sagt die Wollische Depesche nicht. In früheren Jahrzehnten haben die Vereinigten Staaten auch Geldangebote für Kuba gemacht. Nach der „Woll. Ztg.“ sollen 180 Millionen Dollars, also über 600 Mill. Mark, was 750 Millionen Pesetas in Gold entsprechen würde, angeboten worden sein. Diese Angabe dürfte mehr den Thatsachen entsprechen. Red.) gemacht werden solle; wenn sich Spanien weigere, werde Mac Kinley selbst auf die Gefahr eines Krieges hin die Unabhängigkeit Kubas anerkennen.

Wahlbewegung.

Nachdem der Bund der Landwirthe im Wahlkreise Neustettin die Unterstützung der Kandidatur des konservativen Landraths v. Bonin beschlossen hat, ist, wie die „Pomm. Reichsp.“ meldet, Herr Wischendorf, der Kandidat der Antisemiten, von seiner Kandidatur zurückgetreten. — Für den Reichstags-Wahlkreis Posen stellte die polnische Volkspartei einen besonderen Kandidaten, den Reuter Andrzejewski auf. — Der Reichsverein in Lübeck stellte nunmehr ebenfalls als nationalliberalen Kandidaten zum Reichstage Direktor Gebhard von der hanseatischen Versicherungsanstalt auf. — Aus Erfurt wird der „Woll. Ztg.“ geschrieben: „Auf eine vertrauliche Anfrage der Konservativen wegen Unterstützung ihres Kandidaten Jacobstötter durch die Nationalsozialen sind diese über- eingekommen, hier dann auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, wenn Herr Jacobstötter sich würde verpflichten können, dafür zu sorgen, daß im I. Berliner Wahlkreise kein konservativer Gegenkandidat gegen den nationalsozialen aufgestellt wird.“ — In Düsseldorf kandidirt für das Zentrum der Abg. Bürgermeister a. D. Wenders wieder, während als Kandidat der Mittelpartei Bürgermeister Marx aufgeführt sein soll.

In einer nationalliberalen Versammlung in Kugsburg wurde als Kandidat für den Wahlkreis Angsburg der Kommerzienrath Georg Brach aufgestellt.

Vertichtigung. In Nr. 38 des „Vorwärts“ vom 10. d. M. muß es heißen: „im Wahlkreise Usherleben - Halberstadt heißen: Dscherleben.“

Partei-Nachrichten.

Bei den Stadtverordneten-Wahlwahlen in Hanau sind, einer Meldung der „Frankf. Zeitung“ zufolge, unsere Kandidaten mit 1517 Stimmen gegen 1768 bürgerliche unterlegen. Von etwa 5000 Wahlberechtigten nahmen 3285 an der Wahl theil. Bei der Hauptwahl waren für unsere Kandidaten 1807—1563 Stimmen abgegeben worden, für die Gegner 1011—1604.

Todensliste der Partei. In Blankenburg am Harz ist im Alter von 80 Jahren der Arbeiter Karl Göbel gestorben. Er gehörte der Partei schon seit der Kasselerischen Zeit an und hat in jener Gegend im Verein mit unserem unvergesslichen Vorkämpfer Brack die sozialistische Bewegung ins Leben rufen helfen. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Redakteur der „Medienburgischen Volkszeitung“ in Rostock, Genosse Groß, hat am 9. März die leichnamliche Gefängnisstrafe angetreten, die ihm vom Rostocker Landgerichte wegen Beleidigung des Goldberger Bürgermeisters auferlegt ist.

Der Ausdruck Nordpatriotismus, der der Breslauer „Volksmacht“ einen Prozeß wegen groben Unfugs einbrachte, ist nun gebüßt. Der verantwortliche Redakteur Neukirch hat die vier Wochen Haft hinter sich, die ihm wegen jenes Vergehens, das ein Vierteljahrhundert lang Leinwand war, auferlegt gewesen sind.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zum Ausstand der Berliner Schuhmacher. Bürgerliche Blätter brachten dieser Tage Notizen, daß der Ausstand einen für die Arbeiter ungünstigen Verlauf nehme. Diese Nachrichten entbehren jeder Begründung und scheinen nur im Interesse der Fabrikanten in die Presse lancirt worden zu sein. Thatsächlich ist der Stand der Bewegung für uns außerordentlich günstig. In einigen Fabriken haben sich aus den Reihen der Ausständigen Ueberläufer gefunden, doch kann von einer Aufnahme des Betriebes in diesen Fabriken keine Rede sein. Ein weiterer Abfall ist nicht mehr zu befürchten und dürfte nunmehr die Zahl der Ausständigen eine konstante bleiben. Ueber alle Erwartung günstig liegen die Verhältnisse in den ausfallgehabenden Fabriken wie Fürstenheim, Erpel, Levy u. s. w. Dort stehen die Kollegen einmütig und geschlossen zu einander und ist zu hoffen, daß durch diese einmütige Haltung der Ausstand bald zu unserm Gunsten beendet sein dürfte. Während die Fabrikanten vor ihrem Arbeitsnachweis Landbergerstraße ruhig Posten stehen können, geht man gegen unsere Streikposten mit der größten Strenge vor. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In einem Falle forderte ein Polizeibeamter die Streikenden auf, ihr Verkehrslokal binnen einer Stunde zu verlassen, da er sie sonst verhaften würde. Diesem Auffinnen wurde selbstverständlich keine Folge gegeben.

Die Berliner Schuhfabrikanten haben gestern in einer Verbandsversammlung beschlossen, die bisherige Taktik weiter zu verfolgen und sich unter keinen Umständen auf Einigungsverhandlungen oder auf Vermittelungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, einzulassen. Der Verband hat ferner beschlossen, weiterhin sämtliche Versammlungsredner, welche die Fabrikanten durch Aufsetzungen beleidigen, gerichtlich zu verfolgen. — Bürgerliche Blätter melden von Ausschreitungen, die sich Streikende angeblich haben zu schulden kommen lassen. — In Erfurt und Delitzsch, wo Karl besuchte Gewerkschafts-Versammlungen mit der Tagesordnung: „Der Berliner Schuhmacherstreik“ abgehalten worden sind, wurde beschlossen, die Berliner Schuhmacher finanziell zu unterstützen.

Der Verband der Handels-Hilfsarbeiter für Berlin und Umgebung nahm in der letzten Versammlung Stellung zu der geplanten Revision der Sonntagsruhe. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige Versammlung erhebt Protest gegen die von den Konservativen und Reichsparteiern zu gunsten der Unternehmerklasse eingeleitete Aktion gegen die Sonntagsruhe im allgemeinen, sowie im besonderen gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Von der seitens der Regierung vorzunehmenden Revision der Sonntagsruhe erwarten die Handels-Hilfsarbeiter, welche heute überhaupt zum großen Theil an Sonntagen noch arbeiten müssen, nicht eine Einschränkung, sondern eine Sicherung und Erweiterung der Sonntagsruhe. Die Versammlung erklärt weiter, daß nach ihrer Meinung die Einführung einer vollständigen Sonntagsruhe unbedingt nötig ist und erwartet, daß der Reichskanzler zur Förderung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beitragen wird. — Vorher hatte Genosse Moes aus Leipzig über die 1848er Volksbewegung gesprochen.

Deutsches Reich.

Achtung, Vergolder! Der Streik der Brandenburger Kollegen dauert unverändert fort. Es wird dringend ersucht, den Zugang fernzuhalten. Der Verbandsvorstand.

In Brandenburg haben von den streikenden Schuhmachern 17 die Forderungen bewilligt bekommen. Im Ausland sind noch 27 Schuhmacher.

Am dem Tischlerkreise in Rathenow sind, soweit bis jetzt festgestellt ist, 147 Tischler und Maschinenarbeiter theilhaftig. Die Zahl der Kinder, die sie zu ernähren haben, beträgt 188. In den Fabriken von A. M. o. w. i. h. (Zugaber Gänther) und A. Schmidt, sowie in einigen kleineren Werkstätten ist der Streik ein vollständiger, in der Fabrik von Heller u. Pagenkopf ein theilweiser. Die Firma A. M. o. w. i. h. bemühte sich, aus dem Kreisgefängnis in Rathenow bisige Arbeitskräfte zu bekommen; das gelang ihr auch. Seit Dienstag arbeiten bei ihr, wie die „Brandenburger Zeitung“ mittheilt, eine Anzahl Sträflinge, noch dazu an den Holzbearbeitungs-Maschinen. Infolge dessen haben die Einzelarbeiter, die sich dem Streik bis dahin nicht angeschlossen hatten, nun ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Diejenigen Unternehmer, die am Montag Neigung zeigten, sich mit den Arbeitern zu einigen, erklärten am Dienstag, sich auf nichts mehr einzulassen. Der Vertreter der Firma S. Schmidt u. Komp. suchte der bei ihm vorsprechenden Kommission mit der Bemerkung zu imponiren, er beläse Arbeiter vom „Staate“, er habe schon danach besorgt. — Die Arbeiter werden gut thun, sich über solche Verwendung der Gefangenen sofort bei der Instanz zu beschweren, der das Kreisgefängnis in Rathenow untersteht. Soweit sich wir auch in der Aera Stumm-Posadowsky noch nicht, daß den Arbeitern das im § 152 der Gewerbe-Ordnung ausgesprochene Recht, ihre wirtschaftliche Lage auf dem Wege der Arbeitseinstellung zu verbessern, dadurch illusorisch gemacht werden dürfte, daß den Unternehmern Gefangene zu Streikbrecherdiensten überlassen werden.

In Westerhüsen an der Elbe legten 16 organisierte Arbeiter wegen Entlassung zweier Kollegen die Arbeit nieder.

In Aresfeld beriet am Sonntag eine von 2000 Personen besuchte Weberversammlung darüber, wie dem Glanz der Weber am Niederrhein zu sichern sei. Erster Redner in der von der Webersinnung einberufenen Versammlung war der Vorsitzende des evangelischen Arbeitervereins, Webermeister Pützgen, der die Schaffung einer Organisation befürwortete, die alle Weber des Niederrheins umfaßt. Er bedauerte dabei die indifferente Haltung des katholischen Webervereins Unions, der von ihm zu der Versammlung eingeladen worden war, dessen Führer aber die Theilnahme der katholischen Arbeiter hintertrieben hatten, und erklärte hierzu: Alle Arbeitsangelegenheiten, die von der Versammlung eingeleitet werden, gehen nicht. Diesem Redner folgten zwei unserer Parteigenossen, die der Versammlung den Werth der gewerkschaftlichen Organisation auseinandersetzen und dabei vorlegten, daß die Lohnfrage eine wirtschaftliche Angelegenheit ist, zu der sich alle Weber, gleichviel welche religiöse oder politische Anschauung sie sonst haben, einträchtig zusammenfinden können und zusammenfinden müssen, wenn sie ihre Lage wirklich verbessern wollen. Insbesondere wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder des katholischen Webervereins Unions so viel gefunden Menschenverstand zeigen werden, ihren Führern in dieser Sache keine Heeresfolge zu leisten, sondern mit den übrigen Webern gemeinsam an der Besserung der Verhältnisse zu arbeiten. Die Versammlung erbob zunächst einmütig Protest gegen das Posadowsky'sche Rundschreiben und beschloß dann die Gründung eines Verbandes der bestehenden Organisationen zum Zwecke der „Führung des gesamten Weberstandes“. Eine Kommission erhielt den Auftrag, das Statut anzuarbeiten.

Obwohl die Fabrikanten den Webern selbst den Rath gegeben haben, sich zu organisiren, ist doch schon einer der Versammlungsredner gemahregelt worden!

Bei der Gewerbegerichts-Erstaufwahl in Nordhansen wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die Kandidaten des Gewerkschafts-Partei gewählt.

Die Dachdecker in Bielefeld, die sämtlich dem Verband beigetreten sind, stellten vor 14 Tagen an die Meister das Ersuchen, den Stundenlohn von 31 auf 35 Pf. zu erhöhen. Ersreulicherweise haben die Meister versprochen, den geforderten Lohn vom 1. April an zahlen zu wollen.

Die Zimmerleute Nürnberg's haben in einer riesig besuchten Versammlung folgende Forderungen aufgestellt: 9/10stündige Arbeitszeit, 1/3stündige Mittagspause, Minimal-Stundenlohn von 45 Pf. (Die Organisation hatte 42 Pf. beantragt, was jedoch die Versammlung verwarf). Die Verhandlungen mit den Unternehmern führt eine in der Versammlung gewählte Lohnkommission.

Die Lohnbewegung der Parfettbodenleger in Nürnberg ist beendet, nachdem die Unternehmer den Tarif, den ihnen die Arbeiter vorgelegt haben, theilweise anerkannt. Die Arbeit wurde am 10. März in sämtlichen Betrieben wieder aufgenommen. Die neuen Arbeitsbedingungen treten am 1. Mai in Kraft. Der Erfolg der Bewegung ist zwar gering, doch muß berücksichtigt werden, daß die Organisation der Parfettbodenleger noch sehr jung ist und daß die Vorteile ohne Streik errungen wurden.

Die Maurer in Schweinfurt haben den Stundenlohn von 36 auf 38 Pf. erhöht bekommen. Weiter wird in allen Betrieben eine einheitliche Arbeitsordnung eingeführt.

In Stuttgart nahm am Sonnabend eine Versammlung der in den nächtlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter Stellung zur Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit. Es wurde einstimmig eine darauf abzielende Resolution angenommen und weiter beschlossen, eine Organisation zu schaffen. Eine 14gliedrige Kommission hat in Verbindung mit dem Gewerkschafts-Partei die weiteren Schritte einzuleiten.

Rußland.

Die Zimmerer Wiens haben, wie uns von dort mitgetheilt wird, außer dem 2 Gulden-Tagelohn noch folgende Forderungen aufgestellt: 9stündige Arbeitszeit, 1 Stunde Mittagspause, 1/2 Stunde je Frühstück und Vesper; Sonnabends eine Stunde früher Feierabend und 20 Kreuzer Zulage, wenn die Arbeit eine Stunde vom Zimmerer entfernt ist. Es haben wiederum einige Meister mehr bewilligt, andere lehnten die Forderungen ab, worauf die Gesellen die Arbeit niederlegten, sobald jetzt im ganzen etwa 800 im Ausstand sich befinden. Leider ist die Organisation noch sehr schwach. Vor allem ist Zugang fernzuhalten; auch ist finanzielle Unterstützung sehr erwünscht. Zusendungen sind zu richten an: Joseph Wopp, Hotel Raabel, Wien I, Fleischmarkt 16.

Ein internationaler Formerkongreß wird von dem Vertrauensmann der dänischen Formier einberufen. Derselbe soll am 29. und 30. Mai ds. J. in Kopenhagen abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht vorläufig: Internationale Regelung der Streikunterstützung und Reiseunterstützung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Trotha bei Halle, 11. März. (Privattelegramm.) Bei der heutigen Gemeinderathswahl wurde Banke (Sozialdemokrat) mit 185 gegen 91 Stimmen gewählt.

Sitten, 11. März. (W. Z. B.) Eine gewaltige Lawine riß auf dem Gebiete der Gemeinde Tübel (Oberwaldis) 4 Häuser und 8 Scherren fort. 37 Stück Vieh kamen um. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu befürchten.

Paris, 11. März. (W. Z. B.) In der Deputiertenkammer wurde die Verathung des Budgets fortgesetzt. Auf eine Anfrage des Deputirten Casteln ver sprach Finanzminister Cochery, die Frage einer den in Frankreich aufässigen Ausländern auszureichenden Lage in Erwägung zu ziehen.

Budapest, 11. März. (W. Z. B.) Der ehemalige Vorkämpfer am Berliner Hofe, Graf Emerich Szecheni, ist heute gestorben.

Konstantinopel, 11. März. (W. Z. B.) Im gestrigen Ministerrath ist über die bulgarischen Grenzverhältnisse und über die fortwährenden Unruhen der bulgarischen Komitets in Molebonien beraten und beschlossen worden, mit Serbien sowie Rumänien freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, um ein Gegengewicht gegen Bulgarien zu gewinnen. Nach Belgrad soll demnächst ein Adjutant des Sultans in vertraulicher Mission entsandt werden.

Reichstag.

60. Sitzung. Freitag, 11. März 1898, 2 Uhr.

Vom Bundesratliche: Graf Posadowsky, Niederding. Die zweite Beratung der Novelle zum Postdampfer-Subventionengesetz wird beim § 1 fortgesetzt, durch welchen die Erhöhung der Subvention um 1 1/2 Millionen Mark für die Einrichtung vierzehntägiger Fahrten nach China festgesetzt wird.

Abg. Dr. Hammacher (natl.): Der Abg. Mollenhuth hat gestern gemeint, die Subvention läme nur dem Lloyd zu gute. Herr Mollenhuth übertrifft jedoch dabei, daß der Lloyd bisher mit Verlust gearbeitet hat. Die Vorlage beabsichtigt auch nicht vor allem den Gütertransport zu fördern, sondern die Regelmäßigkeit und vor allem auch eine erhöhte Schnelligkeit der Dampferverbindung nach China zu erreichen und hierbei ist naturgemäß kein besonders hoher Gewinn zu erzielen.

Abg. Richter (sf. Sp.): Für uns ist die Frage eine reine Zweckmäßigkeitfrage, keine nationale. Wir meinen gerade im Interesse der nationalen Seeschifffahrt zu handeln, wenn wir uns gegen eine Erweiterung der Subvention aussprechen. Die deutsche Seeschifffahrt steht an erster Stelle nach der englischen und hat diese Position ohne Subvention erreicht. Nun soll die Subvention noch erweitert werden. Die Subvention einzelner Linien wirkt aber gerade hindernd auf die Entwicklung anderer nationaler Verbindungen ein, während diese ohne das Gemisch der Subvention einporblühen würden. Für das gewöhnliche Frachtgeschäft liegt ein Bedürfnis zur Vermehrung der Linien überhaupt nicht vor; die Hälfte des Transportes entfällt ohnehin auf ausländische Produkte; das schließt natürlich nicht den geringsten Vorrat gegen den Lloyd ein. Aber man höre auf, da von einer „nationalen“ Pflicht zu reden, wo auf die Deutschen nur ein geringer Bruchteil des Vortheils entfällt. Es ergibt sich ganz von selbst, daß auf die Ausländer ein größerer Rabatt kommt, als auf die Deutschen; das ergibt sich naturgemäß aus dem Geschäft.

bleibt noch die Post. Die Subvention kann nicht verhindern, daß die Postverbindungen sich verändern; so hat man jetzt bereits einen kürzeren Weg über Amerika nach Yokohama. Wenn ich nicht irre, hat auch Herr Trippl, weil er es nicht hatte, mit seiner Flottenvorlage von Ostasien nach Deutschland zu kommen, den Weg über Amerika benutzend. (Heiterkeit.) Man exemplifiziert auf Frankreich; dort hat aber gerade die Subvention hemmend auf die Entwicklung der Schifffahrt gewirkt. Wenn Sie übrigens die Beförderung einzelner Waaren auf den subventionierten Linien verbieten wollen, so erreichen Sie dadurch nur, daß diese Waaren auf nicht subventionierten Konkurrenzlinien billiger eingeführt werden. Meine politischen Freunde werden also gegen die Vorlage stimmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. Richter hat behauptet, daß der Lloyd ausländische Passagiere bevorzuge. Demgegenüber bemerke ich, daß eine Vereinbarung mit dem Lloyd existiert, wonach er einzelnen Passagieren einen Rabatt von 20 pCt. auf den festgesetzten Fahrpreis bewilligen darf, um der Konkurrenz anderer Linien zu begegnen. Es ist jedoch ausdrücklich bestimmt, daß Ausländer dabei nicht bevorzugt werden dürfen.

Abg. Richter (sf. Sp.): Ich habe nur behauptet, daß man gerade infolge dieser Bestimmung aus einem englischen Hafen z. B. billiger nach Ostasien fahren kann als von Bremen aus. Dem Lloyd habe ich keinen Vorwurf gemacht.

§ 1 wird darauf in der Fassung der Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei angenommen. § 2 und § 3 werden debattelos genehmigt.

Der § 4 enthält in der Kommissionsfassung die Bestimmung, daß die Dampfer für die ostasiatische Linie abwechselnd von Bremen und Hamburg ausgehen müssen.

Hierzu liegt erstens ein Antrag Dr. Heim (Z.) und Genossen vor, dem § 4 folgenden Zusatz zu geben:

Der Unternehmer ist zu verpflichten, als Rückfracht nach europäischen Häfen Getreide, Fleisch oder Vorkerprodukte nicht zu befördern.

Ferner beantragt Abg. Mollenhuth (Soz.) folgenden Zusatz: „Der Unternehmer ist verpflichtet, für die Ankreise der Dampfer so viele weiße Schiffsteine anzumustern, als die Dampfer nach dem vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Handbuch für die deutsche Handelsmarine an Befahrung haben sollen.“

Abg. Mollenhuth (Soz.): Die Anträge der Herren Dr. Heim und Genossen stehen in eigentümlichen Widerspruch zu dem ganzen Subventionengesetz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einmal sollen die deutschen Steuerzahler Geld hergeben, um eine regelmäßige und schnelle Verbindung zwischen Deutschland und Ostasien zu unterhalten, andererseits aber verbietet man den Schiffen Rückfrachten auszunehmen, um die deutsche Konkurrenz nicht zu schädigen. — In dem Antrage sind nur vorwiegend landwirtschaftliche Produkte genannt. Aus Ostasien kommen diese ja nun nicht, wohl aber aus Australien. Was sollen dann aber die subventionierten Dampfer aus Australien zurückbringen? Ohne Ladung können sie nicht zurückkehren, sonst wäre die Existenzfähigkeit der Linie auch mit der Subvention in Frage gestellt. Mit demselben Recht könnte auch die Industrie verlangen, dagegen geschützt zu werden, wenn später vielleicht Garn aus Japan in Deutschland eingeführt werden sollte.

Uebrigens wird ja immer gesagt, es handle sich hier um möglichst schnell fahrende Schiffe, die könnten nicht so viel Fracht aufnehmen. Nun, dann können sie eben auch nicht viel landwirtschaftliche Produkte einführen. Unter Umständen kann aber der Antrag des Dr. Heim gerade der Landwirtschaft gefährlich werden. Wenn zum Beispiel in Australien ein ganz vorzüglicher Weizen ist, den man hier zur Aussaat haben will, so kann es leicht geschehen, daß er mit den anderen Dampfern nicht schnell genug hierher kommt, während ihn die schnell fahrenden subventionierten Dampfer nicht befördern dürfen. Der Antrag Heim mag vielleicht geeignet sein, gewissen agrarischen Kreisen, die bisher der Vorlage feindlich gegenüber standen, dieselbe sympathischer zu machen, in Wirklichkeit aber wird durch ihn nichts geändert; die landwirtschaftlichen Produkte Australiens kommen doch zu uns, nämlich auf den nicht subventionierten Linien. — Schließlich kommt noch hinzu, daß man nicht nur Getreide und Fleisch, sondern auch Wolle ausführen will. Die Wolle braucht aber unsere Industrie sehr notwendig und es kann sehr leicht kommen, daß sie infolge dieses Wolle-Einfuhrverbotes in eine Verlegenheit kommt, aus der ihr auch die deutsche Landwirtschaft nicht helfen kann.

Ich komme nun zu meinem Antrage. Man hat immer behauptet, daß die Deutschen das Klima in den Tropen nicht vertragen und in der Kommission wurde ja auch ein Brief eines Schiffszarztes vorgelesen, wonach die deutschen Arbeiter in den chinesischen Gewässern die Hitze nicht vertragen. Es ist nun merkwürdig, daß nach Ansicht der Heber das Klima in den Gegenden zwischen dem 70. und 110. Meridian östlicher Länge, die Gesundheit der deutschen Arbeiter ernstlich gefährdet, daß aber in den Gegenden zwischen dem 30. und 40. Meridian westlicher Länge in Südamerika und auch in den australischen Gewässern diese Gefahr für die Gesundheit nicht vorhanden sein soll. Woran liegt das? Ja, meine Herren, das liegt ganz einfach daran, daß man in den ostasiatischen Häfen sehr billige Ersatzkräfte in den chinesischen Arbeitern bekommen kann. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Ferner muß ich noch auf eine Gefahr hinweisen, die in der Einstellung chinesischer Arbeiter auf deutschen Schiffen liegt, ich meine die Einschleppung der Lepra. Es ist erwiesen, daß zum Beispiel in Kalifornien die Lepra auftrat zu der Zeit, als dorthin Chinesen in großer Masse kamen. Uebrigens ist es durchaus nicht leicht, genau festzustellen, ob jemand an Lepra erkrankt ist oder nicht. Hat doch selbst der hiesige Professor Bergmann die Lepra an einem ihm zur Untersuchung vorgeführten Manne nicht feststellen können, während

es sich später herausstellte, daß der Mann tatsächlich Leprakrank war. Wenn dies also Professor Bergmann passierte, wie viel eher werden das Schiffszärzte das Vorhandensein der Leprakrankheit auf dem Schiffe übersehen. Es liegt also eine erhebliche Gefahr vor, daß die Leprakrankheit durch chinesische Arbeiter in die deutschen Häfen eingeschleppt werde. Nun zweifle ich ja nicht daran, daß, wenn es sich um eine Seuchengefahr für Schweine handelte, die große Majorität des Hauses bereit sein würde, die entschiedensten Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr zu ergreifen. (Abg. Wedel: Sehr wahr!) Hier aber ist ja nur eine Gefahr für den Arbeiterstand vorhanden und da sagt man, ja das muß nun einmal ertragen werden, die Gefahr ist auch nicht so groß u. s. w. Ich meine aber doch, wenn man einmal das deutsche Volk so große Summen hergeben soll, so muß auch alles getan werden, um der Gefahr einer Einschleppung der Lepra in die deutschen Häfen vorzubeugen. — Vielleicht wird man uns in Massenhaft vorwerfen. Natürlich liegt uns so etwas vollständig fern, wir wollen nur die Arbeiter vor der Lepra schützen und erreichen, daß auf den mit deutschem Gelde subventionierten Linien auch deutsche Arbeiter Verwendung finden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich bitte Sie, den Antrag Mollenhuth abzulehnen. Das Handbuch für die deutsche Handelsmarine enthält nicht die Angaben über die Durchschnittswaarfahrt, sondern ist nur zu statistischen Zwecken gemacht. Die Angaben beruhen auf den Mittheilungen der Abheereten. Die Zahlen wechseln und es ist nach dem Handbuch unmöglich, eine Durchschnittszahl festzustellen. Bei der Fahrt durch das Rote Meer sind fortdauernde Mannschaften erforderlich, die weiße Mannschaft würde dann 16 Tage, also den dritten Theil der Fahrt von Bremen nach Shanghai, müßig sein. Wir werden dahin wirken, die farbige Mannschaft aufs äußerste zu beschränken, ganz ausschließen läßt sie sich nicht. Ich gebe anheim, die Resolution anzunehmen. Die Auslieferung des Antrages Mollenhuth halte ich nach dem statistischen Handbuch für unmöglich.

Abg. Dr. Heim (Z.) befragt seinen Antrag. Es sei gesagt worden, für den Getreide-Import eignen sich die Schnelldampfer nicht. Um so anstandslos der Bitte der Antrag angenommen werden. Jetzt sei die Regierung agrarfeindlich, der Vertrag mit dem Lloyd werde aber auf 15 Jahre abgeschlossen, wer bürge unter dem wechselnden Wind, daß die Regierung agrarfeindlich bleibe. Mit Resolutionen sei gar nichts gethan. Er persönlich halte von Resolutionen gar nichts. Er werde in diesem hohen Hause noch bei einer anderen Frage Gelegenheit haben, in dieser Beziehung Farbe zu bekennen. Er werde mit einigen seiner landwirthschaftlichen Freunde für den Antrag Mollenhuth stimmen, der den deutschen Arbeiter schütze wolle. Sein Antrag wolle den deutschen Bauer schützen und deshalb bitte er um seine Annahme.

Auf Antrag des Abg. Grimm v. Stumm (Mp.) werden die beiden folgenden Resolutionen mit zur Diskussion gestellt:

a) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem Norddeutschen Lloyd eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirthschaftliche Produkte, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurriren, mit Ausnahme von Tabak, Fellen und Wolle, von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen;

b) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den mit dem Unternehmer der Postdampfschiffverbindungen mit Ostasien und Australien abzuschließenden Verträgen eine Bestimmung dahin aufzunehmen, daß farbige Schiffmannschaften auf der australischen Hauptlinie in der Regel nicht, auf der ostasiatischen Hauptlinie aber nur für den Dienst in den Maschinen- und Kesselräumen soweit verwendet werden dürfen, als die Verwendung europäischer Mannschaften aus gesundheitlichen Rücksichten unthunlich ist.

Präsident v. Unol schlägt nunmehr vor, auch folgenden Antrag des Grafen v. Zim und Knipphausen (natl.) zur Debatte zu stellen. Der Reichstag wolle an Stelle der von der Kommission beantragten Resolution folgende Resolution beschließen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem Norddeutschen Lloyd eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirthschaftliche Produkte, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurriren, von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen.“

Ein von Graf v. Arnim (Mp.) eingebrachter, mit der Resolution a) fast wörtlich übereinstimmender Antrag wird zurückgezogen.

Abg. Dr. v. Levetzow (L.): Die Landwirtschaft hat von der Vorlage wenig zu erwarten, wir können aber Handel und Industrie gern jede Unterstützung. Nur direkte Schäden der Landwirtschaft nicht davon haben, und ein Schaden wäre es, wenn die konkurrierenden landwirthschaftlichen Produkte durch die subventionierten Dampfer schneller und billiger nach Deutschland eingeführt würden. Die Kommission hat diesen Schaden durch die Annahme einer Resolution zu verhindern gesucht. Sie geht mir aber nicht weit genug. Ich erkläre mich deshalb für den Antrag Heim, zu dem ich beantrage, das Wort „Wolle“ hinter dem Worte „Fleisch“ einzufügen. Die Konkurrenz der australischen Wolle, die als Rückfracht billig befördert werden würde, ist für die heimische Landwirtschaft besonders gefährlich. Ich befürchte nicht, daß durch die Annahme des Antrages Heim das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet würde. Redner erklärt sich gegen den Antrag Mollenhuth, der undurchführbar sei.

Abg. Frhr. v. Stumm (Mp.) spricht sich gegen den Antrag des Abg. Heim aus, der völlig unannehmbar sei. Eine solche Vorschrift gehöre nicht ins Gesetz, sondern höchstens in den Vertrag mit dem Lloyd. Deshalb möge man sich auf die Annahme der von der Kommission beantragten Resolution beschränken. Manchmal hätten solche Resolutionen allerdings nur einen akademischen Werth, aber doch nicht in den Fällen, wo sich die Regierung wie hier ausdrücklich mit ihnen einverstanden erklärt habe. Ein für die Industrie so unentbehrliches Rohprodukt, wie Wolle, dürfe auf keinen Fall von der Beförderung auf diesen Linien ausgeschlossen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich warne davor, im Interesse der deutschen Landwirtschaft Mittel zu ergreifen, die ihr nichts nützen. Deutschland kann seinen Bedarf an Wolle nicht selbst produzieren. Die deutsche Textilindustrie braucht jährlich 170 000 Tonnen ausländischer Wolle. Von diesen 170 000 Tonnen kommen nur 5470 Tonnen auf subventionierte Linien. Was will diese geringe Zahl bedeuten. Und wenn wir der australischen Wolle auch die Einfuhr auf subventionierten Linien verschließen, sie kommt doch. Der Zeitpunkt für die Einführung eines Zollgesetzes ist verpaßt. Ich will mich nicht auf eine große handelspolitische Debatte einlassen, aber es ist richtig, daß in einem Augenblick, wo die Vertreter der Landwirtschaft doch auch im eigenen Interesse eine Politik der Sammlung einschlagen wollen, durch ein solches Verlangen eine gewaltige Industrie wie die Textilindustrie es ist, zu beunruhigen über künftige Absichten, erscheint mir doch sehr zweifelhaft. Auch das Ausland könnte ein solches handelspolitisches Vorgehen mißdeuten. Die Regierung ist gewillt, für die Landwirtschaft alles zu thun, was sich innerhalb der bestehenden Handelsverträge für sie thun läßt, und nach Ablauf der Handelsverträge in eine erste und wohlvollende Prüfung darüber einzutreten, was in Zukunft für sie zu thun ist. Von dem Antrage Heim wird die Landwirtschaft positiv nicht das geringste haben. Ich warne Sie, ihn anzunehmen, und bitte Sie, für die Resolution der Kommission zu stimmen.

Abg. Dr. Hermes (sf. Sp.) erklärt sich gegen alle Anträge, die auch der Landwirtschaft keinen Nutzen bringen würden.

Abg. v. Plösch (L.): Die Agrarier sind im Interesse der Politik

der Sammlung gerade in diesem Moment bereit, für dieses Gesetz zu stimmen, das nur der Industrie und dem Großhandel dient. Das ist eine Selbstlosigkeit (Stimmliche Heiterkeit links), denn von dem Gesetz haben wir keinen Vortheil. Nur geschädigt wollen wir nicht werden durch den subventionierten Preisdruck fremder landwirthschaftlicher Produkte. Von der Annahme höherer Resolutionen halte ich gar nichts. Wir müssen sicher gehen und werden deshalb für die Anträge Heim und Levetzow stimmen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Zahl der Resolutionen des Reichstages, denen der Bundesrath in den letzten Jahren Folge gegeben habe, sei doch eine sehr große. Wollte er sie nur ausführen, so würde dem Hause angst und bange werden vor der modernen Weltregierung. Die Aufnahme einer Bestimmung über den Ausschluß der Wolle sei ganz unannehmbar.

Abg. Dr. Barth (sf. Sp.): Die Debatte ist recht interessant; sie zeigt uns das eine: wenn die Herren sich nicht einmal bei einem kleinen Anlaß verständigen können, dann hat es mit der Harmonie der Interessen zwischen Agrariern und schutzthätiger Großindustrie, wovon bei der Politik der Sammlung so viel die Rede ist, noch gute Wege. Die Agrarier müthen uns zu geradezu eine Politik von Schöppenhäut. Auf der einen Seite soll von dem Gelde der Steuerzahler eine Dampferlinie subventioniert werden, auf der anderen Seite aber soll eine Bestimmung geschaffen werden, die diejenigen Länder, wohin man die subventionierten Dampfer schickt, zwingen muß, sich feindlich gegen das Unternehmen zu verhalten. Das heißt Verschwendung treiben mit dem Gelde der Steuerzahler.

Abg. Gräfe (Reformp.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Heim und den Zusatzantrag Levetzow stimmen. Wollte Resolutionen anheben nicht. Noch hat die Regierung nicht bewiesen, daß es ihr Ernst ist mit dem Schutze der nationalen Arbeit.

Abg. Münch-Kerber (natl.): Ich habe bisher für alle Anträge gestimmt, die der Landwirtschaft nützen, obwohl ich Industrieller bin. Von dem Antrage Heim und Levetzow kann ich mir keinen Nutzen für die Landwirtschaft versprechen. Es würde durch ihn höchstens erreicht werden, daß die australischen Wollen auf nicht subventionierten Dampfern 6 Tage später eintreffen. Die deutsche Textilindustrie verbraucht zwei Millionen Kilo fremder Wolle jährlich. Die lange Zeit würde die deutsche Landwirtschaft brauchen, um die Schafzucht so zu heben, daß dieses kolossale Quantum aus heimischem Boden produziert werden kann? Die deutsche Textilindustrie, die jetzt schon einen schweren Stand auf dem Weltmarkt hat, würde einen verderblichen Schaden erleiden und die subventionierten Linien würden geschädigt werden.

Abg. Fröhen (Z.) erklärt sich gegen den Antrag Mollenhuth; unter den Tropen könnten aus hygienischen Gründen Weiße als Heizer nicht benutzt werden. Zum Schutze der Landwirtschaft sind wir gern bereit, aber von dem Verbot der Einfuhr australischer Wolle durch die Subventiondampfer hätte die Landwirtschaft keinen Nutzen. Zu Resolutionen haben wir auch kein großes Verlangen. (Heil! Heil!) Aber der Antrag Heim muß doch große Bedenken hervorrufen, da er beim Abschluß neuer Handelsverträge hinderlich sein würde. Dagegen verdient die Resolution des Abg. v. Zim und Knipphausen angenommen zu werden.

Tavotus wird die Diskussion geschlossen. Es liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Mollenhuth vor.

Abg. Dr. Barth beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Levetzow.

Abg. v. Kardorff (Mp.) bemerkt dagegen zur Geschäftsordnung, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung schriftlich und von 50 Mitgliedern unterschrieben eingereicht werden müsse.

Abg. Singer (Soz.) bittet den Abg. v. Kardorff, ehe er sich auf die Geschäftsordnung berufe, diese doch erst zu lesen. (Heiterkeit links.) Es sei nach dieser lediglich eine Unterstüßung durch 50 Mitglieder nötig; von einer schriftlichen Einreichung sei gar keine Rede.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Mollenhuth mit 172 Stimmen gegen 89 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Sozialdemokraten und einzelne Zentrumsglieder.

Der Antrag Dr. v. Levetzow wird in namentlicher Abstimmung mit 157 Stimmen gegen 47 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Mehrheit der Konservativen und ein kleiner Theil des Zentrums. Ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung.

Der Antrag Dr. Heim (Z.) wird ungefähr mit der gleichen Mehrheit wie der Antrag v. Levetzow abgelehnt. Der § 4 wird in der Kommissionsfassung mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen. Die Resolution a) wird mit dem Abänderungsantrag des Grafen v. Zim und Knipphausen angenommen, ebenso wird die Resolution b) angenommen. Gegen beide Resolutionen stimmen Sozialdemokraten und die freisinnigen Gruppen.

Schließlich wird noch eine dritte Resolution beantragt:

Der Reichskanzler möge, um dem süddeutschen Binnenlande den Anschluß an die Ausfuhrhäfen zu erleichtern, dahin wirken, daß die Erhebung von Schiffsfahrtsgebühren auf dem Main unterbleibe.

Abg. Frhr. v. Stumm (Mp.) bittet, die Resolution abzulehnen, da es nicht angehe, für einen einzigen Fluß eine solche Ausnahme zu statuieren.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) verweist demgegenüber auf die Wünsche zahlreicher süddeutscher Interessenten. Der Main sei stets zur Schifffahrt benutzt worden, jetzt nachdem die Mainkanalisation vorgenommen sei, verlange man Kanalgebühren. Er hoffe, daß die Resolution angenommen werde.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich glaube nicht, daß die Regierung der Resolution zustimmen wird, denn in Preußen ist es Grundbesitz, daß es nur Kanäle baue, die sich rentiren.

Abg. Müller-Fulda: Die Annahme der Resolution ist durchaus notwendig, und ich hoffe, die Regierung wird sowohl Einsicht haben, ihr zuzugeben. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Heim (Z.): Die Nichtannahme der Resolution durch die Regierung würde in Bayern das Gefühl hervorrufen, daß man von Bayern Opfer für den Einheitsgedanken fordere, daß es aber auf der anderen Seite mit der Bundesliebe nicht weit her sei.

Abg. Graf Limburg-Strom (L.): Durch die Kanalisation können doch tiefer gehende Schiffe fahren, ein Vortheil, der doch den Süddeutschen zu gute kommt und den sie nicht umsonst verlangen können.

Abg. Dr. Heim (Z.) erwidert, gerade durch die Kanalisation sei der Flußverkehr schwer geschädigt worden.

Die Resolution wird hierauf angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Zweite Beratung der Militär-Strasprozeß-Reform.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Zu der Budgetkommission des Reichstages wurde gestern zunächst die von Reichsamt des Innern zurückgenommene Stabs-Position „Reichstags-Präsidentengebäude“ bewilligt, nachdem der Referent, Abg. Singer, hervorgehoben, daß die vom Geh. Rath Ballot umgearbeiteten Pläne, wie sie jetzt vorliegen, gegenüber den früheren weit zweckmäßiger erscheinen und die Aufschläge von 750 000 M. nicht überschritten werden würden, während nach den früheren Plänen über eine Million erforderlich gewesen wären. — Sodann fand der Etat des allgemeinen Pensionsfonds zur Verlesung. Der Referent Müller-Fulda legt dar, daß die Steigerung der Gesamtaufgaben gegen das Vorjahr 3256 012 oder 6 1/2 pCt. betrage. Die Hauptsteigerung entsalle jedoch nicht auf die Pensionen für Offiziere, sondern auf die Pensionen der sogenannten Friedensinvaliden (Zeldwibel, Unteroffiziere und Gemeine). Für Offiziere

betrage die Steigerung etwa 2 pCt., für die zweite Kategorie etwa 14 pCt. Die letztere Steigerung sei seit Erlaß des Gesetzes vom 22. Mai 1893 besonders stark hervorgetreten; dieses Gesetz beschränke die Annahme bezw. den Fortfall der Pension auf die im Zivil-Staatsdienst Angestellten und erhöhe das nicht anrechnungsfähige Zivildienst-Einkommen von 800, 450 und 600 M. auf 900 respektive 900, 1200 und 1400 M. Das Gesetz sichere dagegen den im Kommunaldienst Angestellten den unverfälschten Betrag der Pension überhaupt. Seitdem mache sich das Bestreben geltend, die Pension auch allen im Staats-Zivildienst Angestellten unverfälscht zu sichern. Hierbei liegen eine Menge Petitionen vor. Würde diesen Folge gegeben, so würde die Gesamtausgabe für die Friedensinvaliden alsbald um mehrere 500 000 M., auf mindestens 20 Millionen steigen. Die Forderung, hinsichtlich des Fortbestehens der Pension, Staats- und Kommunaldienst gleichartig zu behandeln, habe gewiß ihre Berechtigung; jedoch nur in der Voraussetzung, daß es sich in allen Fällen des Pensionsbezugs um eine wirklich vorhandene Ganz- oder Halbinvalidität, und dadurch verminderte Erwerbsfähigkeit handle. Das Gesetz von 1893 scheine jedoch nicht in allen Fällen in diesem Sinne angewendet zu werden und es lägen zahlreiche Beispiele vor, welche den Gedanken erwecken, als ob bei Bewilligung der Invalidenpension an sogenannte Friedensinvaliden mehr im Sinne der Anerkennung für eine lang-jährige gute Militärdienstführung als nach den Prinzipien des Gesetzes gebandelt würde. Ebenso scheine die Nachuntersuchung nicht dem Zweck des § 100 entsprechend durchgeführt zu werden, vorausgesetzt, daß solche überhaupt erfolge. Die Vernehmung der Pensionempfänger seit 1891 dürfte diese Annahme bestätigen. Seit 6 Jahren zeige sich hier eine Steigerung um 93 pCt. Die ganze Entwicklung dieser Ausgabe verdiente Beachtung und da es auf die Dauer kaum zulässig sein werde, den im Gesetz von 1893 gemachten Unterschied zwischen Staats- und Kommunalbeamten aufrecht zu erhalten, empfehle sich genauestens Handhabung des Gesetzes in Bezug auf Anerkennung des Invalidencharakters und schließliche Nachrevision, ob die ursprünglichen Voraussetzungen geminderter Erwerbsfähigkeit noch vorhanden sind, damit ohne zu weit gehende Belastung der Reichsfinanzen den Wittgeheimen der im Staatsdienst befindlichen Friedensinvaliden nach Möglichkeit entsprochen werden kann. Generalleutnant v. Viebahn erklärt, die Prüfung sei außerordentlich sorgfältig, die Anwendung des Gesetzes gewissenhaft und in Preußen, Sachsen und Württemberg einheitlich geregelt. Die Steigerung sei eine Folge davon, daß man bemüht sei, allen berechtigten Ansprüchen zu genügen. Der sächsische Oberst Graf Balthus v. Eckardt und der württembergische Generalmajor Freiherr v. Watter schließen sich dieser Erklärung an. Abg. Müller-Fulda hebt hervor, daß die Steigerung der Invalidenrenten in Preußen und Württemberg den Prozentsatz in Sachsen weit übersteige. Er möchte eine Angabe darüber, wie viele Bedrückte nicht invalide abgehen. Generalleutnant v. Viebahn betont, daß die Militärverwaltung streng noch den Grundsätzen des Rechts verfare. Die gewünschte Nachweisung sagt er zu. An der Debatte beteiligten sich noch die Abgg. v. Hennigsen, Dr. Gammacher, Prinz Arenberg, Gröber, Webel und Singer. Die Ansätze des Etats werden schließlich unverändert genehmigt und folgende vom Abg. Gröber beantragte Resolution angenommen:

„Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, über die Gründe der auffallenden Zunahme und Ungleichheit der in einzelnen Kontingenten gewährten Invalidenpensionen dem Reichstag eine nähere Vorlegung zugehen zu lassen.“

Beim Etat des Reichs-Invalidenfonds bemerkt Müller-Fulda, daß die Zahl der unterstützten Veteranen zwar von 18 000 auf 20 000 gestiegen sei. Noch aber gebe es 8004 Veteranen, die trotz gefälligen Anspruchs keine Unterstützung beziehen. Er beantragt folgende Resolution:

„Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, die Mittel, welche zur Gewährung der Beihilfen von 120 M. an alle nach dem Gesetz vom 22. Mai 1893 Art. III als Anwärter anerkannten Veteranen fehlen, durch einen Nachtragetat für das Rechnungsjahr 1898 nachzufordern.“

Diese Resolution wird angenommen. Die Ansätze des Etats werden genehmigt. Die nächste Sitzung der Kommission zur Beratung der Heinen noch ausstehenden Etats ist auf Dienstag, den 22. d. M., anberaumt.

Die sechste Kommission des Reichstages trat heute in die zweite Lesung der Novelle zur Zivilprozessordnung ein und erledigte unter Wiederholung mehrerer in der ersten Lesung gefaßten Beschlüsse die §§ 1 bis 142 der Zivilprozessordnung. Die Verhandlungen werden Dienstag fortgesetzt.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Antrag Eiers und Wilkau (l.) und Genossen betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Kreisabgabepflicht der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und ein Antrag v. Mendel-Stenkels (l.) und Genossen betreffend Maßregeln gegen Viehseuchen und Einföhrung der obligatorischen Fleischschau zugegangen.

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. Die Sommerferien der höheren Lehranstalten vertaus sind dahin abgeändert worden, daß dieselben auf die Zeit vom 9. Juli bis 16. August verlegt werden sind. — Die städtische Schul-Deputation, welche gegenwärtig aus 32 Mitgliedern besteht, bei deren Sitzungen aber noch 10 Schulpflichter und ein Magistrats-Mitglied mitberathen, soll auf Antrag der Stadtverordneten-Versammlung und nach Beschluß des Magistratskollegiums um zwei Mitglieder vermehrt werden, und zwar durch einen Stadtverordneten und einen Bürger-Deputierten. Für den Eintritt des Stadtverordneten in die Deputation wird die erforderliche Genehmigung der Regierung nachgesucht werden, für den Bürger-Deputierten ist dies nicht erforderlich, weil die Vernehmung der Zahl der Bürger-Deputierten in der Deputation in dem Verlehen der städtischen Behörden steht.

Die Große Berliner Straßenbahn hat beim Polizeipräsidenten und bei der Verkehrsdeputation die Genehmigung zur Einführung des mit dem 4. April d. J. in Billigkeit tretenden Fahrplanes für die sogenannten Arbeiter-Frühwagen für folgende Linien nachgesucht: 1. Alexander (Verbindungsbahn)—Hallesche Thor—Abfahrt 5³⁰ und 6 Uhr; 2. Alexander (Verbindungsbahn)—Schönhauser Allee (Ecke Pappel-Allee)—Abfahrt 6 Uhr; 3. Gesundbrunnen—Mollenmarkt—Abfahrt 5 Uhr und 5³⁰; 4. Rosenbäcker Thor—Monbit (Waldstraße)—5³⁰ und 6 Uhr; 5. Zepeler Chaussee (Schwarwerstraße)—Charlottenstraße (Unter den Linden)—Abfahrt 5 und 5³⁰ Uhr.

Tokales.

Den Parteigenossen des ersten Wahlkreises zur Nachricht, daß am Montag Abend 8^{1/2} Uhr Jägerstraße 69 eine Wahlvereins-Versammlung stattfindet, Möge der Umstand, daß es uns eublich gelungen ist, im Mittelpunkt des Wahlkreises ein Lokal zu bekommen, die Parteigenossen zu zahlreichem Besuch der Versammlung veranlassen. Mitglieder werden in der Versammlung, sowie an folgenden Adressen aufgenommen: Moll, Klosterstraße 101, Preuß, Neue Friedrichstraße 20, Sommer, Grünstraße 21, Mörchel, Jüdenstraße 85. Der Vorstand.

Die gottesfürchtige Geschäftsfrau von armen Leuten Geld einzuheimsen wissen. Aus Dieleharz berichtet man dem „Gotheer Volksblatt“: Vor einigen Wochen machte ein Mann in einem Kaisermantel, mit einer geheimnisvollen Maske unter dem Arm, hier und wie wir hören auch in Lambach verschiedenen Leuten seine Anwesenheit und bot denselben ein „Evangelisches Haus- und Predigtbuch“ an mit dem Bemerkens, daß es der Herr Pfarrer sehr empfohlen habe. Verschiedene sind auf den Leim gegangen, vor allem aber haben sich die lieben Frauen überreden lassen, das Werk, welches in monatlichen Heften à 50 Pf. erscheinen soll, zu bestellen, d. h. sie haben ihre Unterschrift hergegeben und gleich das erste Heft bezahlet. Einige Männer, denen die Ge-

sichte nicht paßte, haben das Werk bei der Verlagsbuchhandlung von Reinhold Schwarz in Berlin, Kopenstraße 96, wieder abbestellt. So auch ein hiesiger Nachbar. Raum ein paar Tage nach der Abbestellung erhält nun der Betroffene von den Rechtsanwälfen Rothenberg und Dr. Edelstein in Berlin eine gedruckte Aufforderung mit folgendem Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau! Mittels eigenhändig unterschriebenen Bestellscheines haben Sie bei der Verlagsbuchhandlung von Reinhold Schwarz in Berlin — Kopenstraße 96 — das Werk „Evangelisches Haus- und Predigtbuch“ bestellt. Trozdem sind Sie Ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen und haben die Annahme der Sendung verweigert. Im Auftrage der genannten Buchhandlung ersuche ich Sie nun hiermit, zur Vermeidung sofortiger am hiesigen lgl. Amtsgericht I anzustellender Klage sich binnen einer Woche zur Abnahme des erwähnten Werkes unter den vereinbarten Bedingungen bereit zu erklären und an mich an Kuvaldgebühren und Auslagen für dies Aufforderungsschreiben portofrei 1,20 M. zu senden.“

Hochachtungsvoll
Rothenberg, Rechtsanwält.

Man sieht hier vor einem Mäthsel. Ein christlich empfohlenes Werk, meist armen Leuten angeschwagt; es wird abbestellt, Rechtsandrohung, Kostenforderung und dergleichen. Der geheimnißvolle Kolporteur hat niemanden seine Adresse oder Namen angegeben und nun diese Heberausforderung. Es ist sehr verständlich, daß die Leute in Aufregung gerathen sind. Aber die Sache muß auch in großartigem Maßstabe betrieben werden, weil man gedruckte Formulare bei den Rechtsanwälfen dazu benützt und sicherlich lassen die Herren nicht bloß 10 oder 50 Formulare drucken, sondern wohl gleich hunderte oder tausende.

Vielleicht weiß einer unserer Leser näheres über das christliche Geschäftsunternehmen zu melden.

Eine Vereinigung der Zigarrenhändler Berlin und der Vororte soll, wie eine Lokalcorrespondenz meldet, zum Zwecke eines Kampfes gegen das Bazar- und Massenkonkurrenzwesen gegründet werden. Nach den vorläufig aufgestellten Statuten soll der Verein gemeinschaftliche Bezugsquellen erwerben und für sämtliche Mitglieder gleiche Zigarrenmarken einführen. Dadurch, daß die verschiedenen Zigarrenmarken bei den sämtlichen Vereinsmitgliedern gleiche Nummern führen und die Kunden somit, gleichviel in welcher Stadtgegend sie sich befinden, immer dieselbe Zigarre erhalten können, soll der Kampf um die wirtschaftliche Existenz unterbunden werden. Jedes Vereinsmitglied erhält als Vereinsabzeichen ein Schild. Als aufnahmefähig in diese Vereinigung sind alle Zigarrenhändler, welche nicht mehr als zehn Verkaufsstellen besitzen. Die monatlichen Beiträge für die Vereinigung betragen 3 M. In einer in der nächsten Woche stattfindenden Versammlung wird über diese Vereinigung ein endgültiger Beschluß gefaßt werden. Diese gegen Loeser u. Wolff gerichtete Koalition beweist abermals, daß auch die kleineren Gewerbetreibenden in dem einst so gelobten Segen der freien Konkurrenz ein Ganz gefunden haben.

Verkaufsstände für Postwertzeichen. Unter der Epithyma „Schalterkioske“ wird portofreies geschrieben: „Die Schalterbeamten werden gegenwärtig durch unwichtige, aber zeitraubende Dienstverrichtungen wie Einzelverkauf der Wertzeichen, Gewichtsermittlung gewöhnlicher Briefe auf Erfuchen des Publikums etc. erheblich in Anspruch genommen. Dadurch wird das Annahmegeräth erschwert und die Abfertigung des übrigen Publikums verzögert; auch leidet darunter die zuverlässige Erledigung der Arbeiten. Es wäre daher erwünscht, die Schalterbeamten, wenigstens bei den großen Postanstalten, von jenen unwichtigeren Geschäften möglichst zu befreien. Um dies zu erreichen, wird beabsichtigt, in den Schaltervorkäufen solcher Postanstalten, wo ein Bedürfnis dazu vorhanden ist, u. a. nur während der Stunden des stärkeren Verkehrs, einen besonderen Verkaufstand einzurichten, der sich mit dem Einzelverkauf von Wertzeichen und von Formularen zu Postspatetabreffe, Postanweisungen etc. zu befassen hat, und außer mit den zur Unterbringung von Wertzeichen nötigen Mappen noch mit einer Vorkasse ausgerüstet ist. Die Inhaber der Verkaufsstände sollen aus den Reihen der Privatpersonen entnommen werden; für ihre Verhältnisse zur Postverwaltung und für ihre Thätigkeit werden dieselben Grundsätze maßgebend sein, welche nach Abschnitt VIII § 20 der A. D. R. für die von Privatpersonen verwalteten „amtlichen Verkaufsstellen“ gelten. — Die neue Einrichtung wird zunächst versuchsweise bei den Postämtern I in Altona, Erfurt, Frankfurt (Main), Hannover, Leipzig, Magdeburg und Wiesbaden, bei dem Postamt Leipzig V. sowie bei einem Berliner Postamte im Leben treten. Von dem Ausfalle des Versuches wird es abhängen, ob der Einrichtung eine weitere Ausdehnung gegeben werden kann. So angehen wie die Renumeration ist, so glücklich ist der Name, unter welchem sie ins Leben tritt. Gibt es kein anderes Wort als „Schalterkiosk“?

Die Thiergarten-Verwaltung sieht, wie wir hören, den Beschränkungen auf Schaffung von großen, dem Sport dienenden Wegen im Thiergarten direkt ablehnend gegenüber. Sie meint verständigere Weise, daß man auf die Hunderttausende, die zu Fuß im Thiergarten Erholung und Erfrischung suchen, mehr Rücksicht nehmen müsse, als auf die wenigen, die dem Reit- und dem Wagenport huldigen, sie fürchtet vor allem aber auch, daß der Thiergarten in seinem Charakter als Park beeinträchtigt werde, wenn man die geplanten breiten Fahrstraßen, die der Wagenport erfordert, anlege. — Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß von kundiger Seite behauptet wird, die treibende Kraft in der ganzen Bestrebung sei ein hiesiger Wagenbauer, der naturgemäß ein geschäftliches Interesse daran hat, den Wagenport ausgedehnt zu sehen.

Die Nachricht, daß der Minister des Innern den Polizeipräsidenten angewiesen habe, mit besonderer Strenge jede Demonstration auf dem Friedhof der Marjagallenen zu verhindern, hat sich, wie die „Berliner Zeitung“ schreibt, als unzutreffend erwiesen. Da sie just an demselben Tage von einem Magistrats-Offiziosus in die Welt gesetzt wurde, wo sich im Nothen Hause die Schreckensfunde verbreitet, daß der Stadtverord. Peris die Niederlegung eines Kranzes durch eine Deputation der Stadtverordnetenversammlung beantragen würde, so lagen Verpung und Zweck jener Meldung, wie das Blatt schreibt, klar zu Tage.

Versteuerte Hunde waren nach dem Jahresbericht der städtischen Stenodeputation im letzten Jahre in Berlin 23 829 vorhanden, 517 mehr als im Jahr vorher. Die steuerfreien Hunde haben sich von 5695 auf 5715 vermehrt, davon waren Ziehunde 3191, Wachoder Keilenhunde und Wächterhunde 2121. Als Begleiter tauber oder blinder Personen blieben 315, als Eigenthum des Königs oder von Gefandten u. s. w. 85 Hunde steuerfrei.

Anrufgewiesene Anichts-Pölkarten. In letzter Zeit ist es, wie ein hiesiges Blatt schreibt, wiederholt vorgekommen, daß Anichts-Pölkarten mit Winterlandschaften, auf denen Eis und Schnee durch kleine weiße Glasplättchen hergestellt sind, von der Post beauftragt und den Absendern zurückgeschickt resp. wenn sie unbekannt, bei Seite gelegt worden sind. Diese Verweigerung der Beförderung wird damit motiviert, daß durch die Glasplättchen das Postpersonal sich verletzen und event. eine Wintererstung zuziehen könnte.

Das Polizeipräsidenten theilt mit: Alljährlich müssen Personen, die das zulässige Alter (jezt 80 Jahre) überschritten haben, mit ihren Anträgen, die Bekommenkunft zu erlernen, abgewiesen werden. Betsach versuchen dann die abschlägig Beschiedenen, ihre Ausbildung auf einer ankerpreussischen Gebarmen-Veranstaltung zu gewinnen, in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung zu erlangen, von einer preussischen Prüfungskommission sich prüfen zu lassen. Da eine derartige Genehmigung jezt nicht mehr ertheilt wird, bringt das königl. Polizeipräsidenten dies zur Warnung der Betschiedenen hiermit zur öffentlichen Kenntniss.

Wieder mit Bäumen bespauzt wird jezt der Theil der Potsdamerstraße, welcher im vorigen Jahre verberstet wurde und deshalb seinen schönen Baumschmuck verlieren mußte.

Verhaftet worden ist der Schriftsteller Friz Brentano, der wohl noch vom Marshall-Lausch-Prozess her in der Erinnerung

ist. Brentano war vor mehreren Jahren eine zeltlang „Dramaturg“ des Wintergartens, trat dann als Mitarbeiter von Zeitungen auf und hatte jezt in der Königgräberstr. 55 ein „Literarisches Bureau“. Seine Stellung im Wintergarten hatte er aufgeben müssen, weil ihn die Gläubiger überließen. Die Verhaftung soll mit Finanzoperationen zusammenhängen, welche Herr Brentano zur Verbesserung seiner pekuniären Verhältnisse unternommen habe.

In dem Doppelselbstmord in dem Gasthof an der Stadtbahn wird jezt bekannt, daß das weibliche Wesen, welches sich gemeinsam mit dem Kaufmann Scheel aus Neubrandenburg getödtet hat, die 22jährige Plätterin Juliane Wallowitz aus dem Posenen ist. Sie hat im vergangenen Jahre als Nanne in Streitz gedient und ist dann zu einer Frau D. in der Waisenstraße gezogen, wo sie bis zum 1. d. M. gewohnt hat. Ueber die Ursachen zum Selbstmord ist noch nichts bekannt geworden.

Im Untersuchungsgefängnis sind gestern der Kaufmann und Konjul Leop. Kuerbach, sowie die früheren Inhaber der vor etwa neun Monaten in Konkurs gerathenen Firma Weinert u. Sohn eingekerkert worden. Dem Vernehmen nach ist gegen die beiden zuerst Genannten ein Verfahren wegen betrügerlichen Bankrotts und Wuchers eingeleitet worden. Kuerbach wird der Beihilfe beschuldigt.

Der Selbstmord im Thiergarten, über den wir gestern berichteten, ist jezt aufgellärt. Der Mann, der sich in der Nähe des Neuen Sees erschoss, ist der 41 Jahre alte Kellner Richard Hempel aus der Kassestr. 41. Pekuniäre Sorgen sollen den Mann in den Tod getrieben haben.

Gesunken ist gestern, Freitag, Nachmittag an der Schloßbrücke zu Charlottenburg ein mit Vauschutt beladener Spreekahn, der an einen Preßbock anlies und led wurde. Die Mannschaft konnte sich retten. Der Kahn gehört dem Schiffer Karl Schade aus Eichhoffstr.

In dem „Georg Herwegh-Abend“, der am Sonntag, den 13. März, im Bürgeraal des Rathhauses stattfand, wirkten von Mitgliedern des Schiller-Theaters Fräulein Barth und die Herren Oswald Bach und Max Lawrence mit. Zum Vortrag gelangten lyrische Stücke des als Lyriker noch zu wenig gewürdigten Dichters und die nachvollenen politischen Dichtungen, die den Gefühlen der Sturmbelegten Zeit von 1848 den kräftigsten Ausdruck gaben. Den einleitenden Vortrag hält Dr. R. Löwenfeld.

Die Neue freie Volksschule bringt am Sonntag, den 13. März, nachmittags 2^{1/2} Uhr, im Thalia-Theater zwei Stücke von Goethe zur Aufföhrung: „Die Schwestern“, Schauspiel in 1 Akt, und „Die Mitschuldigen“, Lustspiel in 3 Akten.

Theater. Im Schiller-Theater wird Sonntag Abend Pre's neue Komödie „Das Werk in Berlin“, Sonntag Nachmittag als fünfte Vorstellung im zweiten Schiller-Cyclus „Don Carlos“ gegeben. Heute acht die Hölle „Ein gewandter Mann“ in Szene für die Sonnabende, den 19. d. Mts. stattfindende erste Aufföhrung von „Brand“, dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen, beginnt, um diesseitigen Wünschen zu entsprechen, der Vorverkauf aufhat Donnerstag bereits jezt Tage vorher, d. i. Montag, den 14. d. Mts.

Konzerthaus Leipzigerstraße. Seit einem guten halben Jahre ist jenes Institut, welches ehemals zu den wenigen Unternehmungen für bessere Konzertsunst zählte, von der Hofmann'schen Sängergesellschaft mit Beschlag belegt worden. Aufsehend ist das Glück dem neuen Unternehmen glückig; wenigstens fanden wir, als wir gestern einer „Premiere“ beiwohnten, den großen Saal fast vollständig besetzt. Das Publikum ist oft als der geringe Prache hingelockt worden, der seine Oyster haufenweise verschlingt, und vor dem die Direktoren der Vergnügungshäuten um Herberberbung neuer Attraktionen in fester Sorge leben müssen. Ueber das Konzerthaus besucht, wird finden, daß diese Charakteristik übertrieben ist. Abend für Abend treten hier acht Herren auf und geben eine Anzahl harmloser Lieder ersten und hiesigen Inhalts zum Besten; den Beschluß des Programms bildet ein gleichfalls jeder Schärfe entbehrendes Ensemblestück. Ein Rentier aus Jossen kommt als Schwerenöther nach Berlin; seine Frau folgt ihm heimlich. Das Publikum staunet Beifall, wenn der Herr, der die weibliche Rolle spielt, nach einander vier Seidel Bier austrinkt; schier endlos ist der Applaus aber, wenn die ganze Gesellschaft in einer Art Barrikadenschau tanzt und Musik macht. Der zweite Theil dieses Dramas, der unter dem Titel „In Jossen“ gestern zum ersten Male gegeben wurde, besaßt sich mit der Gardienpredigt, die der heimkehrende Rentier über sich ergehen lassen muß; bedeutend verklärtem wird die Situation des Amens durch einige weibliche Bekanntschaften, die ihm bis in die Vaterstadt nachgelassen kommen. Natürlich ist sich auch diesmal alles in Jubel und Wohlgefahlen auf und das durchaus ehrbare Familienpublikum geht vergnügten Sinnes nach Hause.

Fuerbericht. Donnerstag Abend, kurz nach 7 Uhr, erfolgte gleichzeitig Alarm nach drei Brandstellen. Kurzfr. 88 war ungelauent Petroleum in Brand gerathen, wodurch verschiedene Wirtschaftsgegenstände zerstört wurden. Charlottenstr. 87 hatten Gardinen und Möbel Feuer gefangen, und Luxhansenstraße 1 war in einer Chemikalienfabrik ein Schadenfeuer abzuflöhen, das die Wehr über eine Stunde beschäftigte. Um 11 Uhr ging Friedrichstraße 75 ein Theil eines Postamentengeschäfts in Flammen auf. Auch hier hatte die Wehr längere Zeit Wasser zu geben. Kurz darauf mußte Joachimstr. 15 ein Hofenbrand abgelösch werden, der das Haus fast beschädigte. Freitag früh 11 Uhr kam Kurzfr. 17 in einem Pappengeschäft ein Brand aus, ohne jedoch einen erheblichen Schaden anzurichten. Neudorf 6^{1/2} Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Mulastr. 28 und Pringensstr. 73. In beiden Fällen handelte es sich um unbedeutende Zimmerbrände.

Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen von Tempelhof zur Nachricht, daß zu der am 13. März stattfindenden Gemeinderaths-Wahl, in welcher zwei Hausbesitzer zu wählen sind, uns keine geeigneten Kandidaten zur Verfügung stehen. Es wird deshalb Wahleuthaltung empfohlen. Der Vertrauensmann.

In Weikensee sind die Kommunalwahlen zur 3. Klasse pöflich auf Dienstag, den 15. März, anberaumt worden. Die Wahl findet in allen drei Bezirken von Mittags 11—1 Uhr statt. Der 1. Bezirk wählt im Schloßrestaurant, König-Chaussee. Kandidat ist Genosse Albert Taubmann. Der 2. Bezirk im Vereinshaus, Charlottenburgerstraße. Kandidat: Genosse Gerstenberger. Der 3. Bezirk im Barthol'schen Lokale, Gustav Adolfsstr. 155. Kandidat: Genosse Schilling. — Die Arbeiter und Parteigenossen werden aufgefordert, zu der am Sonntag, den 13. März, früh 8 Uhr, stattfindenden Flugblattvertheilung sich in den bekannten Adressen einzufinden, sowie am Wahltag selbst, soweit möglich, sich dem Komitee zur Verfügung zu stellen. — Weiter wird bekannt gegeben, daß am Montag, den 14. März, abends 8^{1/2} Uhr, im „Prälaken“, König-Chaussee- und Reddersstrassen-Ecke, eine Kommunalwähler-Versammlung stattfindet. Thee jeder, so gut er kann, seine Pflicht, damit der Sieg unser werde. Das Wahlkomitee.

Den Parteigenossen von Panow zur Nachricht, daß die Sitzung zur Gemeindevertretung am Montag den 14. März in der Zeit von 8—7 Uhr nachmittags stattfindet. Das Wahllokal ist wieder wie bei der Hauptwahl Niegels „Veserve“, Breitenstraße. Am Sonntag Nachmittag 3 Uhr findet bei Krüger, Kaiser Friedrichstraße, eine öffentliche Wahlversammlung statt. Genossen, welche gewillt sind, am Sonntag früh 7 Uhr bei der Flugblatt-Vertheilung zu helfen, werden ersucht, sich bei Gröfel, Kaiser Friedrichstr. 15, zu obiger Zeit einzufinden. Das Wahlkomitee.

Ein neues Polizeirevier wird in Charlottenburg in der Gegend zwischen Rürnberger- und Fasanenstraße als 8. Charlottenburger Polizeirevier zum 1. Oktober d. J. errichtet werden.

Droschkenbezirk Charlottenburg-Berlin. Eine neue Polizeiverordnung für Charlottenburg, welcher der dortige Magistrat gestern seine Zustimmung ertheilt hat, bestimmt, daß die Charlottenburger Droschken eine Fahrt von dort nach Berlin zur einfachen Tage auszuführen haben, die erhöhte Tage dagegen ganz in Postfall kommt.

Aus Spandan wird bürgerlichen Blättern berichtet: Große Dimensionen nimmt eine Diebstahls- und Hehlerei-Welt an, die soeben hier aufgedeckt worden ist. Es handelt sich um enorme Entwendungen von Metallen aus den Militärwerkstätten; in großen Massen ist Aluminium, Kupfer, Messing und Zinn gehoben worden. Aus der Munitionsfabrik und dem Feuerwerks-Laboratorium, die an der Havel belegen sind, wurde nacheinander Weise gestohlenes Metall in Kähnen fortgeholt. Die Beute ist fast durchweg sofort nach Anperlbah, vielfach nach Berlin geschafft und dort verkauft worden. In Spandan sind bis jetzt sechs Personen, darunter ein Produktenhändler als Hehler, in Untersuchungshaft genommen worden. Auch Abnehmer der gestohlenen Waare in Berlin werden mit in die Angelegenheit verwickelt.

Gerihts-Zeitung.

Auf verurteilten Mord lautete die Anklage, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Bäckergehilfen Friedrich Gustav Saluth verhandelt wurde. Es war eine allgütliche Liebesgeschichte, welche durch die Verhandlung ihren Abschluss fand. Saluth kammt aus Friedeberg in der Neumark. Er lernte dort das Dienstmädchen Luise Töpfer kennen, das seine Zuneigung anfangs erwiderte, aber bald gegen ihn erkalte. Das Verhältnis schien ein Ende erreicht zu haben, als Saluth im Jahre 1894 zum Militär eingezogen wurde. Doch als er nach zwei Jahren entlassen wurde, galt seine erste Frage in Friedeberg dem Verbleiben seiner früheren Braut. Als er erfuhr, daß sie sich in Stellung in Landberg a. W. befand, begab er sich auch dorthin und versuchte das frühere Verhältnis wieder anzuknüpfen. Die Töpfer zog es vor, ihren Dienst aufzugeben und nach Stettin zu verziehen. Der Angeklagte ermittelte bald ihren Aufenthaltsort; er folgte ihr auch dorthin. Hier ging die Töpfer, nicht aus Liebe, sondern aus Furcht, anscheinend auf die Erneuerung des Verhältnisses ein. Sie hatte aber so viel unter der Gierigkeit des Angeklagten zu leiden, daß sie sich vor ihm nach Berlin rettete, wo sie beim Weinbändler Ernst am Magdeburger Platz einen Dienst fand. Längere Zeit blieb sie von Nachstellungen befreit, denn Saluth, der inzwischen verdammt — oder wie der Staatsanwalt sich in seinem Plaidoyer ausdrückte — ein fanatischer Anhänger der Sonntagruhe auch an Wochentagen war, hatte nach wiederholter Verurteilung wegen Arbeitslosigkeit für längere Zeit im Arbeitsloshaus Aufnahme nehmen müssen. Aber anfangs November erhielt sie vom Angeklagten ein Schreiben, worin er sie zu sprechen verlangte. Sie antwortete ihm, daß von der Fortsetzung des Verhältnisses keine Rede sein könne. Am folgenden Tage versuchte der Angeklagte, sie im Hause ihrer Dienstherrschaft zu sprechen. Er packte sie am Arme, das Mädchen riß sich aber von ihm los und entfloh. Nach einigen Tagen erhielt die Töpfer vom dem Angeklagten einen schwarz untrübten Brief. Er schrieb ihr, daß sie lebend oder tot ihm gehören müsse, weigere sie sich, so würden innerhalb einer Stunde „zwei Leichen sein“. Die Töpfer antwortete ebenso wenig auf diesen Brief, wie auf einen zweiten, der ähnliche Drohungen enthielt. Am Abende des 22. November vorigen Jahres befand die Töpfer sich in der Küche, deren Fenster nach dem Hofe zu sich befand. Plötzlich erfolgte ein gewaltiger Knall vermischt mit Fenstergläsern. Das Mädchen erlitt einen derartigen Schreck, daß es das Geschloß fallen ließ, welches es gerade in der Hand hatte und noch fassungslos dastand, als die Hausbewohner, die ebenfalls den Knall gehört hatten, herbeieilten. In der Scheibe befand sich, in Kopfhöhe des Mädchens ein fast kreisrundes Loch und die Gardine war an derselben Stelle ebenfalls zerissen. Der als Sachverständiger vernommene Hof-Wächsmacher Baralla begutachtete, daß dies nur die Wirkungen eines Schusses sein könnten, welcher in einer Entfernung von etwa 8 Centimetern vom Fenster abgefeuert worden sei. In der Schikrichtung wurde ferner in der Wand eine Abdrückung des Kalkverwurfs entdeckt, hier mußte das Geschloß gegengeschlagen und abgepreßt sein. Aber merkwürdigerweise war trotz sorgfältigen Suchens die Kugel in der Küche nicht zu finden, es blieb nur die Annahme übrig, daß sie zufällig in den Abfästen gefallen sei. Von dem Täter war nichts zu entdecken. Er wurde erst nach längerer Zeit zur Haft gebracht. Da der Angeklagte vor einigen Personen auf dem Hofe gesehen worden war, legte er sich in der Beziehung auch nicht ans Bequemen. Er muß aber wohl gehört haben, daß das Geschloß nicht aufgefunden worden ist, denn mit außerordentlicher Parteilichkeit blieb er in der Voruntersuchung wie in der Hauptverhandlung dabei, daß er nicht geschossen, sondern nur einen Stein durch das Fenster geworfen habe, um dem Mädchen einen Schabernack zu spielen. Vergebens wies der Präsident, Landgerichtsrath Opp, den Angeklagten darauf hin, daß ebensowenig ein Stein in der Küche gefunden worden sei, sowie daß mehrere Personen den Knall einer Schusswaffe gehört hätten. Saluth blieb bei seiner Behauptung stehen. Verschiedene Zeugen wußten, daß er früher im Besitze eines Revolvers gewesen war. Anderen Personen gegenüber hatte der Angeklagte gedroht, daß er das Mädchen tödten würde und wenn er dafür den Kopf auf den Block legen, oder 20 Jahre im Zuchthause zubringen müsse. Während Staatsanwalt Klein ausführte, daß der Angeklagte einen feigen Mordmord habe begehen wollen und keine Spur von Mitleid verdiene, suchte der Verteidiger darzutun, daß das Verweismaterial zu einem Schuldigspruch nach dieser Richtung hin nicht ausreiche und daß nur grober Unfug oder höchstens Bedrohung vorliege.

Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig des verurteilten Mordes.

Der Staatsanwalt beantragte fünf Jahre Zuchthaus, zehnjährigen Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Der Gerichtshof erkannte auf sechs Jahre Zuchthaus, im übrigen nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Die Vorgeschichte von Nizdorf ist wieder einzig! Tiefgehende kommunale Differenzen sollten heute in einer Verhandlung vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II strittrechtlich erledigt werden. Die Sache sah sehr bedenklich aus, denn außer dem Amts- und Gemeindevorsteher waren noch an zwanzig Zeugen geladen, die sämtlich zu den Honoratioren Nizdorfs gehören. In Nizdorf besteht ein Kommunalreform-Verein der Nizdorfer Grundbesitzer, in dessen Versammlung vom 20. Mai v. J. der Regierungsrath-Beauftragte Weigand, der stellvertretende Amts- und Gemeindevorsteher und Gemeindevorsteher, sehr hart mitgenommen wurde. Die Grundbesitzer, nach denen in Nizdorf für öffentliche Zwecke erforderliche Grundstücke ausgewählt und erworben wie bekannt werden, wurden nach allen Richtungen hin ironisch glöckert, wobei sich besonders der Lehrer Reinhold Weiß und der Maurermeister Namich hervorhoben. Wegen diese beiden Gegner stellte Baumeister Weigand Strafantrag wegen Beleidigung und trat dem Verfassen als Nebenkläger bei. Dem hochnotpeinlichen Verfahren wurde jedoch von vornherein durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Stäcker die Spitze abgebrochen. Noch bevor die eigentliche Verhandlung eingeleitet wurde, ließ der Vorsitzende den Nebenkläger vortreten und redete denselben freundlich und Gewissen. Der kommunale Friede Nizdorfs werde sicher nicht gefährdet, wenn alle auf diesem Gebiete zurgehenden Details in öffentlicher Gerichtsverhandlung erledigt würden. Die Sache liege auch nicht so schlimm, um einen Vergleich auszusuchen, da die Angeklagten erklärt hätten und bereit seien, dies wieder zu erklären, daß sie Herrn Weigand nicht in seiner menschlichen und nicht in seiner Amtsehre angreifen wollten. Nach einigen Zureden gab dem auch der Nebenkläger unter der Bedingung nach, daß ihm eine Ehrenerklärung vor allen Zeugen zu theil würde. Der Vorsitzende ließ sämtliche Zeugen eintreten, und vor dieser Korona wurde protokolliert, daß die Angeklagten den Kläger nicht angreifen wollten und daß sie, wo dies geschehen sein könnte, ihre Worte zurücknahmen. Die Beklagten erklärten ferner, daß sie auch sonst keinen Grund hätten, an der Ehrenhaftigkeit des Herrn Weigand zu zweifeln und daß sie auch die Kosten übernehmen. Der Kläger verzweifelte allerdings auch noch Veröffentlichung der Erklärung in verschiedenen Zeitungen, nahm aber davon Abstand, als die Rechts-

anwält Dr. Schwandt und Abraham auf die reichliche Vertretung der Presse hingewiesen, was dafür spreche, daß der Ausgang des Prozesses ohnehin in die Öffentlichkeit gelange.

Eine bisher noch nicht dagewesene Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz beschäftigte gestern die 134. Abteilung des Schöffengerichts. Die Gesundheitspolizei hat in letzter Zeit auch den sogenannten „Trink-Eiern“ ihre Aufmerksamkeit geschenkt, da vielfache Klagen darüber einliefen, daß die Käufer von den Händlern „Kalt-Eier“ anstatt frische Eier erhielten. Bei den Milchhändler Joachimischen Ebelementen wurden von der Polizei zwei Eier gekauft, welche von der Ehefrau Joachim, die sich das Stück mit sieben Pfennigen bezahlte, ausdrücklich als „frisch“ bezeichnet wurden. Gerichtschreiber Dr. Bischoff stellte fest, daß es Kalteier waren. Dies habe nicht allein die Lichtprobe ergeben, sondern auch der Versuch, der mit einer sechsprozentigen Kochsalz-Lösung gemacht wurde. Ein frisches Ei sinkt in dieser Flüssigkeit unter, ein in Kalt aufbewahrtes schwimmt oben. Im Termin begutachtete Dr. Bischoff, daß es als eine Verfälschung von Nahrungsmitteln angesehen werden müsse, wenn man einer Waare den Anschein der Frische gebe, obgleich sie alt sei. Der Staatsanwalt beantragte darauf gegen die Angeklagten eine empfindliche Geldstrafe, der Gerichtshof kam aber zu einem freisprechenden Urtheil. Das Gesetz bedrohe denjenigen mit Strafe, welcher verdorbene, nachgemachte oder verfälschte Nahrungsmittel in Verkehr bringe oder feilhalte. Keine dieser drei Bezeichnungen seien auf Kalteier anzuwenden.

In Saarbrücken wurde am 9. März vor dem Schöffengericht in der Beleidigungsklage Stäcker, Schwachow verhandelt. Im April 1896 hielt Freiherr v. Stumm die vielbesprochene Neumarkter Rede, worin er die an Dampfer gerichtete Drahtmeldung des Kaisers veröffentlichte. Im Anschluß an diese Rede wurden in der in St. Johann erscheinenden „Neuen Saarbrücker Zeitung“, die von Herrn v. Stumm ins Leben gerufen wurde und damals unter Leitung des Herrn Schwachow stand, eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die sich mit dem Reichlich-Sozialen, speziell aber mit Stäcker beschäftigten. Stäcker reichte darauf sowohl gegen den Freiherrn v. Stumm wie gegen Herrn Schwachow, als den verantwortlichen Redakteur der „Neuen Saarbr. Zeitg.“ Klagen ein. Die Klage gegen den ersteren konnte erst im Herbst v. J. zum Austrag gelangen, da der Beklagte für sich die Immunität als Reichstags-Abgeordneter in Anspruch nahm. Bekanntlich ist vom Reichlichen Schöffengericht der Frhr. v. Stumm freigesprochen worden, weil ihm § 193 des Strafgesetzbuchs, die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugestanden wurde. Die Angelegenheit wird, da Verurteilung gegen das Urtheil eingelegt ist, noch das Landgericht Saarbrücken beschäftigen. Gegen Schwachow wurde am 4. November 1896 vor dem Saarbrücker Schöffengericht zuerst verhandelt. Die Klage Stäcker's gegen Schwachow stützt sich darauf, daß in Nr. 134 der „Neuen Saarbrücker Zeitung“ vom 29. Mai 1896 behauptet worden war, daß Stäcker 1. den Weg sozialistischer Besonnenheit, 2. den der bürgerlichen Ehrlichkeit, 3. den der kirchlichen Zurechtweisung verlassen habe und 4. daß er dieran thätlich zu Grunde gegangen sei. Der Kläger ist der Ansicht, daß ihm mit diesen Behauptungen 1-2 unabweisungsvoll vorgeworfen sei, daß er unehrerliche Handlungen begangen habe, Kläger fühlt sich hierdurch in seinem Ruf geschädigt und beleidigt. Wegen der vierten Aufstellung, „und ist hieran thätlich zu Grunde gegangen“ reichte Stäcker am 20. Januar 1896 eine zweite Klage ein. In der am 4. Nov. 1896 stattfindenden Hauptverhandlung nahm der Verklagte den Schutz des § 193 des N. St. G. B. für sich in Anspruch und beantragte, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen ansetzen zu dürfen. Er hatte umfangreiche Beweisanträge gestellt. In Rücksicht auf die weite Entfernung und die dadurch erwachsenden Kosten beantragte der Verteidiger Schwachow's, der Justizrath Bolz, die kommissarische Vernichtung der vorgeschlagenen Zeugen. Nachdem dies geschehen, stand gestern die Beleidigungsklage Stäcker-Swachow wieder zur Verhandlung vor dem Saarbrücker Schöffengericht. Den Vorsitz führte der Amtsrichter Longard. Erschienen waren nur die beiden Vertreter der Parteien, von denen der Rechtsanwalt Dr. Mühl-St. Johann Herrn Stäcker, der Justizrath Bolz-Saarbrücken den Verklagten vertrat. Die verlesenen Protokolle über die Vernehmung einer großen Reihe von Zeugen, der Herren Frhr. v. Mantuffel, Witte, Graf Hietz-Schwerin, Graf Bernstorff, v. Gerlach, Oberwinder, Pastor Halle, Ledert, v. Lühow, bieten kaum etwas, das heute noch Interesse haben könnte, und liefern auch für die Anschuldigungen des Herrn Schwachow gegen Stäcker unannehmliches Beweismaterial. Es ergibt sich daraus nur, daß Herr Schwachow durch Vermittlung des Herrn Schayer, eines Mitarbeiters der „Post“, seiner Zeit den berücksichtigten Ledert und dessen Kompanion v. Lühow beauftragt hatte, Material gegen Stäcker zu sammeln, und daß die Kosten dafür aus der Tasche des Herrn v. Stumm gestossen sind. Das Urtheil soll am Montag, 14. März, mittags 12 Uhr, verkündet werden.

Soziales.

Im Grubenunglück bei Bochum. Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ hatte an den Ober-Berggrath v. Sobbe eine Reihe Fragen über die Revision der Jecher Vereinigte Karolinenhütte gerichtet. Der genannte Beamte antwortete darauf in einem von dem Bergassessor Werne er mitunterzeichneten Schreiben wie folgt:

„Eine Verlesung der Fische auf der Jecher Vereinigte Karolinenhütte ist bergpolizeilich nicht vorgeschrieben gewesen. Der nach der Explosion am 17. Februar 1898 gesundene Stand ist vor derselben nicht in dem Maße vorhanden gewesen; bis dahin auch nach den früher vorgekommenen kleinen Explosionen für ungefährlich gehalten worden. Es ist richtig, daß eine Wetterkreuzung und zwar diejenige auf dem Saitefische eine zeitlang zu Bruche gelegen, aber nur so lange, als dieselbe nicht benutzt wurde. Zur Zeit befindet sich diese Strecke in einem durchaus guten Zustande. Die Jecher Vereinigte Karolinenhütte ist im Jahre 1897 von dem Revierbeamten und dem Hülfsarbeiter zur polizeilichen Kontrolle der Betriebe und zur Untersuchung von Unfällen, mit welcher gleichzeitig eine Revision der Betriebe verbunden war, 22 Mal befahren worden, außerdem sind der Revierbeamte und sein Hülfsarbeiter, Bergassessor Werne, in Betriebsangelegenheiten und zur Untersuchung von Unfällen u. s. w. 33 Mal auf der Grube anwesend gewesen.“

Die letzten Inspektionen bzw. Befahrungen der Grube hat der Bergassessor Werne am 5. und 11. Januar 1898 ausgeführt.

Von keinem Arbeiter der Jecher Ver. Karolinenhütte ist im vorigen Jahre eine Beschwerde über Mängel in den unterirdischen Betriebs-einrichtungen bei dem Revierbeamten oder dem Hülfsarbeiter angebracht worden. Ein oder zweimal ist eine Beschwerde über die Beschläufe in der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Die geringsten Mängel sind durch vollständigen Umbau und Neuerrichtung der Beschläufe beseitigt.

Das Ergebnis der Untersuchung ist abzuwarten.“

Zu diesem Schreiben bemerkt die Redaktion der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ u. a.:

„Das keine Befahrungen der betr. Grube stattgefunden im Jahre 1897 ist von uns nicht behauptet worden. Unsere Frage lautete: „Wie oft ist Karolinenhütte an allen Betriebs-punkten revidirt worden?“ Thatsache ist, daß Arbeiter, welche 1 1/2 Jahre auf der Grube thätig sind, eine Inspektion nicht kennen. Ob die Revisionen, von denen Herr v. Sobbe schreibt, sich auf alle Betriebspunkte erstrecken, geht aus dem obigen Schreiben nicht hervor.“

Weißt die vielen Kohlenstaubes sei bemerkt, daß derselbe auch an den von der Explosion verschont gebliebenen Betriebspunkten gefunden wurde. Ob er ungefährlich oder gefährlich sei, hat gewiß die Berginspektion zu entscheiden. Aber auch diese ist nicht unfehlbar, wie Thatsachen beweisen.

Daß die Arbeiter keine Beschwerden vorbringen, hat seine guten Gründe; ist doch leihin ein Bergmann auf „Graf Reust“ an-

geblich entlassen worden, weil er dem Herrn Berggrath Reust in Mittheilungen über Betriebsmängel machte.“

Das Aktionskomitee des Evangelisch-sozialen Kongresses hat in seiner Sitzung am 7. März beschlossen, den Evangelisch-sozialen Kongress in der Pfingstwoche in Berlin abzuhalten. Als Medner sind gewonnen die Professoren Seeberg aus Erlangen und Stieda aus Leipzig sowie Pfarrer D. Rade aus Frankfurt a. M.

Versammlungen.

Der dritte Wahlverein hielt am Donnerstag im „Märtischen Hof“ (Admiralstraße) eine Versammlung ab, in der Paul Hirsch über „Die lex Heinze und die Moral der bürgerlichen Gesellschaft“ referirte. Eingang seines Vortrages wies Medner darauf hin, wie bei Vorfällen heiliger Natur stets die Sozialdemokratie als Sündenbock hingestellt werde. Auch damals bei dem Fall Heinze sei die gesammte bürgerliche Presse in Aufregung über Dinge geworfen, die gerade nach besten Wissen jener empörten bürgerlichen Kreise in Berlin zur Tagesordnung gehören. Nach Verhörung einiger hierher gehöriger Paragraphe des Strafgesetzbuches geht Medner auf den vom Zentrum eingereichten Gesetzentwurf über und weist nach, wie sich in vielen Fällen gerichtlicher Sittlichkeitsbegriff und der Volksbegriff von Sittlichkeit und Scham unterscheiden. Gebilligt könnte vom ethischen Standpunkt nur ein schärferes Vorgehen gegen das Zuhälterthum werden. Auch gegen Arbeitsgeber, die ihre übergeordnete Stellung den Arbeiterinnen gegenüber unrichtig ausnützen wollen, müsse eingeschritten werden. Um einen wahren Kaufschulparagrafen aber handle es sich in dem Punkte, wo von sichtbarer Schauspielung und Verbreitung unflätlicher Schriften oder Bilder gesprochen werde. Wenn unsere Moral durchaus geschätzt werden müsse, so ziehe man doch zuerst das schreckliche Wohnungslethum, das Handeln kleiner Kinder mit Blumen und Streichhölzern zur Nachtzeit, sowie die grenzenlos wirtschaftliche Ausnutzung von in Fabriken beschäftigten Eltern in Betracht. Hier sei die Wurzel des Übels und hier müsse zuerst gebessert werden. Sollte die lex Heinze zum Gesetz werden, so dürste dadurch an allen den großen Uebelthätern in unserem sittlichen Leben nichts geändert werden, wenn nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres arbeitenden Volkes gehoben und die ganze Moral unserer bürgerlichen Gesellschaft von Grund aus gereinigt würde. — Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion. In Vereinsangelegenheiten theilte der Vorsitzende mit, daß der Verein am 18. März einen Kranz auf dem Friedhof der Märzgefallenen niederlegen werde.

Der Wahlverein für den fünften Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung ab. Genosse Th. Glocke referirte über „Die Volksfreundlichkeit der Sammlungs-politik“, deren Bestimmungen seit den letzten 20 Jahren darauf gerichtet seien, durch hohe Schatzkassen den großen Volksmassen die Lebenshaltung zu verhüten, um andererseits den Druck auf politischem Gebiet durch Bekämpfung der Volksfreunde noch mehr anzuhäufen zu können. Eine Diskussion fand nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht statt. Unter Vereinsangelegenheiten machte Sassenbach bekannt, daß der Vorstand wie bisher, so auch in diesem Jahre am 18. März einen Kranz auf die Gräber der Märzgefallenen legen werde. Am 17. April findet die nächste Generalversammlung des Wahlvereins im „Schützenhaus“ statt, wo Genosse Rechtsanwält Heinze einen Vortrag halten wird. Im übrigen eruchte der Vorsitzende die Genossen, auch fernermhin rege für den Wahlverein zu agitieren und sich den zu diesem Zweck geschaffenen Gruppen des Wahlvereins anzuschließen, um eine regere der 50-jährigen Gedenkfeier des Revolutionsjahres 1848 entsprechend Agitation entfalten zu können.

Im sechsten Wahlkreise fand am Montag, den 7. März, im „Hensel's Salon“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Antik über „Die Nothwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes“ referirte. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß die Arbeiterklasse auf dem Arbeitsmarkte der kapitalistischen Klasse gegenüber immer in Nachtheil ist, wenn sie der letzteren nicht organisiert gegenübersteht. Er kam ferner auf unsere widerwärtige Wirtschaftsordnung zu sprechen, welche es verursacht, daß zu Zeiten der Krise alle Magazine mit Waaren vollgepackt sind, während ein großer Theil des arbeitenden Volkes, welches diese Waare mit erzeugt, dieselben nicht konsumiren kann, und forderte die Versammlung auf, nachdem er noch auf die englichen Trades-Unions hingewiesen, die Organisation der indifferenten Masse zu betreiben, damit wir bei den bevorstehenden Reichstagswahlen einen glänzenden Sieg über die vereinigten Broterwerbser und sonstigen Unterdrücker der Arbeiterklasse erringen. Nachdem die Genossen Raichubowski, Koopman und Zoof mit einem feurigen Appell zur Organisation aufgefordert, wurde eine entsprechende Resolution angenommen und erfolgte darauf Schluß der mächtig besuchten Versammlung.

In einer öffentlichen Versammlung der Zimmerer, die am Donnerstag bei Keller, Koppenstraße, tagte und von etwa 1500 Personen besucht war, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der lokalen und den der zentralen Richtung. Den Streitpunkt bildete die Art der Verwendung der Gelder vom Generalfonds. Nach dem Beschlusse der Tonhalle-Versammlung sollte bekanntlich die Lohnkommission aufgegeben und deren Arbeiten von den beiden am Orte bestehenden Organisationen übernommen werden. Wie die Medner der zentralen Richtung ansahen, hat hierauf eine Konferenz, in der die Lohnkommission sowie beide Organisationen vertreten waren, getagt, in der beschlossen worden ist, von dem Generalfonds 8000 Mark der hiesigen Röhle des Zentralverbandes zu überweisen, während der Rest, circa 8500 Mark, dem Verein der Berliner Zimmerer zufließen sollte. Nachdem nun das Geld von der Bank abgehoben worden war, verweigerten die Vertreter der lokalen Richtung die Herausgabe des Geldes an die Vertreter der zentralen Richtung, daß diese, gestützt auf den einstimmigen Beschluß der Konferenz, zu verlangen sich für berechtigt hielten. Die Vertreter der lokalen Richtung verweigerten, wie angeführt wurde, die Herausgabe des Geldes deswegen, weil von der Gesamtsumme, die zur Zeit 6492,87 M. betrug, der Verein der Berliner Zimmerer noch eine Forderung von 4700 M. hatte, die derselbe als Darlehen zur Lohnbewegung der Lohnkommission gegeben habe und demnach zurückgezahlt werden mußte. Dieser Versammlung wurde nun von dem Kassirer der Lohnkommission folgende Schlussrechnung gegeben: Einnahme inkl. des Bestandes am 21. Februar von 6492,87 M. insgesammt 6939,87 M. Ausgabe, darunter 4700 M. Darlehen an den Verein Berliner Zimmerer zurück, insgesammt 6090,70 M. Mit hin verbleibt ein Bestand von 1858,67 Mark. In der Diskussion, an der sich eine große Anzahl Redner von beiden Richtungen betheiligten und sich gegenseitig auf daß bestmögliche befriedeten und wobei Ausdrücke gebraucht wurden, die man sonst in Arbeiterversammlungen zu hören nicht gewöhnt ist, wurde ein Ausbruch, der zu einer ersprießlichen Einigung der Parteien führen konnte, nicht geschaffen. Nach einer mehrstündigen unermüdeten Debatte wurde die von Knüpfer (Verbandsmitglied) gestellte Resolution, in der das Verhalten Fischer's und Myler's auf das schärfste gemißbilligt und in der verlangt wurde, daß die beiden Personen kein Vertrauensamt in der Arbeiterbewegung mehr einnehmen sollen, sowie die Auszahlung der 8000 M. an den Verband gefordert wird, nach zweimaliger Abstimmung abgelehnt. Nachdem nunmehr beschlossen worden war, den Verband ebenfalls die zur Lohnbewegung geleisteten 500 M. zurückzugeben, gelangte folgende, von Myler (Verbandsmitglied) gestellte Resolution zur Annahme: Die heute bei Keller, Koppenstraße 29, tagende Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgebung erklärt die am 25. Februar in der Tonhalle mit geringer Majorität angenommene Resolution für ungültig und zwar deshalb, weil das durch die angenommene Resolution geschaffene System für die gesammte Berliner Zimmererbewegung schädlich ist. In anbetrach dessen beschließt die Versammlung, das System der Lohnkommission wieder einzu-

führen. Weil die alte Lohnkommission aufgelöst ist und Bericht über ihre Tätigkeit sowie Abrechnung gelegt hat, ist sofort die Wahl der neuen Lohnkommission vorzunehmen, welche aus einem Vertrauensmann, einem Kassierer und je einem Stellvertreter besteht. — Die Besetzung beauftragt diese neue Lohnkommission, die Geschäfte der alten zu übernehmen und zur Durchführung des noch nicht vollständig erzwungenen 60 Pf.-Stundenlohnes die nötigen Vorarbeiten zu treffen und um ein genaues Resultat über die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bekommen, eine Kontrolle sämtlicher Arbeitsstellen vorzunehmen. Ferner überweist die heutige Versammlung der gewählten Lohnkommission den jetzigen Bestand vom Agitations- und Unterstüßungsfonds, sowie sämtliches Material, welches bis jetzt der Lohnkommission zur Verfügung stand, um sofort in eine rege Agitation einzutreten zu können. Nach Annahme dieser Resolution verließen, auf die Aufforderung Knüpfer's, die Verbandsmitglieder den Saal. Dem Kassierer M. Gler wurde die Decharge erteilt und sein Verhalten, sowie das des Kassierers Wolf als richtig erklärt. Von den im Saal Verbliebenen (wohl fast ausschließlich Vereinsmitglieder) wurde Johann Th. Fischer als Vertrauensmann und M. Gler, der die Wiederwahl eines Kassierers ablehnte, als Vertreter des Vertrauensmannes gewählt. Als Kassierer wurde Meppschläger und als dessen Stellvertreter Schäfer gewählt und von Neufosses G. Hoff und Schimmlerpenia bestimmt. Das Bureau der gewählten Lohnkommission befindet sich Dragonerstr. 15, Telefon Amt III Nr. 5028 und sind alle Vorkommnisse nach dort zu berichten. Die Ausgabe der Marken soll sofort vorgenommen werden. Auf allen Arbeitsstellen sollen die Zimmerer der lokalen Nahrung Wähldeputierte wählen und für eine rege Agitation zur weiteren Beteiligung an der Lohnbewegung wirken.

Die Zentralkommission der Berliner Krankenkassen ließ durch ihren Vorsitzenden Simonowitsch in einer von Vorständen und Verwaltungsgewählten der Krankenkassen zahlreich besuchten Versammlung, die am Donnerstag stattfand, Bericht über ihre bisherige Tätigkeit erstatten. Die genannte Kommission ist im Jahre 1896 eingeführt worden, sie besteht aus Mitgliedern des Berliner Arbeitervereins, des Vereins der Krankenkassen und der Vertretervereinigungen und hat die Aufgabe, dahin zu wirken, daß das in den Lungenheilstätten angewandte diätetisch-hygienische Heilverfahren in weitestem Maße auch den an Tuberkulose leidenden Kassenpatienten zu gute komme. Die Kommission kann, dem Bericht zufolge, auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Sie hat u. a. eine Statistik aufgenommen, welche voraussetzt, daß die Berliner Krankenkassen unverhältnismäßig große Aufwendungen für Lungenkranke machen müssen. Da durch eine insofern rechtzeitige Behandlung erzielte Heilung der Kranken die Alters- und Invaliditäts-Anstalt Berlin wesentlich entlastet werde, so liegt es natürlich im Interesse der letzteren, mit ihren reichen Mitteln den Krankenkassen bezüglich der Behandlung von Lungenkranken zu Hilfe zu kommen. Die Alters- und Invaliditäts-Anstalt beabsichtigt zwar, eine eigene Lungenheilstätte zu errichten, jedoch seien die weitergehenden Forderungen der Zentral-Kommission bis jetzt noch nicht erfüllt, und mache sich daher eine fernere Agitation nach dieser Richtung nötig. Nach dem von Fährne erstatteten Kassenbericht hat die Zentralkommission eine Ausgabe von 198,76 M. gehabt, die zunächst gedeckt wurde durch ein Darlehen des Arbeitervereins der Höhe von 151,20 M. und aus eigenen Mitteln der Kommission in Höhe von 47,76 M. Eingekommen sind aus Anwendungen beteiligter Kassen und Personen 177 M., davon sind 48,50 M. an den Arbeitervereins-Verein zurückgezahlt, sodas derselbe noch 102,70 M. zu bekommen hat. Ein Barbestand von 80,74 M. ist gegenwärtig vorhanden. Es sei wünschenswert, daß die Krankenkassen mehr als bisher die Kommission mit Geldmitteln unterstützen. Hierauf legte Dr. med. Friedeberg in längerem Vortrage dar, was die Krankenkassen in der Tuberkulosefrage bisher erreicht haben und was noch zu erstreben ist. Er wies auf die belauenen Verhandlungen mit dem Vorstände der Alters- und Invaliditäts-Anstalt hin, dann habe die Kommission in der Bevölkerung zu verbreiten gesucht, um ein rechtzeitiges Erkennen und Behandeln der Tuberkulose zu ermöglichen. Anfangs habe man in den Kreisen

der Selbstheiligen allzu große Hoffnungen auf das Lungen-Heilverfahren gesetzt, so daß ein Teil derselben in Verwirrungen der Kommission sich feindlich gegenübergestellt habe. Ten in der Kommission vertretenen Klassen gehören etwa 90 pCt. oder in Berlin versicherten Personen an. Die Kommission habe auch ein Einvernehmen mit einem großen Teil der Klasse erzielt, und erreicht, daß von denselben mehr als 300 Anträge auf Uebernahme des Heilverfahrens durch die Invaliditätsanstalt gestellt worden seien, die allerdings nicht alle berücksichtigt worden sind. In die Invaliditätsanstalt stelle die Kommission die Forderung, daß die Lungen-Heilstätten für beide Geschlechter errichtet und dieselben möglichst mit einem größeren landwirtschaftlichen Betriebe verbunden, wo die Kolonialpatienten mit geeigneter Arbeit beschäftigt werden könnten. An die preussische Regierung solle der Antrag gestellt werden, daß sie einen Teil des für die Ostprovinzen ausgeworfenen Kolonisationsfonds für landwirtschaftliche Kolonien verwende, in denen die Geheilten eine Beschäftigung finden, die sie vor der Gefahr des Rückfalls schütze. Von der Invaliditäts-Anstalt fordere man ferner: Obligatorische und sofortige Uebernahme des Heilverfahrens in den zur Behandlung geeigneten Fällen; Uebernahme der Familienunterstützung nach Ablauf der Unterstüßungspflicht der Klassen, in Notfällen auch schon früherer Unterstüßung; unentgeltliche Vorbereitung einer Schrift, welche die Arbeiter aufklärt über Symptome und Heilung der Tuberkulose, sowie über ihre aus der Versicherungs-Geschgebung stehenden Rechte auf geeignete Behandlung; eine unter Mitwirkung der Gewerbe-Inspektion regelmäßig vorzunehmende ärztliche Untersuchung der Arbeiter; Errichtung eines Arbeitsnachweises für die aus den Heilstätten Entlassenen. Die Invaliditäts-Anstalt stelle diesen Forderungen sympathisch gegenüber. Die Untersuchung des Auswurfs lungenkranker Personen dürfe — das habe der Kultusminister genehmigt — von den Kassenärzten im Koch'schen Institut vorgenommen werden. Die Kommission habe demnach schon manches erreicht und werde bei Fortsetzung ihrer Tätigkeit noch mehr erreichen. Es gelte, auch die Kommune für die Errichtung eines eigenen Sanatoriums zu gewinnen. Nachdem sich mehrere Kassenvertreter zu dieser Angelegenheit geäußert hatten, wurde die Zentral-Kommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung befähigt und an Stelle zweier auscheidender Mitglieder zwei neue gewählt.

Berliner Arbeiter-Verein. Montag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20 (Kaminhölzer): Vorträge des 12. März. Besetzung der Heilbewegung werden über: „Erinnerungen an das Jahr 1848“ sprechen. Jochenmann hat Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. 29). Filiale Berlin 1. Versammlung am Sonntag, den 13. März, vormittags 10 1/2 Uhr, Lindenstr. 108 bei Jubel. — Filiale Berlin 3. Kassenvereins-Vorstand. Versammlung heute, abends 8 1/2 Uhr, Wartenbergstr. 47. — Filiale Berlin 6. Wirtshaus-Vorstand heute, abends 9 Uhr, bei Kopsin, Wartenbergstr. 65. — Filiale Ritzdorf. Versammlung heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Kopsin, Ritzdorfstr. 21. — Ueberall wichtige Tagesordnung.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 13. März, vorm. 9 Uhr, im großen Hofsaal der Berliner Feuerwehr, Kommandantenstr. 67: Versammlung. Freizeitsport. — Um 11 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Ernst Hoyer: „Graf und Gräfin“. Gütlich willkommen.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Jägerstr. 10/12. Ethnographische Gruppe. Hr. phil. Bergmann (Jena): „Niedergerichte, Mächtigkeit, Wortwandel und Szenen der Erziehung“.

Vermischtes vom Tage.

Das Diszidentkasino des 12. Infanterie-Regiments in Frankfurt a. D. bietet 8000 leere Champagnerflaschen zu 4 Pf. das Stück zum Verkauf an. — Ein Oberschlesischer Apotheker ist beim Marinerkommando darum eingekommen, in Kiautschau eine Apotheke errichten zu dürfen. — In Hannover hat ein Student der Thierärztlichen Hochschule sich zusammen mit seiner Geliebten durch Morphium zu tödten versucht. Der Student sollte nach Berlin gehen. Das Mädchen wurde als Leiche aufgefunden, der Student in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht. — Ein Zahnmeister-Apirant in Gernersheim wetteile im Bierhaus, daß er innerhalb einer Viertelstunde einen Schnaps in brennenden Schmerzen. —

Die Stadt Winterberg im Sauerlande hat, um der zunehmenden Verunklung der Eingroßflüsse zu steuern, den Krametzvogelgang in ihren Gemarkungen verboten. — Ein Unteroffizier, der aus Augsburg vor ungefähr zwölf Tagen desertierte, ist am Donnerstag in der Nähe dieser Stadt verhungert aufgefunden worden. — In Pörschdorf (Niederösterreich) wollte die Tochter eines Bauern mit abgewandtem Gesicht die Wanduhr aufziehen, ergriff aber statt der Gewichtsketten den Hahn eines daneben hängenden geladenen Jagdgewehrs. Das Gewehr entlud sich und das Mädchen stürzte zu Tode getroffen auf die Erde. — Das „Neue Wiener Tagblatt“ erhielt folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: „Ein Fremder, der Morgens aus seinem kleinen Hotel fortgegangen ist und nicht mehr zurückfinden kann, jedoch seine Kleider dort zurückgelassen hat, bittet den Hoteleigentümer, selbe in das „Hotel Bellevue“ zu senden.“

Auf der Station Judenburg (Steiermark) ist ein mit italienischen Arbeitern besetzter Zug mit einigen leeren Wagen zusammengefahren. Der Schaffner und drei italienische Arbeiter wurden schwer verletzt. — Ein russischer Kaufmann, der als Buchhalter bei einer Gräfin beschäftigt war, ist nach Unterschlagung von 1 800 000 Rubel flüchtig geworden. —

In dem Dörschen Klementjew (Rußland) wurde ein obdachloser Greis von einer armen Frau aufgenommen. Nachdem er die erste Nacht dort verbracht hatte, ergriff er in Abwesenheit der Frau ein Messer und durchschnitt dem jüngsten Kinde die Kehle. Die anderen beiden Kinder vermochten sich zu retten. Vor dem Untersuchungsrichter sagte der Mörder einfach: Was mir gerade einfiel, das that ich — Es handelt sich jedenfalls um einen Wahnsinnigen. —

Nach amtlichen Berichten sind in Balleker (Türkei) durch das Erdbeben völlig zerstört worden: 1940 Häuser, 14 Magazine, 2 öffentliche Bäder, 13 Medizinstellen (theologische Unterrichtsanstalten) und 4 Schulen in der Stadt selbst, sowie 925 Häuser in 25 Dörfern der Umgegend. Halb zerstört sind: 1769 Häuser, 4 Moscheen und 14 Hans (Wirtshäuser). Getödtet wurden 48 Personen, verwundet 62; außerdem sind 240 Stück Vieh getödtet. Der Gesamtschaden des Bezirks, in dem die Erdbebe übertrug noch nicht aufgehört haben, wird auf 15—16 Mill. Mark geschätzt. —

In Westaustralien wurde dieser Tage angeblich ein Goldklumpen von 463 Unzen (13 Kilogramm) gefunden. — Das statistische Amt in Viktorien veranschlagte die Bevölkerung der australischen Kolonien Ende 1897 auf 4 410 124 Köpfe. —

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr statt. — W. R. 30. Senden Sie sich an P. Dupont, Redakteur der „Bildhauer-Zeitung“, Berlin S., Solmsstr. 33. — G. K., Reichensbergerstraße. Wir können von Ihrer Zuschrift keinen Gebrauch machen. — W. B. Alle Anträge auf Zulassung zu der Lehraufsicht sind an den betreffenden Regierungspräsidenten zu richten. Die Adresse des Professors ist: „Wilmersstr. 88“. — P. S. Von 9—10 Uhr vormittags. — P. S. 15. 1. Gemeinbewähler mit dem 24. und Reichstagswähler mit dem 25. Lebensjahr. 2. Elisabethstraße 66, II. 3. Lebensjahrlänglich. 4. Vor dem Schlafengehen gut waschen mit warmem Wasser und Seife. Bezüglich des Einreibmittels halten Sie Nachfrage in einer Apotheke.

Briefkasten der Expedition.

Schöndorf, Holzhausen. Ihr Inserat kostet netto 3 M., und eruchen wir um gefällige Einsendung des Betrages. — Weiter-Prognose für Sonnabend, 12. März 1898. Ruhig, theils heiter, theils neblig, nachts leichter Frost, am Tage mild ohne wesentliche Niederschläge. — Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. **Todes-Anzeige.** Am Donnerstag, den 10. März, verstarb unser Wohlgehabter, der Wähler **August Schenk.** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofs, Pflanzensee aus statt. Um rege Theilnehmung bittet **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verein. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Röhler, Tischler **August Schenk** am 10. März plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, um 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofs, Pflanzensee aus statt. Um rege Theilnehmung bittet **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige! Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser sorgsamster Vater, der Bergarbeiter **Heinrich Ehrhardt,** am 13. März gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofs, Pflanzensee aus statt. Um rege Theilnehmung bittet **Der Vorstand.**

Kranken- u. Begräbniskasse der **Berl. Gürtler u. Bronzener** (S. 60). Die Beerdigung des am 10. d. M. verstorbenen Mitgliedes, Gürtler **Karl Meinert,** findet am Sonntag, den 13. März, nachm. 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofs in Weihensee aus statt. Um rege Theilnehmung bittet **Der Vorstand.**

Dankagung. Für die Beweise herzlichster Theilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Gottlob Kloss** sage ich allen Verwandten, Bekannten und besonders dem Gesangsverein Wilmersdamm meinen innigsten Dank. Die trauernde Hinterbliebene **Wwe. Kloss.**

Deutscher Metallarbeiter-Verein. (Verwaltungsbüro Berlin.) **Todes-Anzeige.** Am Mittwoch, den 9. März, starb unser Mitglied, der Wärtler **Oskar Heim.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. März, vormittags 10 1/2 Uhr, vom Kranzengrund am Friedhofshain aus nach dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Theilnehmung bittet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstraße 150: **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Projektions-Vortrag des Herrn Grundmann mit farbigen Lichtbildern über: Ein Bild in das Innere des Menschen. 2. Wahl. 3. Bericht über den Ausgange der Wahlen zum Wahlenball, welcher am 19. März in Keller's Hof, Kappensstraße 20, stattfindet. **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (Eingelose. Hilfskasse Nr. 29.) **Filiale Berlin I.** Sonntag, den 13. März, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Jubel, Lindenstr. 106: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 2. Kassenbericht. 3. Statutenberathung. 4. Bericht über den 119. U. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.) **Montag, den 14. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, in Schiller's Saal, Rosenhaldenstr. 57:**

Bezirks-Versammlung für den Norden, Nordosten und Osten Berlins. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Waldeck Haunasse** über: „Der Kampf ums Dasein.“ 2. Bericht über den 119. U. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Bezirksvorstand.**

Sonnabend, den 19. März 1898: Feier des XI. Stiftungs-Festes in Stecher's Festsaal, Andreasstr. 21. **Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert** unter Leitung des Buchbinder-Männerchors. Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. **Eintritt 20 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.** Billets sind heute Abend in sämtlichen Zahlstellen, am Montag in obiger Versammlung, sowie im Bureau, **Annenstr. 50,** bis zum 19. d. M. zu haben. **Das Komitee.**

Fachschule der Maler Berlins. Die angefertigten Schülerarbeiten findet **Sonntag, den 13. März,** in der Zeit von 12—5 nachmittags in der **193. 195. Gemeindefchule, Wartenbergstraße 7, statt.** **Die Fachschul-Kommission.**

Kranzbinderi. **L. Klatt, u. Blumenhandlung, 6. Landbergerstr. 6, Ecke Köpenickerstr.** (früher Königsbergerstr.) empf. Widmungstränge mit Schleifen in bester Ausführung.

Reud und billig kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hittsche,** gegründet 1872, **Zeisigerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Rottbuser Thor.**

Wohnungs-Einrichtung. 3 Stunden, Küche, einzeln oder im ganzen, sofort zu verkaufen. **Winglitzerstr. 26, Duergeh. 3 Tr. r.**

Frühjahrsanzüge. Sommerpaletots, Beinkleider, vorjähr. hochfein, nach Wunsch bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. **Engel, Wänscherstr. 26, part.**

Kohlengeschäft zu verkaufen, nachw. sichere Ertrags. Ausl. erh. H. B. Koch, Kohlen an gros, **Bronnbergerstr., Hal. Döbahn.**

Milchkübel, Ranten, Saiten, Futtermaschinen 445 L. **Jordan, Kl. Markthstr. 28.**

Großes Möbellager, vollständige Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte sehr billig. **Georg Müller, Köpenickerstr. 22.**

Lohnende Fabrikationen. Verlangen Sie Gratiszusendung des illust. Katalogs durch den Verlag „Der Emmer“, Dresden-N. 7, 14/5.

Nur Vorderwohnungen Pappel-Allee 106) Stargarderstr. 71) Ed. haus 2 Zim. Stube, Küche u. Boden 15 bis 16 M. p. Mon. 2 große, 3 u. 2 Fenster. Etw. große Berl. Küche, 30 M. p. Mon. **Mühlenstr. 8,** nahe Oberbaum, und Schleichem Bahnhof, sind von sofort und 1 April 1898 freundliche Vorder- und Hinterwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kofet u. Keller oder Boden billig zu vermieten. Näheres beim Verwalter, **140666.** Eine Schlafstelle für Herrn Kaufherr Flög 1, Hof 3 Tr. b. Dittmann. **120666**

Harzer Kanarienzänger verdient an alle Genossen gegen Rücknahme, so lange der Vorrath reicht. 4 Stück 5, 6, 7 M. Weißchen 1,50 M. (Vorkauf frei). Bestellung über 20 M. portofrei. Buch über Zucht und Behandlung wird jeder Bestellung gratis beigelegt. **Wilhelm Schöndorf, in Holzhausen bei Burmann.**

Künstliche Zähne. H. Steffen, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr. *) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Redakteur, der gleichzeitig die Korrekturestellung mit zu versehen hat. Vertrauensvoll mit der gewerkschaftlichen Bewegung, Redegewandtheit erwünscht. **Antritt sofort.** Offerten mit Honoraransprüchen umgehend an die Geschäftsleitung der „Tribüne“, Erfurt, Futterstrasse 7.

Blousen-Tryperinnen auf bessere und leibere Blousen finden dauernde Beschäftigung. **12536 Blousen-Konfektion Samuel,** Schillingstr. 35a.

Damen- und Herren-Kragen-Sortiermaschinen, Vorkleidermaschinen sowie **Reinigungs- und Waschanlagen** **Samuel,** Schillingstr. 35a.

Blousen-Tryperinnen auf bessere und leibere Blousen finden dauernde Beschäftigung. **12536 Blousen-Konfektion Samuel,** Schillingstr. 35a.

Damen- und Herren-Kragen-Sortiermaschinen, Vorkleidermaschinen sowie **Reinigungs- und Waschanlagen** **Samuel,** Schillingstr. 35a.

Blousen-Tryperinnen auf bessere und leibere Blousen finden dauernde Beschäftigung. **12536 Blousen-Konfektion Samuel,** Schillingstr. 35a.

Damen- und Herren-Kragen-Sortiermaschinen, Vorkleidermaschinen sowie **Reinigungs- und Waschanlagen** **Samuel,** Schillingstr. 35a.

Vokalredakteur gesucht. Geschulter Lokalredakteur, der bereits längere Praxis hat, für Parteiblatt nach Süddeutschland sofort gesucht. Umgehende Bewerbungen mit Proben und Gehaltsforderung an die Expedition des „Vorwärts“ unter P. 2 erbeten. **141093.**

Sonntag, 13. d. M., ab 11 Uhr ein **Joß. Guadt, Swinemünderstr. 45.** Am Sonntag Abend **musikalische Unterhaltung in W. Grube's Familienheim, Wrangeistr. 136-41,** vom Unterhaltungsverein „Südost“.

Empfehle meinen Freunden u. Bekannten mein **Welsch- und Bairisch-Bier-Lokal** nebst Vereinszimmer bis 60 Personen fassend. **45212**

S. Slezak, Spandauer Brücke 13, Restauration, Desillusion, ältere, krankheitshalber zu verkaufen. Auskunft erteilt Bittermann, **Waldenstr. 4 Hof III.** **12656**

Restauration, voll. Schant, N. Saal, Zahlstellen, Vereine, sofort verkäuflich. **Dr. 1800 M., Nieder 2000 M. Näheres Rantenscheiterstr. 22, Total.** **12526**

Junge Mädchen von 14—16 Jahren für leichte Handarbeit verlangt. **12673 Louis Fünkenstein, Alte Jakobstr. 61.**

Tüchtige Schlosser werden für sofort gesucht. Solche, welche bereits auf Rahmloshinen gearbeitet haben, werden bevorzugt. Angebote sub **J. S. 6153** an Rudolf Mosse, Berlin SW. **1512**

Santafedern Arbeiterinnen im und anderem Hause finden das ganze Jahr hindurch Beschäftigung. **Josef Schreyer, Lindenstr. 69.**

Tischler, rühmen (Fusselshaus), flottier, sauberer Arbeiter, nur solcher, findet sof. dauernde Beschäftigung in Rummelsb. **Schreyer, Wasserthorstr. 10/11.**

Glaschleifer u. Federn. **Prinzingerstr. 32.**

Als rühmte Agenten werden Herren oder Geschäftsführer von deutscher Feuerversicherungs-Gesellschaft bei außerordentlich hoher Provision gesucht. Offerten an **J. P. 6148** an die Exp. d. „Berl. Tagebl.“ SW.

Eine alt. Frau f. ein Kind tagel. **berl. Brückner, Rantenscheiterstr. 103.**

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 11. März 1898, 11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Woffe. Die Spezialberatung des Kultusetats wird bei dem Kapitel „Universitäten“ fortgesetzt.

Abg. Fehr v. Bedlis (frk.) spricht seine Genehmigung darüber aus, daß die Regierung, früheren Anregungen Rechnung tragend, die national-ökonomischen Ordinariate vermehrt hat; er bittet, diese Lehrstühle von der philosophischen Fakultät abzulösen und sie der juristischen anzugliedern, auch auf die Lehrstühle in möglichst weite des praktischen Lebens zu berufen, die in sozialen und wirtschaftlichen Dingen praktische Erfahrungen gesammelt haben.

Bei den juristischen Prüfungen werden die Grundzüge der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft mit zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden müssen. Regierungskommissar Geheimrat Rath Althoff bemerkt, daß von den Vertretern der Landwirtschaft erklärt worden ist, daß sie die volkswirtschaftlichen Lehrstühle bei der philosophischen Fakultät nicht entbehren könnten. Mit der Berufung von Praktikern auf einzelne Lehrstühle sind able Erfahrungen gemacht worden, es hat das in einem Falle sogar einen gewaltigen Sperrfaktor erzeugt. Ob die volkswirtschaftlichen Lehrstühle besser der juristischen Fakultät angegliedert werden, das ist Internum der Fakultäten. Jedenfalls muß die Grundlage der juristischen Fakultät das Privatrecht bleiben.

Abg. Dr. Birchow (frk.) spricht sich, soweit aus der Tribüne verständlich, aus praktischen Gründen gegen Volks-Hochschul Kurse aus, ebenso hat er Bedenken gegen die schrankenlose Zulassung der Frauen zum Studium, da es sowohl an Auditorien wie an Lehrmitteln fehlen möchte. Besonderen Bedenken für Geschichte der Medizin könne er nicht so große Bedeutung beilegen wie der Abg. Wöttinger. Die Erfahrung habe bei ähnlichen Gelegenheiten gezeigt, daß solche Professoren nicht voll beschäftigt werden können und dann noch zu anderen Nebenbeschäftigungen greifen müssen.

Regierungskommissar Geheimrat Rath Althoff erklärt, den Vordrucker in verschiedenen Punkten nicht zu verstehen zu haben. Was die Lehrstühle für Geschichte der Medizin anbelangt, so sollen dieselben immer nur nach Maßgabe des vorhandenen Bedürfnisses eingerichtet werden. Die Stellung derselben zu den Volks-Hochschul Kursen sei ihm nicht verständlich geworden, weshalb er nicht näher darauf eingehen kann. Auf weitere Ausführungen Birchow's legt der Regierungskommissar dar, daß bei der Regelung der Professoren-Gehälter diese Beamten so gut weggelassen seien, daß für sie kein Grund zur Beschwerde vorliege.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) stimmt mit dem Abg. Birchow darin überein, daß die Extra-Ordinariate, die allerdings sich sehr zahlreich entwickelt haben, wie das vorausgesehen war, auskömmlicher dotiert werden müssen. Er legt dann die Einrichtung hydro-therapeutischer Vorlesungen an. Baden habe damit dem preussischen Staate den Rang abgelaufen und ein hydro-therapeutisches Institut bei der Universität Heidelberg eingerichtet. Den Uebergang der Volkswirtschaftslehre von der philosophischen auf die juristische Fakultät hält er für wünschenswert und durchführbar. Schließlich wünscht Redner eine Verrückung der Pedelle, die bei den Gehaltsaufbesserungen zu kurz gekommen seien.

Vor mir liegt eine Nummer des „Vorwärts“ vom Donnerstag, den 10. März 1898, da findet sich folgende sensationelle Nachricht: „Zur Vorgeschichte der lex Krone.“ Ich glaube, für jeden mit den Dingen einigermaßen Vertrauten braucht es nicht hervorgehoben zu werden, daß diese Nachricht des „Vorwärts“ lediglich Erfindung ist, eigentlich, verzeihen Sie mir das harte Wort, Bidsman. Ein hervorragendes Berliner Blatt hat vollständig recht, wenn es die Vermutung ausspricht, es sei dem „Vorwärts“ eine Abschrift der Karlsbader Beschlüsse von 1819 untergeschoben worden; denn weder haben wir eine Regierung, der eine derartige reaktionäre Tendenz anzutrauen ist, noch lag irgendwo für jeden, der im Leben der deutschen Universitäten steht, Grund zu der Annahme vor, daß die Regierung nach irgend einer Richtung hin gegen die Professoren einzuschreiten Veranlassung gehabt hätte. Ich habe die Sache hier nur zur Sprache gebracht, weil ich weiß, daß in den Kreisen des „Vorwärts“ und seiner Gesinnungsgenossen solche Märschen, wenn sie unwidersprochen bleiben, als unbestrittene Wahrheiten in die öffentliche Agitation hineingetragen werden. Deswegen wünsche ich von der königl. Staatsregierung meine Ansicht bestätigt zu hören, daß wir es hier mit einer Erfindung, und zwar einer unsinnigen Erfindung zu thun haben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister Woffe konstatirt, daß die „Vorwärts“-Nachricht wörtlich übereinstimme mit den provisorischen Karlsbader Beschlüssen der Bundesregierung vom 20. September 1819. Der „Vorwärts“ habe sich mit dieser „Nachricht“ gründlich hineinlegen lassen. (Heiterkeit.)

Regierungskommissar Geh. Rath Althoff theilt mit, daß die hydro-therapeutischen Vorlesungen und Kurse nach Bedarf eingerichtet werden sollen. Die Stellung der Pedelle ist allerdings durch den Fortfall der Gebühren, die sie früher bezogen, ungünstiger geworden, doch soll ihnen ein ausreichender Ersatz dafür künftig gewährt werden.

Abg. v. Arnim (L.) bedauert, daß für landwirtschaftliche Unterrichtszwecke an der Universität Königsberg keine Mittel eingestrichen sind. Minister Woffe erwidert, daß die Antezüge so spät eingingen, daß eine Entschädigung für diesen Etat nicht mehr möglich war. Nach unerheblicher weiterer Debatte beschwert sich Abg. Gothein (frk.), daß auf den Universitäten Industrie- und Gewerbeunterricht sehr vernachlässigt sei, er wünscht Vorsehung

der Professoren, die so gestellt werden müßten, daß sie nicht des Gelderwerbes wegen genöthigt sind, unheimliche Reisen und Vorträge zu halten. Nach einigen Bemerkungen der Abg. v. Jagzewski (Pole), Dr. Gelsch und Dr. Sattler (natl.), welche spezielle Verhältnisse der Universitäten Breslau bzw. Göttingen und das Lyceum Hofmann in Braunsberg betrafen, wird das Kapitel Universitäten genehmigt.

Bei dem Kapitel „Höhere Lehranstalten“ findet Abg. v. Pappenheim (L.) es bedauerlich, daß es keine festen Grundsätze gibt, nach denen die Subventionirung höherer Lehranstalten durch den Staat erfolgt; es wäre sehr wünschenswert, solche Grundsätze festzustellen, und es sei überhaupt wichtig, die Gemeinden möglichst zu unterstützen bei der Unterhaltung solcher Lehranstalten. Bei der in Aussicht stehenden Erhöhung der Lehrergehälter an den gemeindlichen höheren Lehranstalten werde der Staat ganz erhebliche Unterstützungen gewähren müssen, wenn diese Erhöhung durchgeführt werden soll.

Abg. Zschwarth-Magdeburg (natl.) bittet, die Gleichstellung der Lehrer an den städtischen mit denen an staatlichen Anstalten zu beschleunigen und diese Gleichstellung energisch durchzuführen. Denn es herrsche in vielen Gemeinden große Lässigkeit; andere verhalten sich offenbar ablehnend gegenüber einer Gehaltssteigerung für die höheren Lehrer.

Minister Woffe: Bei den staatlich subventionirten Anstalten können wir die Gehaltssteigerungen durch den Fortfall der Subvention nicht erzwingen. Bei der großen Mehrzahl der nicht subventionirten Anstalten haben wir Entgegenkommen gefunden; allzufern möchte ich auf die Gemeinden auch nicht drücken, sie werden ohnehin genöthigt sein, die Gehälter zu erhöhen, da sie sonst keine tüchtigen Lehrer bekommen und ich aus Unterrichtssichtigen einzuschreiten genöthigt sein könnte.

Abg. Müller (natl.) hofft, daß die mit den Gemeinden schwebenden Unterhandlungen wegen der Lehrergehaltsaufbesserungen überall zu einem guten Ende führen mögen.

Abg. Dr. Jagzewski (Pole) weist auf den Ziffern über die höheren Lehranstalten der Provinz Polen nach, daß die Verhinderung von der Zurückdrängung der Deutschen völlig unzutreffend ist.

Die Weiterberatung wird auf morgen Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Der Schluß der Sitzung erklärt Abg. Dr. Gerlich (L.), daß er mit seiner gefirgigen Erklärung, die große Erregung unter den Polen hervorgerufen, nicht die polnische Fraktion des Hauses, auch nicht die polnische Bevölkerung allgemein habe treffen wollen, sondern nur diejenigen, die das Vorkommnis verheißt. Er gebe diese Erklärung ab, nicht aus Furcht, sondern lediglich um den Thatbestand zu fixiren.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 12. März. Opernhaus. Figaro's Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). The Second Mrs. Tanqueray. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Bertiner. Il Padrone della Ferriero. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Ein gemachter Mann. Anfang 8 Uhr. Thalia. Fortunio's Ehe. Die kleinen Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Belle Alliance. Pension Schöller. Vorher: Ich heirathe meine Tochter. Anfang 8 Uhr. Luisen. Die Stiege der Hausfrau. Anfang 8 Uhr. Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr. Residenz. Sein Trieb. Anfang 8 Uhr. Kened. Die Schilddrüse. Vorher: Noblesse oblige. Anf. 7 1/2 Uhr. Goethe. Hans Quaden. Anfang 7 1/2 Uhr. Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädtisches. Die kleinen Bagabunden. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berliner Mädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Landensstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenshaftl. Theater. Invalidenstr. 57-62. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Passage-Panopticum.

Berliner Nachleben Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz. Vorher: Theater Variété.

Passage-Panopticum.

Berliner Nachleben Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz. Vorher: Theater Variété.

Ostend-Theater.

Unter der Polarsonne. Aktuelles Ausstattungsdrama mit Gesang u. Tanz in 5 Akten von E. Sandermann und Chr. Büchler. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Fret-Konzert. Sonntag Nachm. 3 Uhr (H. Preise): Der Wilsener. Drama in 5 Akten v. Hr. Gerhoffer. Weib. Romanistik: Carl Weiß.

Luisen-Theater

Die Stiege der Hausfrau. Pöffe mit Gesang in drei Akten von E. Karl. Musik von Fritz Krause. Toni Klein: Anna Müller-Einde. Sonntag Nachm. 3 Uhr: Vorkommnisse zu kleinen Preisen. Regie: J. Türk. Dorf und Stadt. Von Charlotte Birch-Pfeiffer. Abends 8 Uhr: Die Stiege der Hausfrau. Billets à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung in den besetzten Veranlassungen.

Volks-Theater

Im Welt-Restaurant 97. Dresdener-Str. 97. Neu! Neu! Neu! Nureddin u. Bereddin! Romische Oper von Richard Thilo. Sensationell! Little Dolf-Gustav - auf dem kalten Drahtseil. - Phänomenal! Mr. Willy, Jongleur auf rollender Kugel und Klappon-Virtuose. Im vorherigen Saale: Tyroler Sänger Alois Ebner.

Nur noch kurze Zeit!

Circus Busch (Bahnhof Börse). Sonnabend, den 12. März, Abends 7 1/2 Uhr: Parade-Gala-Vorstellung. Neu! Amateur-Konkurrenz-Reiten. Neu! Der Kampf die Mähde schenkend auf dem Pferde unverteilt. Erhalt eine Bräutigam von 50 Mrk. Kavallerie zu Fuß höchst komisches Intermezzo. Große Schil-Duadrille à la Wandfeier. Die berühmten Solist-Springer. Unter and.: a) Spring des Soldat-pferdes „Scipi“ über eine 7 Fuß hohe feste Barriere; b) der berühmte Sandoripprung über 3 große Pferde. Die vorzüglichsten Freizeitsportler des Dr. Busch. Außerdem Auftreten der großart. Springkonnen Hipp und Tipp. Die ausgezeichneten musikalisch. Entertainers Gebr. Kroschki. Zaragoza. Orig. Parade-Schauspiel des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weltlichen Janfarenadler. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Hl. Morgen: 2 große Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Zaragoza.

Urania Central-Theater

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse. Die Tugendfalle. Burleske Ausstattungsdrama in Gesang und Tanz in 4 Akten unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wllh. Raumbach. Musik von Jul. Eindehofner. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: Die Tugendfalle.

Neues Olympia-Theater.

Bolossy Kiralfy's Konstantinopel mit dem sensationellen Feuer- und Flamentanz ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Personal. ca. 1000 Mitwirkende, sowie das neue kolossale Spezialitäten-Programm. Wiederauftreten von The jolly british girls. Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst. Nachm. 1 Kind frei.

Blau Augen.

Schwant. Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

1. Original Budapest

Possen- und Operetten-Theater. Direktion: Gebr. Hornfeld. Allabendlich. Kaufmann's Variété. W. Noack's Theater. Brunnen-Strasse 10. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Gr. Extra-Theatervorstellung Ihre Familie. Volksstück mit Gesang in 3 Akten von E. Engel. Musik v. Michaleis. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Feen-Palast

Burgstrasse 22. Große Attraktion der Neuzeit. Nach einstimmigem Urtheil der gesammten Berliner Presse noch nie dagewesen! Aeshanti-Dorf und Javaner-Dorf 150 Eingeborene. Concert - Volksbelustigungen täglich ununterbrochen von 11 bis 10 Uhr. Entree 50 Pfennig. Kinder und Militär 25 Pfennig.

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand Hotel Alexanderplatz. Heute wegen Privatfeiern geschlossen. Morgen Sonntag: Das vollständig neue grosse Programm. Zum letzten Male: Heinrich Heine. Anton Sattler u. s. w. Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Aleazar-Theater.

Dresdenerstr. 62/63 (City-Passage) Ankerstr. 42/43. Direktion: Richard Windler. Ab 1. März 1898: Durchweg neues Programm. Neues Personal. Neue Spezialitäten. Hans und Clara Barua. Mary Mann. Anton Hilbach. Helene Weyner. Karl Müller. Betty Frey. Little Alfred. Adolf Adolph. Familie Reinisch (4 Personen). Die kleine Handschuhmachersin. Charakterstudie mit Gesang in 1 Akt. Die erste Todte. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Reservir. Platz 30 Pf. Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- und Freikarten haben Gültigkeit.

Konzert-Sanssouci

Kottbuser Straße Nr. 1a. Direktion: G. Pierry. Sperling und Sperber. Schwant in 1 Akt. Im wunderschönen Monat Mai. Liebespiel in 1 Akt.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77. Täglich steigender Erfolg! Karl Wilhelm, der aktuelle Humorist. Rauch-u. Feuersprühender Krateranz. Die besten Kraft-Künstler Brüder Paxton. Rossini-Trio! ein zwerchfellerschütterndes Dreigestirn. „Ein ruhiges Zimmer zu vermieten“ bleibt die beste aller Pantomimen. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pfg. - Reichshallen-Tunnel: - 2 vorzügliche Kapellen.

Vereinszimmer,

60 bis 100 Personen fassend. Ist Donnerstag und alle 14 Tage Sonnabends zu vergeben. 45055. H. Lippke, Weichhorstr. 15. Mein Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft „Goldene 18“ befindet sich jetzt Sa. Rosenthalerstraße Sa. Max Schendel. 4527L* Kinderwagen, Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen. Kinder-Klappstühle, Kinder-Holzstühle. Sämmtliche Korbwaren. Theilzahlung nach Ueberreinkunft. Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtthain, a. Nordbahn. Gesundbr.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glink. Neues Programm. Emilia Persico nur noch bis 15. März. La Loie Fuller. Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Heute Sonnabend geschlossen. Sonntag sowie täglich: Ganz neu! In Zossen. Fortsetzung von: Alle 5 Barrisons. J. Jablonsky. Nachh. Otto Müller, 80, Rannstr. 37, empfiehlt sein Weiss- und Einheitsbier-Lokal nach großem Prähndel. Mittags- u. Abendlich in bekannter Güte und zu soliden Preisen.

Niels's Fest-Säle

Weberstr. 17. ca. 1000 Berl. fassd. Sonnabend, 26. März, 2 April und Palmsonntag frei. 4150L* Betten, Stoppeln, Wäsche, Gardin, Porzellan, Porzellan, Tischbed., Regul., Sommer-Paletots, Anzüge, Hüten, Remonturwerk, Reifeisen, Operngläser (spottbillig) Pfandleihe-Reanderstr. 6.

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 Mrk. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 Mrk. feine Hüten nach Maß.

Riesenhofflager

Krausenstr. 14, I, kein Laden. Bekannten u. Parteigen. empfehle mein Zigaretten- und Tabakgeschäft. 10485) Wilhelm Henze, Berlin O., Zandorferstr. 4. Unbedingt die billigste Quelle für Herren- und Knaben-Hüte. in G. Kletmann's Fabriklager, Mariannenstr. 33, H. Rein Laden. 4527L*

Sonnabend, Montag, Dienstag Herren-Fahrräder



so lange der Vorrat reicht **100** Mk.

Einjährige schriftliche Garantie.

Reparatur-Werkstatt für alle Systeme im Hause.

Warenhaus A. Wertheim

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 148,
Kottbusser Thor, **Schöneberg.**

empfeilt zu außerordentlich billigen Preisen:
in Satin, Diagonal, Kammgarn
u. Cheviot 1 u. 2reihig von Wr. 12-27

Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten
Diagonal, in guten, haltbaren Zwirn-
stoffen, 1- und 2reihig 13-20-33

Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirn-
stoffen, 1- und 2reihig 16-24

Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Kammgarn,
Satin und Cheviot-
stoffen, 1- und 2reihig 18-35

Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin u.
Cheviot-
stoffen eleg. Ausfüh. 20-36

Hof-Anzüge in guten, wollen., schwarz Kammgarn-
u. Satinstoffen, modern. Façon 25-38

Gehrod-Anzüge von feinen Satin, Tuch u.
Kammgarn-
stoffen, 2reihig 30-45

Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Stoffen,
Cheviot- und
Zwirnstoffen.

Havelocks, Stand- u. Reijemantel zu den billigsten Preisen.

Machinisten-Anzüge in allen Größen . . von 3 Wr. an.

Reinleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen
Farben, Kammgarn und Cheviot, von Wr. 5-10

Knaben-Paletots, Kleidhose in großer Auswahl.

Schul-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften
Zwirn-
stoffen, 1- und 2reihig . . von 5 Wr. an.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und
deutschen
Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner
persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Streng reelle Bedienung.

Confirmanden-Hüte 95 Pf. gute Qualitäten Fabrikcomptoir **Barnimstr. 45.**

Jede Uhr
reparieren und reinigen
folgt bei mir unter
Garantie d. Gutgehend
um 1 Mark 50 Pf.
andere Arbeit, kleine Reparaturen
billiger. Grob- u. Fein-
gearbeitete Taschenuhren, Regu-
latoren und Werke, alle Arten
Reiten, sowie Uhren u. Vincenz.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Strasse 35.

Nach der Inventur
Großer Ausverkauf
in **Gardinen**
und **Resten**

älterer Muster in weich und edler, zu
1-4 Neuesten passend, spottbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
part. Eing. vom Jahr (kein Laden).
Rearbeiten treiben täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei.

Möbel
verleihen gewasene und neue, stannend
billig. Teilzahlung gestattet.
Beamten ohne Anzahlung. 40550*
Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.

Für 2-3 Mark
Bleibe sehr groß zu Anwesenheiten.
Bleibe zu Herrenanzügen, schöne Muster
7-10 Wr. für 12 Wr. n. Cheviot
auch Kammgarnreste, Paletot und
Dosenreste solange der Vorrat reicht
im **Riesenhoflager**
Kranjenerstr. 14, I., sein Laden.

**Stroh-, Filz- und Seiden-
Hutlager**
Einsegnungshüte
von 1,50 Wr. an
in großer Auswahl.
P. Grund,
Stahl 1872.
1. Geschäft: **Franzenstraße 150.**
2. Geschäft: **Dresdenerstraße 134.**
44900*

Betten Stand 10,00 bis 50,00 Mark.
Dann 2,35, Bettfed., Bettw.,
Gard. Spottb. Bettenhaus Reanderstr. 8.

Carl Stier

Fabrik für
Herren- u. Knaben-Garderoben
Berlin SO., Oranienstrasse 168
Potsdam — Dresden 4415L*



empfeilt zur **Frühjahrs-Saison:**
Einsegnungs-Anzüge
in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin etc.
alle Größen 30, 27, 24, 22,50, 20, 18-12 Mk.

Herren-Anzüge, Jaquet- oder Rock-Façon,
in Kammgarn, Cheviot, Zwirnbuckskein etc.
50, 45, 42, 40, 36, 33, 30, 27, 22 1/2-15 Mk.

Frühjahrs-Paletots in allen modernen
Farben . . 36, 33, 30, 27, 25, 22, 20-14 Mk.

Herren-Hosen, hochelegante Neuheiten,
16, 15, 14, 12, 11, 10 1/2, 9, 8 1/2, 7-5-3,50 Mk.

Ausserdem empfehle ich mein sehr grosses Lager in
**Havelocks, Mänteln, Sport-Anzügen,
Joppen, Knaben-Anzügen und Paletots zu sehr
mässigen Preisen.**

In der Abtheilung für Maassanfertigung findet ein fort-
gesetzter Eingang von Neuheiten statt.

Es schmeckt mir nicht!

Diesen Ausruf kann man natürlich nur
auf essen und trinken beziehen. Nahrungs-
mittel aber, welche täglich genossen wer-
den sollen, müssen stets bekömmlich sein
und dürfen den Gaumen nicht ermüden.
Besonders bei Cacao, welcher jetzt so viel
an Stelle von Kaffee und Thee getrunken
wird, weil er höchst nahrhaft ist und die
Nerven nicht angreift, kann man finden,
dass viele Marken nur ganz kurze Zeit
Befriedigung geben.
Eine Marke aber gibt es, bei welcher
durch einen besonderen Prozess der köst-
liche Geschmack voll erhalten und der
hohe Nährwerth der Cacaobohne ganz er-
halten ist: es ist das der bewährte Cacao
van Houten. Man kann ihn früh, Mittag und
Abend trinken und stets schmeckt er. Man
mache einen Versuch mit diesem höchst
nahrhaft. u. im Gebrauch billigen Getränk.

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber feinen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Wo? machen wir unsere Herren-Partie
hin? Zum alten **Freund** auf **Bichelswerder.**

Türkis- und Opalschmucks
zur Einsegnung
sowie alle Arten Schmuck in Gold, Gold-
double und Silber mit Korallen, Gra-
naten und allen Farbstehlen in den
geschmackvollsten Mustern, ferner
Goldene und silberne
Herren- und Damen-Uhren
empfiehlt 4530L*
Max Busse,
Uhren- und Goldwaarenhandlung,
Berlin N., Brunnenstrasse 175.

Kaufhaus für Hüte.
Reelle und wohlfeile Bezugsquelle in
diesem Artikel von
Hugo Feder.
1. Lager: **Brückenstrasse 5, Ecke Rungestrasse.**
2. **Spandauer Brücke 15, Ecke Neue Friedrichstr.**
3. **Burgstrasse 27a, vis-à-vis dem Circus Busch.**
Spezialität: **Mk. 2,50 Herren-Hüte, unübertroffen in dieser
Preislage. Einsegnungshüte von 1,50 an.** Als letzte
Neuheit empfehle ich Façon „Gerhard“: Welcher Hut mit steifer
Kraupe in schwarz und oliv: **Mk. 2,50 und Mk. 3,50.**
Ferner halte meine **Wäsche u. Cravatten** bestens empfohlen.
grossen Lager in **Wäsche u. Cravatten**. Besonders offerire
in Cravatten Façon „Feder“ u. Façon „Edredon“ in reiner Seide,
auf Seide gearb. in d. neuest. entzückend. Must., per Stück **95 Pf.**
Bitte genau auf meine Firma zu achten!
Hauptgeschäft: Spottb. Rüdchel- | Künstliche Zähne, Stomdiren oc.
mübel, Rosenhallerstr. 4, 3 Tr. | C. Gedicke, Streifenstr. 52.